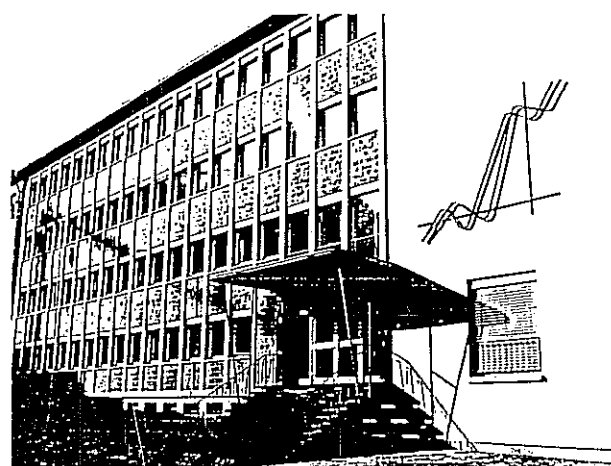


Geschichte und Aufgaben

1935 — 1985



Statistisches Amt des Saarlandes

Geschichte und Aufgabe

Statistisches Amt des Saarlandes
von 1935 bis 1985

Herausgeber: Statistisches Amt des Saarlandes, Hardenbergstr. 3, 6600 Saarbrücken
Satz, Gestaltung und Druck: Referat für Öffentlichkeitsarbeit

ISBN 3-88718-025-9

Zum Geleit

Das Statistische Amt des Saarlandes blickt in diesem Jahr auf sein 50jähriges Bestehen zurück. Es ist zwar unter den übrigen Landesämtern ein vergleichsweise junges Amt, doch auch vor seiner Geburtsstunde im Jahr 1935 gab es natürlich schon Statistik in diesem Land. Die wechselvolle Geschichte des Saarlandes verhinderte allerdings eine ständige Fortentwicklung und die Kontinuität, wie sie andere Ämter vorweisen. So mußte das Amt in den vergangenen fünfzig Jahren zusätzlich eine weitgehende Umstellung nach der Rückgliederung in die Bundesrepublik verkraften. Daß das Amt diese Schwierigkeiten gemeistert hat, ist einer der Anlässe, seine Entwicklung und Aufgaben in dieser Dokumentation darzustellen.

Wer die Historie der amtlichen Statistik an der Saar verfolgt, wird einen ständigen Wandel feststellen. Von den bescheidenen Anfängen im Jahre seiner Gründung entwickelte sich das Statistische Landesamt zu einem wertvollen wirtschafts- und sozialpolitischen Instru-



ment, das besonders für die Verhandlungen über den Saar-Vertrag, mit dem die Rückgliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland geregelt wurde, hilfreiches Datenmaterial lieferte.

Die in dieser Zeit den Statistikern gewährte Freizügigkeit in den Erhebungen und Programmen läßt sich heute nicht mehr verwirklichen. Zwar haben die Statistiker selbst keinen Anlaß gegeben, das in sie bisher gesetzte Vertrauen zu schmälern, jedoch ist das allgemeine Bewußtsein vor der Gefahr totaler Erfassung durch die Möglichkeiten moderner Datenverarbeitung in der Öffentlichkeit stark angewachsen.

Damit eine berechtigte Vorsicht nicht in unangemessene Angst umschlägt, müssen die Statistiker und insbesondere die Politiker dem Bürger gegenüber die Grenzen statistischer Befragungen und deren Auswertungen deutlich machen. Vor allem ist klarzustellen, daß von den modernen Datentechniken nur in einem Umfange Gebrauch gemacht werden darf, in dem statistische Daten als Grundlage politischer Entscheidungen im Rahmen einer verantwortungsbewußten Entwicklungsplanung benötigt werden.

Der Pflicht der Parlamentarier zum ständigen Abwägen zwischen Informationsbedarf und Eingriff in die Privatsphäre der Bürger steht aber auch die Pflicht der Bürger gegenüber, dem Staat die Auskünfte zu geben, die er braucht, um Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Gefüge einschließlich des bedeutungsvollen ökologischen Bereiches zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Zur Erfüllung unserer Planungsaufgaben, ob im politischen oder wirtschaftlichen Bereich, hat die amtliche Statistik wesentliche Hilfestellung geleistet. Auf sie wird auch für die weitere Zukunftsplanung nicht verzichtet werden können.

Für die Bewältigung seiner Aufgaben und für seine Anerkennung in der Öffentlichkeit wünsche ich dem Amt auch in Zukunft viel Glück und Erfolg.

Saarbrücken, im Mai 1985



Ministerpräsident des Saarlandes

Oskar Lafontaine

Vorwort

Die Wurzeln der amtlichen Statistik reichen auch an der Saar weit in die Vergangenheit, aber erst mit gesetzlicher Errichtung im Jahre 1935 wurden die Grundlagen für eine Koordination und Weiterentwicklung vorhandener und neuer statistischer Arbeiten geschaffen. Unterbrechungen und Ausrichtung auf unterschiedliche Wirtschafts- und Währungsräume im Laufe seiner Geschichte erschwerten den Weg des Amtes und machten Neuorientierungen notwendig. Heute ist die Integration in das bundesdeutsche Statistikprogramm längst abgeschlossen, und das Amt erfüllt seine Aufgaben im Einklang mit den übrigen Bundesländern. Daß dieser schwierige Weg bewältigt werden konnte, zählt zu den Verdiensten meiner Vorgänger im Amt und ihren Mitarbeitern.

Ein besonderes Anliegen dieser Schrift ist, neben der Beschreibung des geschichtlichen Werdeganges, auch die Aufgaben des Amtes außerhalb des üblichen Veröffentlichungsprogrammes darzustellen. Daß dies nur in einer großflächigen Übersicht, die nicht bis in Detail jeder einzelnen Statistik reicht, geschehen konnte, liegt im Wesen der vorliegenden Dokumentation.

Es ist für mich ein echtes Bedürfnis, allen meinen Mitarbeitern, die an der Erstellung dieser Schrift beteiligt waren, sehr herzlich zu danken. Mein Dank gilt insbesondere den Abteilungsleitern und Referenten für die Darstellung ihrer Arbeitsgebiete, Herrn Dipl.-Bibliothekar Tussing für seine Aktenforschung sowie Herrn Dipl.-Volkswirt Schneider für den von ihm verfaßten historischen Rückblick und Herrn Wirtschaftsdirektor Schütz für seinen Beitrag "Zum Verständnis".

Ich hoffe, daß diese Publikation auch zur Erkenntnis beiträgt, daß die amtliche Statistik nicht nur eine Bürde für den Auskunftspflichtigen ist, sondern einen verantwortungsbewußten Beitrag des Einzelnen für jedes zukunftsorientierte Handeln darstellt.

Saarbrücken, im Mai 1985

Alois Sproß

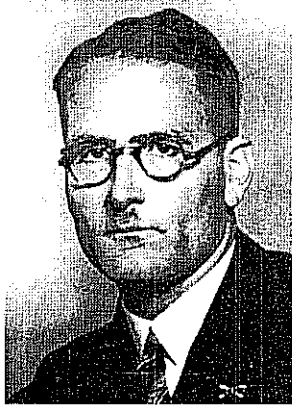
Direktor des

Statistischen Amtes des Saarlandes

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
50 Jahre "Statistisches Amt des Saarlandes"	8
Aufgaben der amtlichen Statistik	42
Zum Verständnis	42
Die Abteilungen des Amtes	
Bevölkerung, Bildung, Landwirtschaft	51
Wirtschaft und Sozialprodukt	69
Finanzen, Steuern, Preise und Löhne, Krebsregister	88
Verwaltung, Veröffentlichungen, Informationssystem und Bildschirmtext	104
Anhang	
Veröffentlichungen	121
Organisationsplan	122

Die Amtsleiter von 1935 bis 1985



DR. WALTHER CARTELLIERI
1935 – 1937



PROF. DR. ADOLF BLIND
1937 – 1943
1949 – 1955



DR. FRANZ KEMPF
1946 – 1947



BERNHARD NIKODEMUS
1947 – 1949



DR. RUDOLF KÖSTER
1955 – 1956



DR. JOSEF GÖTZ
1956 – 1975



DR. WILHELM KUNKEL
1975 – 1980



ALOIS SPROSS
1980 –

50 Jahre "Statistisches Amt des Saarlandes"

Die Anfänge der amtlichen Statistik an der Saar (1920 — 1935)

Die Geschichte des Statistischen Amtes des Saarlandes ist ebenso jung und dabei ebenso wechselvoll wie die Geschichte des Saarlandes selbst. In der Zeit vor 1919 gab es weder ein "Saarland" als politische oder verwaltungsmäßige Einheit noch eine selbständige saarländische Statistik. Nach dem Ersten Weltkrieg, mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages im Januar 1920, wurde das "Saargebiet" aus folgenden Teilen gebildet:

- die Kreise Merzig, Saarlouis, Saarbrücken, Ottweiler und St. Wendel in ihrem damaligen Gebietsumfang gehörten vorher zu Preußen, Rheinprovinz, Regierungsbezirk Trier;
- die Gebiete um Homburg und St. Ingbert und heute zum Saarland gehörende Teile der damaligen Kreise Zweibrücken und Kusel wurden vom früheren Königreich Bayern, Regierungsbezirk Pfalz, abgetrennt.

Das Saargebiet stand unter der Verwaltung des Genfer Völkerbundes, war aber wirtschaftlich sehr eng an Frankreich gebunden.

Mit der Abtrennung vom Deutschen Reich

mußte auch die amtliche saarländische Statistik auf eigene Füße gestellt werden. Die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission schlug im Dezember 1920 eine Verordnung über die Einrichtung eines "Statistischen Landesamtes des Saargebietes" vor. Doch die Oberpreisprüfungskommission wies die Anregung als nicht notwendig zurück.

So wurde die Statistik zunächst mehrgleisig betrieben:

- A. Bei der Regierungskommission bestand eine "Abteilung Handel und Gewerbe (Unterabteilung Statistisches Amt)".

Sie hatte ihren Sitz in der Ulanenkaserne in Saarbrücken, Mainzer Straße, Eingang Tor 5. Nach dem Haushalt des Statistischen Amtes ergab sich im Jahre 1923 ein Personalstand von sechs Beschäftigten, bestehend aus einem Regierungsrat, drei Verwaltungssekretären, einem Bürogehilfen und einer Stenotypistin. Ein Jahr später wurden lediglich fünf Bedienstete nachgewiesen. Ihre Aufgabe umfaßte hauptsächlich die Sammlung und Bereitstellung statistischer Ergebnisse aus alten Veröffentlichungen und von Verwaltungsstatistiken. Auf An-

Statistisches Amt des Saarlandes

Nr. 2698.

Verordnung, betreffend Einrichtung eines statistischen Landesamtes des Saargebietes.

Die Regierungskommission verordnet auf Grund § 19 des Abschnitts IV (Teil C) des Friedensvertrages von Versailles und gemäss des Beschlusses der Regierungskommission in der Sitzung vom heutigen Tage:

§ 1.

Alle saarländischen Behörden, Körperschaften und Privatpersonen werden hierdurch verpflichtet, dem statistischen Landesamt des Saargebietes alle geforderten, zahlenmässigen Unterlagen rechtzeitig mitzutheilen.

§ 2.

Im Falle vorsätzlicher Verweigerung der Unterlagen, unrichtiger Angaben, sowie verspäteter Ablieferung kann gegen den Zuwiderhandelnden auf eine Geldstrafe bis 10000 M., im Unvermögensfalle auf Gefängnis bis zu 3 Monaten durch das ordentliche Gericht erkannt werden.

§ 3.

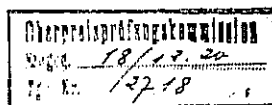
Die Angestellten des statistischen Landesamtes sind zur völligen Amtsverschwiegenheit über die ihnen bekanntgewordenen Unterlagen auch gegenüber anderen Behörden verpflichtet und zu verurtheilen.

§ 4.

Das statistische Landesamt des Saargebietes wird der Regierungskommission des Saargebietes (Abteilung Handel und Gewerbe) unterstellt.

Saarbrücken, den.....1920.

Im Namen der Regierungskommission



Statist. r. a. t.

Dr. OPK für künftigen Stellungnahme

Tis- 11/12

Statistisches Amt des Saarlandes

Oberpreisprüfungskommission

Saarbrücken, den 31. Dezember 1920.

Tgb. Nr. 2715.

Urschr.

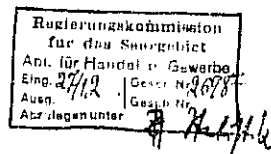
der Regierungskommission

-Abtlg. Handel und Gewerbe-

h i e r
.....

ergebenst zurückgesandt.

Meines Erachtens besteht eine Notwendigkeit zum Erlass
der Verordnung nicht. Sobald ein statistisches Amt für das
Saargebiet eingerichtet ist, treten m. E. ohne weiteres die
2 Bestimmungen, die für das Statist.-Reichsamt Geltung haben, in
Kraft.



ordnung der Regierungskommission fanden am 26. April 1920 und am 6. April 1922 jeweils eine Personen- und Betriebszählung statt. Am 19. Juli 1927 wurde eine Volks-, Berufs- und Betriebszählung durchgeführt. Das Statistische Amt veröffentlichte die Ergebnisse seiner Arbeit hauptsächlich in seinen Jahresberichten, die von 1923 bis 1934 in insgesamt zwölf Ausgaben erschienen. Aus den Ergebnissen der Volkszählung von 1927 gestaltete das Amt 1931 ein "Ortsverzeichnis des Saargebietes".

B. Die Ministerialabteilung für Volkswohlfahrt, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Forsten und Sozialversicherung unterhielt ein

eigenes Referat für Statistik, das mit Regierungsrat J. Zimmer besetzt war. Dieses Referat führte seine Erhebungen vornehmlich im Bereich der Landwirtschaft und der Sozialversicherung durch. Von 1921 an erschienen die Ergebnisse der jährlichen Viehzählung im Amtsblatt; weitere statistische Erhebungen wurden in Jahresberichten veröffentlicht.

C. Die umfangreichere statistische Arbeit wurde in jener Zeit von der Industrie- und Handelskammer zu Saarbrücken geleistet. Aus dem früheren "Südwestdeutschen Wirtschaftsarchiv" erwuchs Anfang 1927 das "Saarwirtschaftsarchiv" als gemeinsame

Einrichtung der Saarbrücker Handelskammer, des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet, der Fachgruppe der eisenverarbeitenden Industrie im Saargebiet und des Arbeitgeberverbandes. Unter der Leitung von Dr. Walther Cartellieri widmete sich das Archiv schwerpunktmäßig den Wirtschaftsstatistiken. Die Veröffentlichungen umfaßten in erster Linie statistische Berichte, unter denen die "Saarwirtschaftsstatistik" herausragte. Von ihrem ersten Erscheinen im Jahre 1927 bis zum letzten Jahr vor der Saarabstimmung, 1934, wurde diese Statistik zu einem wahren Kompendium der gesamten Saarwirtschaft ausgebaut, das nicht nur die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Völkerbundsregierung an Bedeutung bei weitem übertraf, sondern auch viel zur Aufklärung der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Hintergründe der bevorstehenden Volksabstimmung beitrug, indem es insbesondere die Auswirkungen der damaligen französischen Maßnahmen auf die Entwicklung der saarländischen Wirtschaft herausstellte. Neben dieser Jahresstatistik gab das Saarwirtschaftsarchiv noch eine monatlich in der Saarwirtschaftszeitung veröffentlichte Statistik "Saarwirtschaftszahlen" (Nr. 1 - 77 von November 1928 bis April 1935) heraus, deren Aufgabe es war, möglichst rasch über die Entwicklung des saarländischen Wirtschaftslebens zu berichten.

Das "Statistische Amt des Saarlandes" vom 1. Juni 1935

Gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages hatte die Bevölkerung des Saargebietes nach Ablauf von 15 Jahren zu entscheiden, ob es den Status quo beibehalten, den Anschluß an Frankreich oder die Rückgliederung nach Deutschland wollte. In der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935 votierten 90,8 % der Saarländer für die Vereinigung mit Deutschland, die dann am 1. März 1935 vollzogen wurde.

Die Rückkehr der Saar und die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes schufen die Voraussetzungen dafür, das Nebeneinander mehrerer statistischer Stellen im Saarland zu beseitigen. Die Geburtsstunde unserer heutigen Behörde schlug am 1. Juni 1935, als im Amtsblatt des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes bekanntgemacht wurde, das neu errichtete "Statistische Amt des Saarlandes", vereinigt mit dem Saarwirtschaftsarchiv der Industrie- und Handelskammer, habe seine Tätigkeit aufgenommen. Zum Leiter wurde der bisherige Direktor des Saarwirtschaftsarchivs, Dr. Walther Cartellieri, bestellt. Die Diensträume befanden sich in Saarbrücken 1, Hindenburgstraße 8, 1. Treppe. Das Amt unterstand der unmittelbaren Aufsicht des Reichskommissars.

Amtsblatt

Des Reichskommissars für die Rückgliederung des Saarlandes



1935	Musgegeben zu Saarbrücken am 3. Juni 1935	Nr. 15
Amtliche		
Nr. 102. Bekanntmachung		
betr. das Statistische Amt des Saarlandes.		
<p>Mit dem 1. Juni 1935 hat das neu errichtete „Statistische Amt des Saarlandes“, das mit dem Saarländischen Archiv der Industrie- und Handelskammer zu Saarbrücken vereinigt ist, seine Tätigkeit aufgenommen. Das „Statistische Amt des Saarlandes“ untersteht meiner unmittelbaren Aufsicht. Zu seinem Leiter ist der bisherige Direktor des Saarländischen Archivs, Dr. Walter Cartellieri, bestellt. Die Diensträume befinden sich in Saarbrücken 1, Hindenburgstraße 8, 1. Treppe.</p>		
Saarbrücken, den 1. Juni 1935.		
Der Reichskommissar		
J. B.		
gez. Jung.		
Nr. 103. Bekanntmachung		
betr. Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Saarland.		
<p>An alle Verwaltungsbehörden des Saarlandes!</p> <p>Nachstehend wird ein Rundlaß des Herrn Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers vom 15. Mai 1935, Nr. IV 9201/35, betreffend die Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Saarland am 25. Juni d. J., zur Beachtung und weiteren Veranlassung bekanntgegeben.</p>		
Saarbrücken, den 31. Mai 1935.		
Der Reichskommissar		
J. B.		
gez. Jung.		
Betr. Zählerwerbung bei den Behörden und in den Schulen im Saarland für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Saarland.		
<p>Nach der Verordnung zur Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Saarland vom 16. April 1935 (Reichsgesetzblatt I S. 537)</p>		

Einrückungsgebühr für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum 30 Reichspfennig. Preis der Belegblätter und einzelnen Stücke 40 Reichspfennig. Schriftleitung: Der Reichskommissar für die Rückgliederung des Saarlandes, Saarbrücken, Hindenburgstraße. Druck von Friedr. Courths G. m. b. H., Saarbrücken 3.

Es beschäftigte neben dem Leiter vier Bedienstete und wurde finanziert mit monatlichen Zuschüssen in Höhe von 1 000 Reichsmark vom Reichskommissar, 700 RM von der Industrie- und Handelskammer und 350 RM von der Saargrubenverwaltung. Die monatliche Miete betrug für die zwei Räume 80 RM zuzüglich 10 RM Reinigungsgebühr.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung, die im Deutschen Reich bereits 1933 angeordnet war und am 25. Juni 1935 im Saarland nachgeholt wurde. Zur besseren Unterrichtung der Bevölkerung und zur Unterstützung der für die unmittelbare Durchführung verantwortlichen Gemeinden wurden in Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen Auskunftsstellen eingerichtet.



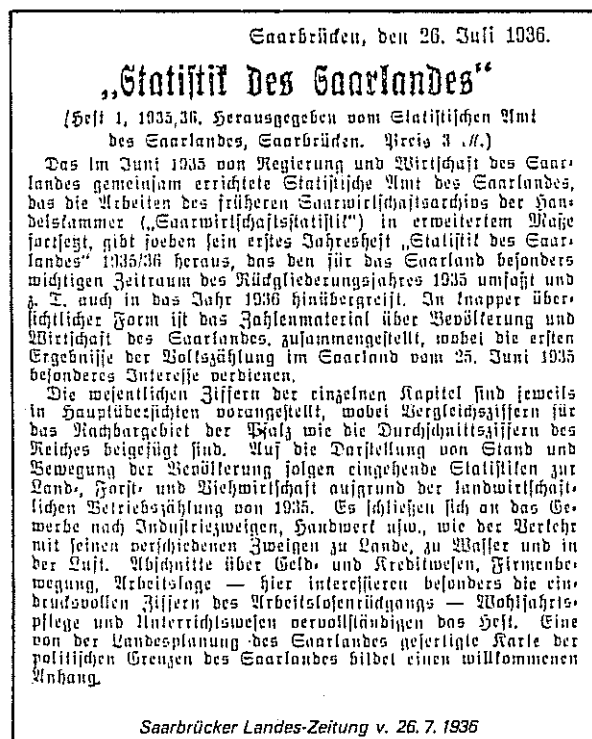
INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZU SAARBRÜCKEN
Verwaltungsgebäude der Saarwirtschaftsorganisationen seit 1930

Im Einvernehmen mit dem Statistischen Reichsamt übernahm die neue Behörde die Aufgaben eines Statistischen Landesamtes. Es bearbeitete jedoch selber kaum Reichsstatistiken, sondern beschränkte sich auf das Verteilen und Einsammeln der Formulare für die vom Statistischen Reichsamt angeordneten Erhebungen, die sodann unmittelbar beim Reichsamt in Berlin durchgeführt und aufbereitet wurden. Dies galt vor allem für die

tet und mit Angehörigen des Statistischen Reichsamtes besetzt.

Das Statistische Amt veröffentlichte seine Ergebnisse als "Statistik des Saarlandes" in der Form eines Jahrbuches. Die Ausgaben 1 - 3 kamen in den Jahren 1935/36 bis 1937/38 heraus. Außerdem wurden "Mitteilungen des Statistischen Amtes des Saarlandes" als Beilage zum Amtsblatt herausgegeben, die Num-

mern 1 - 20 von 1935/36 bis 1939. Darüber hinaus erschien ab 1936 ein Gemeinde- und Einwohnerverzeichnis.



Im Jahre 1937 wurde das Amt in eine dem Reichskommissar nachgeordnete Reichsbehörde umgewandelt, zunächst vorläufig, aus haushaltsrechtlichen Gründen dann endgültig zum 1. April 1938. Für den ausgeschiedenen Dr. Cartellieri übernahm der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Saarbrücken, Dr. Adolf Blind, am 1. Mai 1937 die kommissarische Leitung. Mit seiner Ernennung zum Regierungsrat wurde Dr. Blind am 10. Februar 1939 zum Amtsleiter bestellt.

Zwischenzeitlich hatten sich die Räumlichkeiten des Amtes in der Hindenburgstraße wegen des erweiterten Aufgabenfeldes als zu klein erwiesen. Aufgrund der personellen Verbundenheit seiner beiden Ämter suchte Dr. Blind die räumliche Nähe zum städtischen Statistischen Amt. Verhandlungen zum Umzug in die Gebäude Platz der Deutschen Front (Rathausplatz) 8, Talstraße 49 und Obertorstraße 5 schlugen fehl. Am 15. Oktober 1938 konnte das Amt in das alte Gerberschulhaus, Gerberstraße 35, einziehen. Für acht Räume im ersten Obergeschoß belief sich die monatliche Mietzahlung an die Stadt Saarbrücken auf 330 RM.

Die Umwandlung des Amtes in eine Reichsbehörde und die Übernahme der Amtsleitung durch Dr. Blind brachten es mit sich, daß die Bearbeitung der Statistiken schrittweise vom Reichsamt auf das Statistische Amt des Saarlandes überging. Der Aufbereitung von Teilen der Bevölkerungsstatistik im Laufe des Jahres 1937 folgten 1938 die Landwirtschaftsstatistik, dann die Verkehrs- und die Schulstatistiken. Bei der Gemeindefinanzstatistik behielt das Statistische Reichsamt die Bearbeitung. Die gewerbliche Produktion und die Löhne wurden weiterhin über die Wirtschaftsorganisationen erfaßt. In den Mitteilungen des Amtes und in der "Saarpfälzischen Wirtschaftszeitung" erschienen zur laufenden schnellen Unterrichtung der Öffentlichkeit "saarländische bzw. saarpfälzische Wirtschaftszahlen". Das

Stadt Saarbrücken Liegenschaftsverwaltung Konto-Nr. <u>644</u>	Mietquittungskarte Rechnungsjahr 1940 Name: <u>Stat. Amt des Saarlandes</u> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Gerber Straße Nr. 35 </div> Pfad						
Die Miete für Ihre Wohnung beträgt monatlich: <u>240,- RM</u> Die Nebenleistungen betragen: <u>90,-</u> <div style="text-align: right;">Zus. <u>330,- RM</u></div>							
Die Zahlung hat bis spätestens 9. jeden Monats an die Stadthauptkasse zu erfolgen. Gezahlt sind:							
Konto Nr.		Betrag	Zei- chen	Kontroll-Nr.	Tag	Monat	für eventuelle schriftliche Quittung *
		Mietreste <u>10.19 = 1.650,- RM</u>				1940	
						April	1
						Mai	2
						Juni	3
						Juli	4
						August	5
		<u>330,-</u>				Sept.	6
		<u>330,-</u>				Oktober	7
						November	8
						Dezember 1941	9
						Januar	10
						Februar	11
						März	12
							13
							14
							15
							16

* Bei Quittungen durch die Buchungsmaschine ist die Unterschrift von Beamten nicht erforderlich.
 Bei handschriftlicher Quittungsleistung ist die Unterschrift von 2 Beamten erforderlich.

H. W. Tholl, Saarbrücken 2. 17/41

Amt wurde vom Reichskommissar in zunehmendem Maße gutachterlich gehört, so insbesondere bei Fragen der Ortsklasseneinteilung und der Lohngestaltung über die Höhe und die örtlichen Unterschiede der Lebenshaltungskosten. Für den 17. Mai 1939 war eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung angeordnet, die wiederum unmittelbar vom Statistischen Reichsamt durchgeführt wurde. Bis dahin war der Personalstand des Landesamtes auf 3 Beamte, 9 Dauerangestellte und 2 Hilfsangestellte angewachsen.

Der Ausbruch des Krieges setzte der fortschreitenden Entwicklung des Statistischen Amtes des Saarlandes ein vorläufiges Ende. Am Sonntag, dem 3. September 1939, wurde die Räumung des Grenzgebietes amtlich angeordnet. Der Reichskommissar für das Saarland siedelte nach Kaiserslautern über, wo mit ihm im Hotel Schwan auch das Personal des Statistischen Amtes untergebracht wurde. Dr. Blind ging mit der Stadtverwaltung nach Fritzlar. Im Mai 1940 nahm das Statistische Amt von Kaiserslautern aus seine Tätigkeit wieder auf, zunächst in einem Schulsaal der dortigen Aufbauschule, später in einem für den Reichskommissar freigemachten Wohnhausblock in der Dr.-Frick-Straße. Nach dem Westfeldzug kehrte das Amt am 19. August 1940 nach Saarbrücken in die früheren Räume in der Gerberstraße 35 zurück.

Inzwischen war die Verwaltung des Gaues

Saarpfalz in der Behörde des Reichskommissars für die Saarpfalz zusammengefaßt worden und der Reichskommissar, Gauleiter Bürckel, zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen bestellt. Gemäß Erlaß vom 11. März 1941 führte er die Bezeichnung: der Reichsstatthalter in der Westmark. Entgegen diesen Veränderungen konnte der Geschäftsbereich des Statistischen Amtes des Saarlandes wegen des Widerstandes des Bayerischen Statistischen Landesamtes nicht auf die Pfalz ausgedehnt werden. Trotzdem mußte die Zusammenarbeit zwischen beiden Ämtern in der Bereitstellung des statistischen Materials für die Berichterstattung an den Reichskommissar unter diesen Umständen sehr eng sein.

Aus dem Jahresbericht für 1941 geht hervor, daß das Amt noch stark unter den Nachwehen der Räumung litt. Auch die Folgen des Umzuges nach und von Kaiserslautern waren noch bis in das Jahr 1941 zu spüren. Dennoch standen wichtige neue Aufgaben an. Nach der Schaffung des Gaues Westmark wurde dem Amt durch Bekanntmachung vom 10. Juli 1941 auch die Einführung und Durchführung der amtlichen Statistiken in Lothringen übertragen. Die Ausbreitung des Tätigkeitsgebietes machte eine wesentliche Vergrößerung des Behördenapparates notwendig. Der Personalstand des Statistischen Amtes stieg von 16 Bediensteten im Jahre 1940 auf 24 im Jahre 1941 und auf 38 bis zum Jahre 1942 an. Damit erwiesen sich aber die Räumlichkeiten in der

Gerberstraße 35 als völlig unzureichend. Am 4. Juni 1941 verlegte das Amt seinen Dienstsitz in das stadteigene Gebäude Königin-Luisen-Straße 61. Für 17 Räume betrug die Monatsmiete 557,50 RM.

Die Kriegsverhältnisse und der häufige Personalwechsel infolge von Einberufungen gestalteten den Arbeitsablauf im Amt oft sehr schwierig. So erschien als einzige Veröffentlichung im Jahre 1941 ein "Gemeindeverzeichnis für die Westmark nach dem Gebietsstand vom 1. April 1941". Im Mai 1942 begann das Amt auf Veranlassung des Gaugesundheitsführers mit Sonderuntersuchungen über die Ursachen der Säuglingssterblichkeit im Gau Westmark.

Bei einem Luftangriff auf Saarbrücken in der Nacht vom 29. zum 30. Juli 1942 wurde das Dienstgebäude des Amtes durch die Sprengwirkung und den Luftdruck von in der Nähe niedergegangenen Sprengbomben erheblich beschädigt. Eine Phosphorbrandbombe, die in den Hof fiel und teilweise in das Archiv im Keller gelangte, konnte von zwei Angestellten, die in dieser Nacht als Brandwache eingesetzt waren, unschädlich gemacht und großer Brandschaden verhütet werden.

Am 1. Februar 1943 wurde der Amtsleiter Prof. Dr. Blind zum Oberregierungsrat befördert und bald darauf, am 26. März 1943, zur Wehrmacht einberufen. Seine Vertretung

übernahm Dr. Friedrich Reiff. Bis dahin hatte das Statistische Amt alle nicht kriegswichtigen eigenen Erhebungen und Untersuchungen bereits weitgehend eingestellt. Im übrigen erschöpfte sich die Aufgabe des Amtes darin, an der Durchführung der amtlichen Reichsstatistiken mitzuwirken.

Anfang des Jahres 1944 wurde das Statistische Amt des Saarlandes beauftragt, weitere kriegswichtige Arbeiten zu übernehmen. Die Übertragung von Aufgaben der Binnenschiffahrtstatistik in der Rheinprovinz machte die Einstellung zusätzlicher Hilfskräfte erforderlich. Zu diesem Zweck wurden ab März 1944 drei nahe gelegene Büroräume im Schulhaus Königin-Luisen-Straße 67 angemietet.

Der Krieg wütete heftiger und forderte die ersten Opfer unter der Bevölkerung Saarbrückens. Am 19. Juli 1944 wurde das Gebäude des Statistischen Amtes durch einen Luftangriff total zerstört. Akten und Maschinen, die sich im Keller befanden, blieben erhalten, und auch die Bücherei konnte aus den Trümmern geborgen werden. Am 3. August 1944 bezog das Amt Räumlichkeiten im Saarland-Museum und nahm von dort aus den Dienstbetrieb wieder auf. Als auch Dr. Reiff im August/September 1944 zur Wehrmacht einrücken mußte, wurde offiziell Regierungsrat Meyer mit seiner Stellvertretung beauftragt. Die praktische Amtsführung lag jedoch in den Händen von Finanzdirektor a. D. Wittneben

sowie Frau Dr. Löber und Frau Dr. Vieting. Mit 20 Angestellten und 15 Aushilfsangestellten bearbeiteten sie die Statistiken über die Bevölkerung und die Landwirtschaft (so vor allem Bodennutzungserhebung, Ernteberichtserstattung, Viehzählung), erhoben Wirtschaftsdaten zur Erstellung der kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz und führten Untersuchungen über die Schifffahrt, die öffentlichen Finanzen und die Preise durch. Die Haushaltsrechnung des Jahres 1944 wies für das Statistische Amt Ausgaben in Höhe von 94 150 RM nach.

Im November 1944 mußte Saarbrücken erneut geräumt werden. Das Amt zog am 1. Dezember 1944 nach Speyer und quartierte sich im dortigen Gymnasium ein. Die Bibliothek wurde in das Kloster St. Gangolf bei Mettlach ausgelagert. In Speyer blieb das Amt bis zum Einmarsch der Amerikaner am 22. März 1945. Anschließend wurde es aufgelöst. Die Amtsführung lag zuletzt bei Oberregierungsrat Kihm, nachdem Regierungsrat Meyer im Februar/März 1945 zum Volkssturm gerufen worden war. Schon bei der Räumung Saarbrückens war wertvolles Material verlorengegangen. In Speyer lagerte weiteres Material unbeaufsichtigt im Gymnasium. Die Maschinen kamen restlos abhanden. Akten und sonstige Unterlagen konnten teilweise erhalten werden.

Der Wiederaufbau (1945 — 1949)

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches fiel das Saarland im Juli 1945 an die französische Besatzungszone. Das noch auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung gebildete Regierungspräsidium Saar, geleitet von Dr. Hans Neureuter, wurde aus dem Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar in Neustadt a. d. Haardt gelöst und so die verwaltungsmäßige Selbständigkeit des Saarlandes herbeigeführt. Durch verschiedene Grenzänderungen in den Jahren 1946, 1947 und 1949 vergrößerte sich das Saarland nach Norden hin um insgesamt 105 Gemeinden auf seinen heutigen Gebietsumfang.

Im Juli/August 1945 richtete das Oberregierungspräsidium Mittelrhein-Saar in Neustadt auch ein Statistisches Amt für das gesamte Gebiet ein. Frau Dr. Gertrud Löber vom früheren Statistischen Amt des Saarlandes hatte maßgeblichen Anteil an diesem Neuaufbau. Die noch vorhandenen Akten wurden von Speyer nach Neustadt transportiert und die Bibliothek aus dem Kloster St. Gangolf herbeigeschafft. Das Amt betreute von Neustadt aus zunächst auch das Saarland. Es ging später auf im Statistischen Amt für Rheinland-Pfalz. Frau Dr. Löber schied schon bald aus dem Amt in Neustadt aus und ging nach Wiesbaden, um im Statistischen Landesamt für Hessen weiterzuarbeiten.

Am 11. Oktober 1945 übermittelte Regie-

rungspräsident Dr. Neureuter dem Oberregierungspräsidium in Neustadt seine Absicht, in Saarbrücken ein eigenes Statistisches Amt zu errichten. Mit der Wiedereinrichtung beauftragte er Dr. Franz Kempf, den Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Saarbrücken. Trotz der Anordnung der Militärregierung in

Gliederungsentwurf vor. Dieser enthielt sechs Hauptgliederungspunkte: Bevölkerungsstatistik, Wirtschaftsstatistik, Sozialstatistik, Statistik der Finanzen und Steuern, Kulturstatistik, Sondergebiete. Das Statistische Amt des Saargebietes, wie es zunächst hieß, hatte seinen Sitz vorübergehend im Arbeitszimmer von



AMTSGEBÄUDE NAUWIESER STRASSE 3
1945 bis 1949

der französischen Besatzungszone, daß ohne deren Zustimmung "statistische Erhebungen jeglicher Art, von welchen Dienststellen auch immer, nicht durchgeführt werden dürfen", legte Dr. Kempf am 21. Oktober 1945 einen

Dr. Kempfs Wohnung in der Lessingstraße 15, bis es im November 1945 geeignete Räume der ehemaligen Stadtbücherei und früheren Schule in der Nauwieser Straße 3 beziehen konnte. Dort hatte auch das Statistische Amt

der Stadt Saarbrücken seinen Sitz. Im Personalrat waren vier Beamte und acht Angestellte vorgesehen.

Mit Schreiben vom 29. Januar 1946 teilte das Regierungspräsidium Saar dem Saarbrücker Oberbürgermeister und den Landräten mit, daß mit Zustimmung der Militärregierung eine statistische Zentralstelle, das Statistische Amt des Saargebietes, eingerichtet würde. Dem Amt sollte "die einheitliche Ausrichtung der amtlichen Statistik und die alleinige Durchführung von statistischen Erhebungen irgendwelcher Art" obliegen. Es unterstand der Aufsicht der Section Statistique et Contrôle bei der Militärregierung. Dr. Kempf übernahm die kommissarische Leitung des Amtes.

Gleichzeitig wurde beim Regierungspräsidium Saar, Abteilung VIII, in der Scheidter Str. 114 ein Referat für Statistik eingerichtet, das alle Wünsche und Anträge zur Erfassung statistischer Unterlagen zu prüfen und gegebenenfalls zu genehmigen hatte. Ohne ausdrückliche Zustimmung dieses Referats durften statistische Erhebungen von staatlichen und kommunalen Behörden, wirtschaftlichen und sozialen Verbänden innerhalb des Saargebietes nicht durchgeführt werden.

In der Zwischenzeit hatte aber auch die Militärregierung mit dem Aufbau einer eigenen statistischen Abteilung, der Section Statistique et Contrôle, unter der Leitung von Com-

mandant Huet begonnen. Diese verfügte sehr bald über eine Hollerith-Anlage und beschäftigte sich in der Hauptsache mit Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistiken. Außerdem behielt sie sich die Durchführung der beiden Volkszählungen am 26. Januar sowie am 29. Oktober 1946 vor.

Zwischen den beiden statistischen Dienststellen bildete sich eine Arbeitsteilung dergestalt heraus, daß die Abteilung Statistique et Contrôle fast die gesamte Wirtschaftsstatistik, insbesondere die laufenden Produktionserhebungen und die Untersuchungen über Struktur und Finanzlage der Wirtschaftsunternehmen, durchführte, während das saarländische Statistische Amt vor allem die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die landwirtschaftliche Statistik bearbeitete und daneben auch Kultur- und andere Statistiken übernahm. Wegen der besseren personellen und maschinellen Ausstattung beanspruchte die statistische Abteilung der Militärregierung für sich eine Vorrangstellung. Sie erhielt alle Ergebnisse des saarländischen Amtes, ohne diesem jedoch über ihre eigenen Erhebungen zu berichten. Angesichts dieser Sachlage legte Dr. Kempf am 5. Oktober 1946 den Entwurf einer "Verordnung zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Statistik" vor, doch er hatte damit keinen Erfolg. Der Personalstand des saarländischen Amtes hielt sich bei weniger als 30 Bediensteten in engen Grenzen, während die statistische Abteilung der Militärregierung im Anschluß an die Volkszählungen

Bekanntmachung für die Saarbevölkerung

betreffend der

VOLKSZÄHLUNG

am 26. Januar 1946

Am 26. Januar 1946 wird eine individuelle Volkszählung für die saarländische Bevölkerung durchgeführt werden, zu der jeder Einzelne einen Zählzettel erhalten wird.

I.

Jeder Person, die am 26. Januar 1946 im Saargebiet ansässig ist, werden drei Formulare ausgehändigt:

- a) Ein Schein mit der Aufschrift „Erhebung vom 26. Januar 1946“ in einem einfach gedruckten Formular 15x21 cm. Alle Personen, die nach dem 1. Januar 1928 geboren sind, erhalten rote Scheine, alle, die bis zum 31. Dezember 1927 einschließlich geboren sind, erhalten weiße. Dieser Schein wird nur einfach ausgefüllt.
- b) Ein Schein von 8 Seiten, weiße Farbe, Format 18x27 cm, überschrieben „Volkszählung“, ist in zwei Exemplaren auszufüllen.

II.

Jene Personen, die augenblicklich außerhalb des Saargebietes ihren Wohnsitz haben, aber vor 1939 im Saarland wohnten, erhalten ein achteiliges weißes Formular mit rotem Querstrich.

Dieses Formular muß in zwei Exemplaren durch die nächst anwesenden Verwandten der außerhalb des Saargebietes lebenden Personen ausgefüllt werden.

Zu dieser Kategorie gehören:

- a) Alle Personen, die infolge der Evakuierung oder anderer Kriegseinwirkungen vorläufig in einer anderen Besatzungszone Deutschlands oder im Ausland leben.
- b) Die im Saarland beheimateten noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen.
- c) Die saarländischen Vermissten, die vermutlich noch am Leben sind.

Die Bevölkerung wird auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, alle Fragen eingehend und gewissenhaft zu beantworten.

Die Nummer und die sich darauf beziehende Spalte muß besonders dann sorgfältig unterstrichen werden, wenn die Antwort auf eine Frage des Zettels durch eine numerierte Liste gegeben wird. Bei handwerklichen Berufen muß die erfaßte Person vor ihren Beruf ein Kreuz in eine der vier Rubriken machen: L = Lehrling / A = Arbeiter / G = Geselle / M = Meister.

Alle falschen, unvollständigen oder unleserlichen Angaben werden strenge Strafmaßnahmen nach sich ziehen.

Saarbrücken, den 9. Januar 1946

zeitweise über 200 Personen beschäftigte und außer den Räumen im Gebäude der Militärregierung in der Alleestraße (früheres Finanzamt) weitere Räumlichkeiten in der Gastwirtschaft Kügler in der Bruchstraße in St. Arnual anmietete.

Im Februar 1947 legte Dr. Kempf die Leitung seiner beiden Ämter nieder und ging nach Freiburg i. Br., um dort die Leitung des städtischen Statistischen Amtes zu übernehmen. Die aus dem Regierungspräsidium Saar hervorgegangene Verwaltungskommission bestimmte am 14. Februar 1947 Regierungsinспектор Bernhard Nikodemus zum kommissarischen Leiter des Statistischen Landesamtes. Mit dem Ausscheiden von Dr. Kempf löste sich auch die enge personelle und räumliche Verbundenheit zwischen dem Statistischen Amt des Saarlandes und dem Statistischen Amt der Stadt Saarbrücken. Das städtische Amt verließ die Räumlichkeiten in der Nauwieser Straße und zog in die Nähe des Rathauses.

Da die Stadt das Gebäude anderweitig nutzen wollte, sollte auch das Landesamt Anfang 1947 ausziehen, doch der geplante Umzug in die Nobelstraße 7 und 9 mußte wegen der Verzögerung der dortigen Renovierungsarbeiten immer wieder verschoben werden. Der Jahresbericht 1947 verdeutlicht, daß sich mit der Trennung der beiden Ämter die räumliche und personelle Ausstattung des Landesamtes drastisch verschlechterte. Standen bisher dem

Landesamt die städtischen Räumlichkeiten, Einrichtungsgegenstände, Büromaschinen und, bei dringlichen Arbeiten, auch städtisches Personal zur Verfügung, so mangelte es nun an allen Ecken und Enden. Zuweilen wurde sogar daran gedacht, noch verbliebene Ausstattungsgegenstände durch die Verwaltungskommission beschlagnahmen zu lassen. Der eigene Maschinenpark des Amtes bestand über etliche Monate des Jahres 1947 aus einer einzigen Schreibmaschine. Nachdem die Stadt auch ihre Büromöbel zurückgefordert hatte, mußten zeitweise ausgehängte Türen als Schreibtische dienen. Schließlich wurde auch beklagt, daß die schleppende Gehaltszahlung "einige Unruhe" unter dem Personal stifte. Unter diesen Umständen war an einen ordnungsgemäßen Arbeitsablauf im Amt nicht zu denken. Die ständigen Bittgesuche von Herrn Nikodemus zeigten einen ersten Erfolg, als die Militärregierung im Sommer 1947 dem Landesamt die Mitbenutzung ihrer Holleirith-Anlage gestattete.

Überlegungen, das Statistische Amt des Saarlandes und die statistische Abteilung der Militärregierung miteinander zu vereinigen, bestanden zwar schon seit längerer Zeit; sie traten aber erst nach der Bildung einer saarländischen Regierung Ende 1947 in ein entscheidendes Stadium, weil das Wirtschaftsministerium für seine Arbeiten dringend wirtschaftsstatistische Unterlagen benötigte und zudem die finanzielle Lage des Saarlandes eine Her-

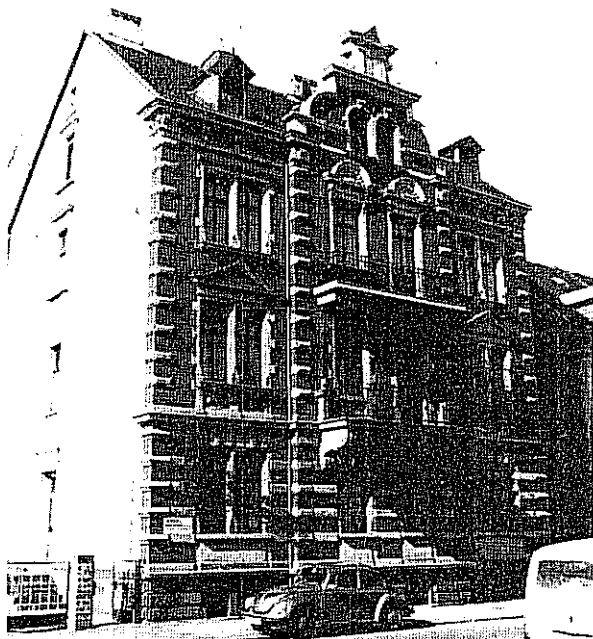
absetzung der Ausgaben für die statistischen Dienststellen erforderte. Bisher wurden nämlich beide statistischen Ämter aus dem saarländischen Haushalt unterhalten; im Jahre 1947 erreichten ihre Ausgaben eine Million Reichsmark, wovon 800 000 RM auf die statistische Abteilung der Militärregierung und 200 000 RM auf das Statistische Amt des Saarlandes entfielen.

Im Hinblick auf den Mangel an wirtschaftsstatistischen Daten bemühte sich der Wirtschaftsminister selbst um die Zusammenlegung beider Ämter. Er schlug die Vereinigung unter der Leitung von Prof. Dr. Blind vor, der inzwischen aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war und wieder das Statistische Amt der Stadt Saarbrücken übernommen hatte. Am 20. Februar 1948 legte Prof. Blind seinen Bericht zum beabsichtigten Aufbau des neuen Amtes vor. Nach entsprechenden Verhandlungen mit dem aus der Militärregierung gebildeten Hohen Kommissariat wurde vereinbart, die Verbindung zum Hohen Kommissariat durch einen höheren französischen Fachbeamten aufrechtzuerhalten, der monatlich für einige Tage zum Statistischen Amt kommen und mit dem Amtsleiter alle einschlägigen Fragen besprechen sollte. In dieser Eigenschaft erschien Herr Smolski, Inspecteur Général beim Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE) in Paris, im August 1948 in Saarbrücken. Mit seiner Zustimmung wurden alle Beschäftigten der bei-

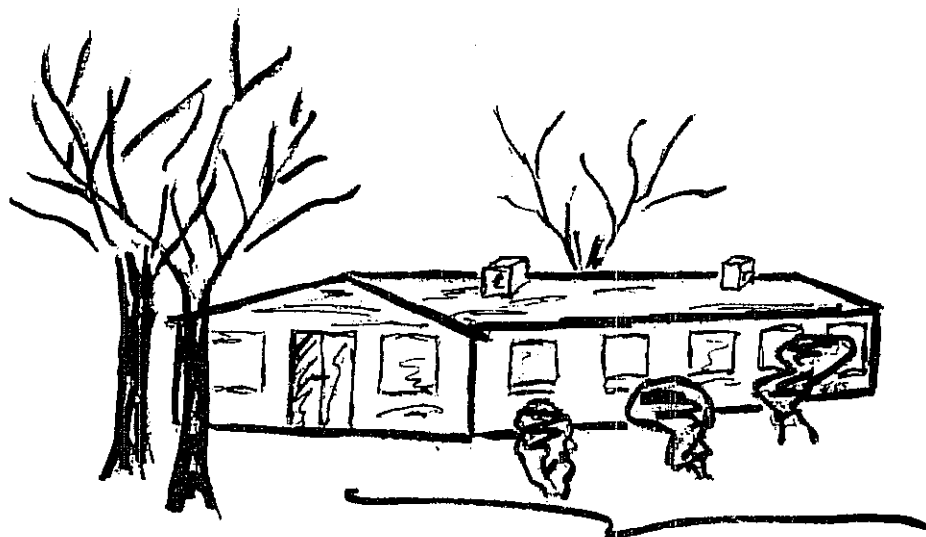
den Dienststellen im September 1948 einer fachlichen Prüfung unterzogen. Im Einvernehmen mit dem Innenministerium traf Prof. Blind die für die Bediensteten der beiden Ämter schwerwiegenden und für die zu entlassenden Angestellten schmerzlichen Entscheidungen nach einem einheitlichen, den Interessen der Verwaltung und der Betroffenen gleichermaßen gerecht werdenden Verfahren. Das Personal des neuen Amtes wurde nach den Prüfungsergebnissen ausgewählt und eingestuft, wobei auch soziale Gesichtspunkte eine wesentliche Rolle spielten. Die Zahl der Bediensteten ging damit von zuletzt 135 auf rund 90 zurück.

Am Freitag, dem 11. Februar 1949, fand schließlich die Vereinigung der beiden Dienststellen in den Gebäuden Saargemünder Straße 12 und 17 statt. Die Hollerith-Anlage der früheren Militärregierung konnte übernommen werden, doch die Bücherei mit ihren 2000 Bänden lagerte noch beim Statistischen Amt für Rheinland-Pfalz in Bad Ems. Ein Großteil der Bücher konnte erst im Herbst 1949 in das Saarland zurückgeholt werden. Teile des Amtes — zunächst die Rechenanlage und die Verwaltung, dann das Druck- und das Versandwesen, später z. B. auch die Finanzstatistik — bezogen Steinbaracken in der Schillerstraße zwischen dem Sitz des Ministerpräsidenten und dem Innenministerium.

Der neue Amtsleiter war noch nicht bestellt,



AMTSGEBÄUDE SAARGEMÜNDER STRASSE 12 UND 17 (1949 bis 1957)



BARACKEN IN DER DAMALIGEN SCHILLERSTRASSE (1949 bis 1957)



so daß Herr Nikodemus die Leitung des gesamten Amtes kommissarisch weiterführte. Am 31. März 1949 beendete Herr Smolski seine Tätigkeit in Saarbrücken. An seine Stelle trat im Juni 1949 Herr Remlinger vom INSEE. Mit Wirkung vom 1. Juni 1949 wurde Prof. Blind offiziell zum kommissarischen Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes bestellt. Er behielt daneben hauptamtlich die Leitung des Statistischen Amtes der Stadt Saarbrücken bei.

Die Neuordnung (1949 — 1957)

Mit der Einrichtung des Statistischen Amtes des Saarlandes war eine Behörde geschaffen, die von der Planung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse alle notwendigen Statistiken selbständig und unabhängig durchführte. Allerdings mußte das Amt diesmal ohne die Hilfe und die führende Hand einer übergeordneten Fachbehörde auskommen, die ihm nach dem Neubeginn 1935 mit dem erfahrenen Apparat des Statistischen Reichsamtes den Weg gegeben hatte. Zur Festigung seiner Stellung und zur Schaffung der gesetzlichen Grundlage für statistische Erhebungen legte Dr. Hector, Staatssekretär des Innern, am 29. April 1949 einen von Prof. Blind ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Regelung des statistischen Dienstes im Saarland vor. Bei der Annahme wurde die Bezeichnung "Statistisches Landesamt" durch "Statistisches Amt des Saarlandes" er-

setzt, und am 25. Juni 1949 verabschiedete der Landtag einstimmig das "Gesetz zur Regelung des statistischen Dienstes im Saarland".

Mit den zwischenzeitlich vorgenommenen Änderungen gilt dieses Gesetz auch heute noch. Danach ist das Statistische Amt des Saarlandes die Zentralstelle für alle statistischen Erhebungen im Saarland. Das Gesetz regelt die Auskunftspflicht und den Auskunftsschutz der Befragten. Statistische Erhebungen, die nicht von der Regierung angeordnet sind, bedürfen einer besonderen Genehmigung, um eine übermäßige Beanspruchung der Öffentlichkeit durch Fragebogen und die Durchführung unzulänglicher Statistiken zu vermeiden. Entsprechend dem neu aufgestellten Organisationsplan für das Amt wurden Fachabteilungen für Bevölkerungs- und Kulturstatistiken, für Landwirtschaftsstatistik, für Wirtschaftsstatistik, für Arbeits- und Sozialstatistik und für Finanzstatistik eingerichtet. Das Statistische Amt des Saarlandes war eine dem Innenministerium nachgeordnete staatliche Behörde.

Die Rechen- und Lochkartenanlage ermöglichte es dem Amt, seine Ergebnisse wesentlich schneller und effektiver als bisher zu erstellen. Bald wurden auch ein leistungsfähiges Zeichenbüro und eine Vervielfältigungsanlage mit dem nötigen Zubehör eingerichtet, so daß das Amt in der Lage war, ansprechende Veröffentlichungen herauszubringen.

Bulletin Officiel Amtsblatt

de la Sarre des Saarlandes

(Le texte allemand seul fait foi en ce qui concerne les textes émanant des autorités sarroises.)

(Hinsichtlich der Texte der saarländischen Behörden ist allein der deutsche Text amtlich.)

Sarrebruck, le 10 septembre	Nr. 63 (S) — 1949	Saarbrücken, den 10. September
-----------------------------	-------------------	--------------------------------

Inhalt:

I. Amtliche Texte

Seite

Gesetz zur Regelung des statistischen Dienstes im Saarland. Vom 25. Juni 1949. 865
Anordnung zur Festsetzung des Urlaubs für das Personal der landwirtschaftlichen Betriebe. Vom 20. August 1949. 867
Berichtigung zur Verordnung über Aufhebung und Rückkauf von Lebensversicherungsverträgen sowie Umwandlung in prämiensfreie Lebensversicherungsverträge vom 27. Juni 1949 (ABl. S. 626). 867

II. Beschlüsse und Bekanntmachungen

Bekanntmachung über die Verleihung der Bezeichnung „Stadt Dillingen/Saar“ an die Gemeinde Dillingen. Vom 1. September 1949. 867
Status der Saarländischen Rediskontbank per 25. August 1949. 868
Bekanntmachung betreffend Entscheidungen über die Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus. Vom 31. August 1949. 868
Genehmigung einer II. Saarländischen Rote-Kreuz-Lotterie — 1949/50 — Vom 1. September 1949. 869
Bekanntmachung betreffend die Ausgabe von Passgebührenmarken. Vom 1. September 1949. 869
2. Bekanntmachung betreffend den Vertrieb von Sprengstoffen und Zündmitteln an den Bergbau. Vom 25. August 1949. 869
Bekanntmachung über die Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnscheinen. Vom 30. August 1949. 870

III. Amtliche Bekanntmachungen

870

Sommaire:

I. Textes Officiels

Pages

Loi portant réglementation du Service de Statistique en Sarre. Du 25 juin 1949. 865
Arrêté portant fixation des congés payés du personnel occupé dans les exploitations agricoles. Du 20 août 1949. 867
Rectificatif à l'ordonnance relative à la résiliation, le rachat et la réduction des contrats d'assurance sur la vie, du 27 juin 1949 (B. O. p. 626). 867

II. Décisions et Avis

Avis portant obtention par la commune de Dillingen de la qualité de «Ville de Dillingen/Sarre». Du 1er septembre 1949. 867
Situation de la Banque de Récompte de la Sarre au 25 août 1949. 868
Avis concernant des décisions de reconnaissance comme victimes du nazisme. Du 31 août 1949. 868
Autorisation d'une deuxième loterie — 1949/50 — organisée par la Croix Rouge Sarroise. Du 1er septembre 1949. 869
Avis concernant la livraison de timbres pour passeports. Du 2 septembre 1949. 869
2ième avis concernant la vente, à l'exploitation minière, des explosifs et des matières inflammables. Du 25 août 1949. 869
Avis concernant l'annulation des autorisations de détention et d'emploi d'explosifs. Du 30 août 1949. 870

III. Annonces Légales

870

I. Amtliche Texte

Gesetz

zur Regelung des statistischen Dienstes im Saarland
Vom 25. Juni 1949.

Der Landtag des Saarlandes hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Als Zentralstelle für den gesamten statistischen Dienst im Saarland wird das Statistische Landesamt in Saarbrücken errichtet.

(2) Das Statistische Amt des Saarlandes ist eine dem Ministerium des Innern nachgeordnete staatliche Behörde.

§ 2

Das Statistische Landesamt hat die Aufgabe, die Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung aller von der Regierung angeordneten Statistiken vorzunehmen und die Statistiken aller anderen Körperschaften mit den allgemeinen statistischen Aufgaben in Einklang zu bringen.

§ 3

Die bei der Durchführung der angeordneten statistischen Erhebungen Befragten haben die geforderten Auskünfte wahrheitsgemäß zu erteilen. Angaben, welche die inneren Verhältnisse des Familien-, Gesellschafts- oder Sittenlebens des Einzelnen betreffen, dürfen nicht gefordert werden.

I. Textes Officiels

Loi

portant réglementation du Service de Statistique en Sarre
Du 25 juin 1949.

Le Landtag de la Sarre a décidé la loi suivante qui est promulguée par la présente:

§ 1er

(1) Un Office Central de Statistique (Statistisches Landesamt) est créé à Saarbrück comme bureau central pour tous les services de statistique de la Sarre.

(2) L'Office Central de Statistique de la Sarre est un service public de l'Etat, subordonné au Ministère de l'Intérieur.

§ 2

L'Office Central de Statistique a le devoir de recueillir les renseignements, élaborer et publier toutes statistiques ordonnées par le Gouvernement, et d'harmoniser les statistiques dressées par toutes autres collectivités avec ses propres travaux de statistique générale.

§ 3

Les personnes interrogées dans l'exécution des enquêtes statistiques ordonnées sont tenues de fournir des renseignements véridiques. On ne pourra exiger d'elles aucun renseignement concernant les rapports intimes de la vie familiale, sociale ou morale de l'individu.

§ 4

- (1) Das Statistische Landesamt ist berechtigt, bei seinen Erhebungen die Mitwirkung der Behörden und öffentlichen Körperschaften in Anspruch zu nehmen.
- (2) Die Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, den im Vollzug dieses Gesetzes an sie gerichteten Ansuchen des Statistischen Landesamtes zu entsprechen.

§ 5

Die mit der Durchführung von statistischen Erhebungen betrauten Stellen und Personen haben die ermittelten Einzelangaben geheim zu halten. Die Angaben dürfen nur zu statistischen Zusammenstellungen verwandt werden. Die Veröffentlichung dieser Zusammenstellungen hat so zu erfolgen, dass daraus die Verhältnisse Einzelner nicht ersichtlich sind.

§ 6

- (1) Die Vornahme einer statistischen Erhebung durch eine andere Stelle als das Statistische Landesamt bedarf der Genehmigung des Statistischen Landesamtes.
- (2) Die Genehmigung kann allgemein für bestimmte Arten von Erhebungen erteilt werden. Sie kann an bestimmte Auflagen geknüpft werden.
- (3) Die Genehmigung ist nicht erforderlich bei:
1. statistischen Erhebungen, die ein wirtschaftliches Unternehmen innerhalb seines Betriebes oder bei den ihm zugehörigen Teilbetrieben durchführt;
 2. statistischen Erhebungen, die Verbände, Zusammenschlüsse oder Personenvereinigungen des privaten Rechts bei ihren Mitgliedern oder angeschlossenen Untergliederungen durchführen. Werden dabei gesamtwirtschaftlich wichtige Verhältnisse der Produktion, des Umsatzes, der Beschäftigung und des Einkommens erfragt, so ist die Erhebung vor ihrer Durchführung dem Statistischen Landesamt anzuzeigen.
 3. statistischer Verwertung vorhandener und im Dienstbetrieb anfallender Aufzeichnungen, die eine Behörde bei ihr unterstellten Behörden, Dienststellen und Beamten im dienstlichen Interesse durchführt.

§ 7

- (1) Die eine genehmigungspflichtige statistische Erhebung planende Stelle hat den Erhebungs- und Aufbereitungsplan und die vorgesehenen Formblätter in doppelter Ausfertigung beim Statistischen Landesamt einzureichen. Die Genehmigung kann nur vom Ministerium des Innern nach Anhören des zuständigen Fachministeriums versagt werden.
- (2) Im Falle der Genehmigung ist auf der ersten Seite der Formblätter ein Genehmigungsvermerk anzubringen.

§ 8

Wer bei einer von der Regierung angeordneten statistischen Erhebung falsche oder unrichtige Angaben macht oder die Auskünfte nicht innerhalb der festgesetzten Frist erteilt, oder wer eine statistische Erhebung ohne Genehmigung durchführt oder die Genehmigungsbedingungen nicht einhält, wird mit Geldstrafe bis zu 50 000 Franken bestraft.

§ 9

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Saarbrücken, den 25. Juni 1949.

Regierung des Saarlandes

Der Ministerpräsident
Johannes Hoffmann
Der Minister des Innern
M. d. W. d. G. b.
Dr. Hector

Der Minister für Finanzen und Forsten

I. V.
Dr. Straus

Der Minister der Justiz

I. V.
Dr. Straus

Der Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung

Dr. Straus

Der Minister für Arbeit und Wohlfahrt

I. V.
Dr. Singer

Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung
und Landwirtschaft
Dr. Singer

§ 4

- (1) L'Office Central de Statistique a le droit de demander à l'occasion de ses enquêtes la collaboration des autorités et des collectivités publiques.
- (2) Les autorités et collectivités de droit public sont tenues de donner suite aux requêtes qui leur sont adressées par l'Office Central de Statistique dans le cadre de la présente loi.

§ 5

Les personnes et les services chargés des enquêtes statistiques sont tenus de garder le secret sur les renseignements particuliers recueillis par eux. Ces renseignements ne peuvent être utilisés qu'à l'établissement de tableaux statistiques. La publication de ces tableaux doit être effectuée de telle manière, qu'on ne puisse en déduire la situation particulière des individus.

§ 6

- (1) L'exécution d'une enquête statistique par un autre service que l'Office Central de Statistique est subordonnée à l'autorisation de l'Office Central de Statistique.
- (2) L'autorisation peut être donnée à titre général pour certaines catégories déterminées d'enquêtes. Elle peut être liée à certaines charges.
- (3) L'autorisation n'est pas nécessaire pour:
- 1° les enquêtes statistiques effectuées par une entreprise économique à l'intérieur même de l'entreprise ou des fractions d'entreprise qui la constituent;
 - 2° les enquêtes statistiques effectuées par les associations, groupements ou associations de personnes de droit privé lorsque ces enquêtes ont lieu auprès de leurs propres membres ou des sections qui leur sont rattachées. Si l'enquête porte sur certains éléments importants pour l'économie générale dans le domaine de la production, du chiffre d'affaires, du travail et du revenu, elle doit faire l'objet d'une déclaration à l'Office Central de Statistique avant son exécution.
 - 3° l'utilisation statistique de données recueillies dans le cours normal du service, lorsque cette utilisation est effectuée par une autorité dans l'intérêt général du service auprès des autorités, des services ou des fonctionnaires, qui lui sont subordonnés.

§ 7

- (1) Tout service qui projette de faire une enquête statistique subordonnée à autorisation doit faire parvenir à l'Office Central de Statistique le plan de l'enquête et des travaux d'établissement ainsi que les formulaires en double exemplaire. L'autorisation ne peut être refusée que par le Ministère de l'Intérieur après avoir entendu le Ministère compétent.
- (2) En cas d'octroi de l'autorisation, un visa doit être apposé sur la première page des formulaires.

§ 8

Quiconque, à l'occasion d'une enquête ordonnée par le Gouvernement, fournit des renseignements faux ou inexacts ou ne fournit pas les renseignements demandés dans le délai voulu, ou encore quiconque procède à une enquête statistique sans l'autorisation nécessaire ou n'observe pas les conditions de l'autorisation est puni d'une amende jusqu'à 50 000 francs.

§ 9

La présente loi entre en vigueur à la date de sa publication au Bulletin Officiel de la Sarre.

Sarrebruck, le 25 juin 1949.

Gouvernement de la Sarre

Le Ministre-Président
Johannes Hoffmann
Le Ministre de l'Intérieur
Pour le Ministre
Dr. Hector

Le Ministre des Finances et des Forêts
p. d.

Dr. Straus
Le Ministre de la Justice
p. d.

Dr. Straus

Le Ministre des Cultes et de l'Éducation Publique

Dr. Straus

Le Ministre du Travail et de la Prévoyance Sociale

p. d.

Dr. Singer

Le Ministre de l'Économie,
des Transports, du Ravitaillement et de l'Agriculture
Dr. Singer

Um den interessierten Stellen die wichtigsten Ergebnisse seiner Arbeit zugänglich zu machen, gab das Amt seit Anfang des Jahres 1949 vierteljährlich "Saarländische Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen" mit einer textlichen Übersicht über den Wirtschaftsablauf heraus. Mit den "Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes" wurde eine Veröffentlichungsreihe begonnen, die Untersuchungen auf Spezialgebieten enthielt. Weitere Informationen vermittelte die Serie "Das Saarland in Zahlen". Das Heft 1 "Gebiet und Bevölkerung" berichtete über die Ergebnisse der Volkszählung vom 26. Januar 1946. Im Jahre 1950 erschien die erste Ausgabe des Statistischen Handbuchs, das, geplant im zweijährigen Turnus, der Öffentlichkeit einen umfassenden Überblick über sämtliche Arbeitsgebiete des Amtes verschaffen sollte. Als Ergänzung zum Handbuch wurde im folgenden Jahr das Statistische Taschenbuch mit einem verkleinerten Datenkatalog aufgelegt. 1951 begann das Amt auch, die Ergebnisse der einzelnen Fachstatistiken in Form der Statistischen Berichte zu veröffentlichen, die in den fünfziger Jahren noch als "Kurzberichte" bezeichnet wurden. Am 14. November 1951 fand im Saarland eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung statt, nachdem diese im Jahr zuvor schon in der Bundesrepublik aufgrund einer internationalen Vereinbarung durchgeführt worden war.

Nach dem Neuaufbau des Statistischen Amtes waren nicht nur die landeseigenen Bedürfnisse maßgebend, es mußten auch — im Rahmen der Wirtschaftsunion mit Frankreich — die für das Institut National de Statistique et des Etudes Economiques zur Gewinnung von Gesamtergebnissen für das französische Währungs- und Wirtschaftsgebiet nötigen Daten beschafft werden, ohne daß von dort Unterstützung in Verfahrensfragen zu erhalten war, weil die wichtigsten Statistiken in Frankreich nicht vom Statistischen Zentralamt, sondern von den Fachbehörden durchgeführt wurden. Da die Ausarbeitung der für die verschiedenen Aufgabengebiete sachadäquaten Methoden, ihre laufende Verbesserung und Anpassung an die sich ändernden Verhältnisse und technischen Fortschritte in größeren Ämtern mit langjährig geschultem Fachpersonal leichter möglich war, empfahl sich eine gewisse Anlehnung an das Statistische Bundesamt in Wiesbaden und die gelegentliche Information über die Arbeitsweise der Statistischen Ämter größerer Bundesländer. Der Amtsleiter und einzelne Abteilungsleiter des Amtes nahmen daher regelmäßig als Gäste an den Konferenzen der deutschen Landesstatistiker im Statistischen Bundesamt teil, behielten so die Entwicklung der Statistik in der Bundesrepublik im Auge und brachten Informationen und Anregungen für die eigene Arbeit nach Hause. Freilich konnte im Saarland nicht alles, was die deutsche Bundes- und Landesstatistik unter Führung des Statistischen Bundesamtes

ermittelte, und auch das Wichtigste nicht mit gleich aufwendigen und gleich gründlichen Verfahren erfaßt werden. Dafür gelang es jedoch weit mehr als in den Ämtern der Bundesländer, durch eigene Initiative mancherlei landeseigenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. So wurde mit viel Improvisation, bescheidenen Mitteln und oft behelfsmäßigen Verfahren versucht, mit der ständig fortschreitenden Entwicklung der Statistik Schritt zu halten, den Anforderungen des französischen Statistischen Zentralinstituts gerecht zu werden und nicht zuletzt die aus den besonderen Verhältnissen an der Saar resultierenden Informationsbedürfnisse von Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit zu befriedigen.

Da es im Saarland kein Wirtschaftsforschungsinstitut gab, wertete das Statistische Amt die Ergebnisse seiner Erhebungen selbst weit mehr textlich aus, als dies die Statistischen Ämter in der Bundesrepublik taten. Es versuchte dabei auch, auf erkennbare Ansätze für die künftige Entwicklung aufmerksam zu machen und wirtschafts- und sozialpolitische Erfordernisse anzudeuten. Dadurch ergaben sich lebhafte Beziehungen zu Regierungsstellen, insbesondere zum Wirtschaftsministerium, zu den Parteien, den Landtagsfraktionen, interessierten Abgeordneten und anderen Politikern sowie zur Industrie- und Handelskammer, zu den Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und nicht zuletzt zur Presse.

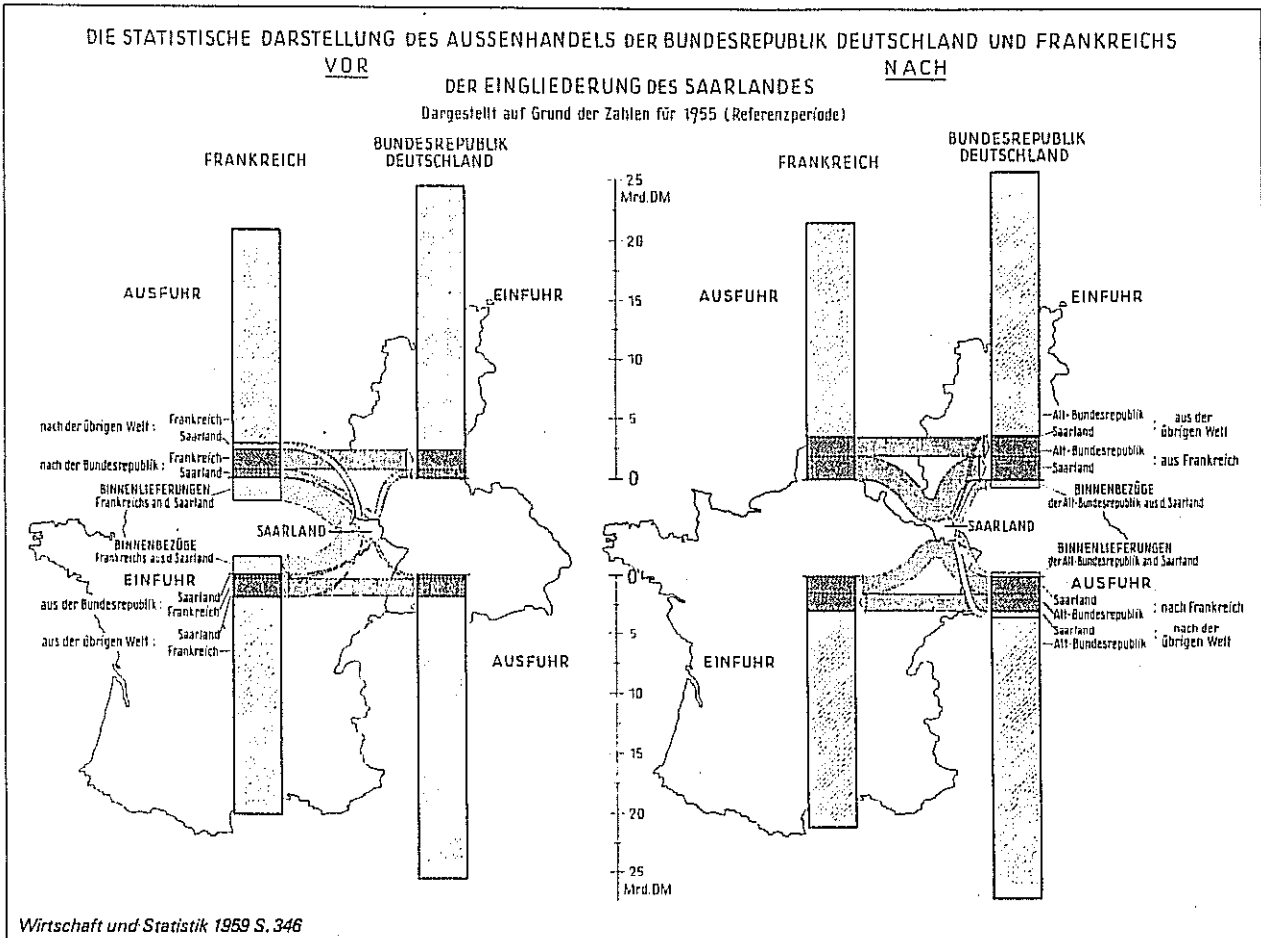
Solange die endgültige Lösung der Saarfrage

ungewiß war, informierten sich immer wieder auch Journalisten aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland beim Amt über die Verhältnisse im Saarland. Nach der Schaffung der Montanunion beteiligte sich das Amt ab 1952 auch an den Arbeiten des Statistischen Amtes dieser Institution in Luxemburg, und im Herbst 1953 hörte die Unterkommission des Europarats für die Lösung der Saarfrage den Amtsleiter Prof. Blind bei den Erörterungen über den sogenannten Natersplan als unabhängigen Sachverständigen für Wirtschaftsfragen. So gingen die Arbeiten und Ausstrahlungen des Amtes in der Zeit bis zur Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik weit über den für ein Statistisches Landesamt üblichen Rahmen hinaus.

Vor dem Hintergrund der ungeklärten Saarfrage hatte sich das Hauptgewicht der statistischen Arbeit mittlerweile auf die Wirtschaftsstatistik verlagert. Die Saarregierung war Anfang der fünfziger Jahre an Zahlen über die Ein- und Ausfuhr des Saarlandes interessiert, um größere Devisenzuteilungen bzw. Einfuhrkontingente für die Saarwirtschaft zu erlangen. Bei der französischen Zollverwaltung waren die gewünschten Daten jedoch nicht zu erhalten. Daher wurde das Statistische Amt des Saarlandes ermächtigt, die Auftragseingänge, Produktion, Bezüge und Absatz mit Unterscheidung nach Liefer- und Absatzländern bei allen wichtigen Industriebetrieben selbst zu erfassen. Auch die Groß- und Einzelhandelsbetriebe mußten entsprechend berichten. Die

Zusammenfassung der für die einzelnen Branchen ermittelten Ergebnisse brachte einen beträchtlichen Aktivsaldo beim Warenaustausch mit dem Devisenausland hervor. Durch diesen Nachweis war es dem saarländischen Wirtschaftsministerium möglich, in Paris größere Devisenzuteilungen für die Saarwirtschaft zu erwirken. Bei den deutsch-französischen Saarverhandlungen veranlaßte später der sta-

tistische Nachweis eines hohen Aktivsaldos Frankreichs beim Warenaustausch mit dem Saarland die Franzosen, der Fortführung des zollfreien Warenverkehrs zwischen dem Saarland und Frankreich auch für die Zeit nach der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik zuzustimmen. Zur Vorbereitung der Kontingentslisten wurden im Sommer 1956 die entsprechenden Wertanga-



ben für das Referenzjahr 1955 vom Statistischen Amt mit den beteiligten Unternehmen nach den französischen Zollpositionen aufgliedert.

Warenverkehr des Saarlandes mit den Gebieten außerhalb des Saarlandes 1955 bis 1958							
Jahr	Insgesamt	darunter nach bzw. aus					
		der Französischen Union		der Bundesrepublik Deutschland		der übrigen Welt	
		Mrd. frs.	vH	Mrd. frs.	vH	Mrd. frs.	vH
		Lieferungen (Ausfuhr)					
1955	223,7	127,1	56,8	58,7	26,2	37,9	16,9
1956	246,1	151,6	61,6	56,9	23,1	37,6	15,3
1957	279,2	179,1	64,1	64,1	23,0	36,0	12,9
1958	311,5	202,4	65,0	75,0	24,1	34,1	10,9
Bezüge (Einfuhr)							
1955	191,6	155,6	81,2	29,6	15,4	6,4	3,3
1956	221,9	171,0	77,1	41,4	18,7	9,5	4,3
1957	262,2	201,4	76,9	50,5	19,3	10,3	3,9
1958	292,5	219,2	74,9	73,3	25,1	10,6	3,6

Wirtschaft und Statistik 1959 S. 346

Wirtschaft und Statistik 1959 S. 346

Eine für viele wirtschaftspolitische Entscheidungen bedeutende Statistik war auch die über die Einzelhandelspreise. Diese wurden zwar in fünf Gemeinden erhoben, der Preisindex für die Lebenshaltung jedoch nur für die Landeshauptstadt berechnet. Aber während der fortschreitenden Inflation in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war er unter anderem für die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände und für die gesetzliche Mietpreisregelung von großer Wichtigkeit. Das Amt berechnete den Lebenshaltungsindex auf drei verschiedenen Grundlagen, nämlich der deutschen, der französischen und der eigenen saarländischen. Dadurch ergaben sich Anhaltspunkte für die Kaufkraftparität DM/Franken.

Das weitere Aufgabenfeld des Amtes umfaßte die Statistiken der Bautätigkeit, des Verkehrs, der Verdienste, der Fürsorge und der Sozialversicherung, der Banken und Versicherungen sowie der Steuern und Finanzen. Eine große Beachtung fand die Berechnung des Sozialprodukts. Als besonderes Anliegen bezog das Amt die Landeskunde in historischer Sicht in sein Aufgabengebiet ein. Ein Gemeinde- und Ortslexikon, das auf den Ergebnissen der Volkszählung von 1951 basierte, wurde in Angriff genommen.

Am 23. Oktober 1955 war die Bevölkerung des Saarlandes zur Abstimmung über das sogenannte "europäische Saarstatut" aufgerufen. Dieses Statut, im Oktober 1954 von der deutschen und der französischen Regierung unterzeichnet, beinhaltete vornehmlich die Aufrechterhaltung der französisch-saarländischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Übertragung der Aufgaben, die bisher der französische Hohe Kommissar ausübte, auf einen von der Westeuropäischen Union ernannten Kommissar und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik. Im Referendum lehnten die Saarländer mit 67,7 % der gültigen Stimmen das Statut ab und ermöglichten damit eine völlige Neuorientierung der saarländischen Politik. Die deutsch-französischen Saarverhandlungen endeten am 27. Oktober 1956 mit der Unterzeichnung des Luxemburger Vertrages zur Regelung der Saarfrage. Er

verfügte, daß am 1. Januar 1957 das Saarland als eigenes Bundesland mit der Bundesrepublik Deutschland vereinigt werden sollte. Eine auf höchstens drei Jahre befristete Übergangszeit sollte der Saarlwirtschaft die Umstellung von dem eher protektionistischen französischen Wirtschaftssystem auf die marktwirtschaftliche Ordnung und die Orientierung auf neue Absatzgebiete erleichtern. Die zweimalige Abwertung des französischen Franken förderte den Wunsch nach Abkürzung der Übergangszeit. Daher endete schon am 6. Juli 1959 ("Tag X") die französisch-saarländische Wirtschafts- und Währungsunion.

Am 31. Oktober 1955 schied Prof. Blind aus den Diensten des Statistischen Amtes aus, um einem Ruf der Universität Frankfurt zu folgen und in dem nach dem Referendum gebildeten Übergangskabinet Welsch das Amt des Finanzministers wahrzunehmen. Seine Nachfolge als kommissarischer Leiter des Statistischen Landesamtes und als Leiter des städtischen Statistischen Amtes trat am 1. November 1955 Dr. Rudolf Köster an. Bereits im Jahre 1945 als wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt, war Dr. Köster sehr bald zum Abteilungsleiter und stellvertretenden Amtsleiter avanciert und hatte so die Geschicke des Landesamtes in der schwierigen Phase der Abtrennung des Saarlandes von Deutschland entscheidend mitbestimmt. Seine Amtszeit endete knapp ein Jahr später, als Oberregierungsrat Dr. Josef Götz am 3. Oktober 1956

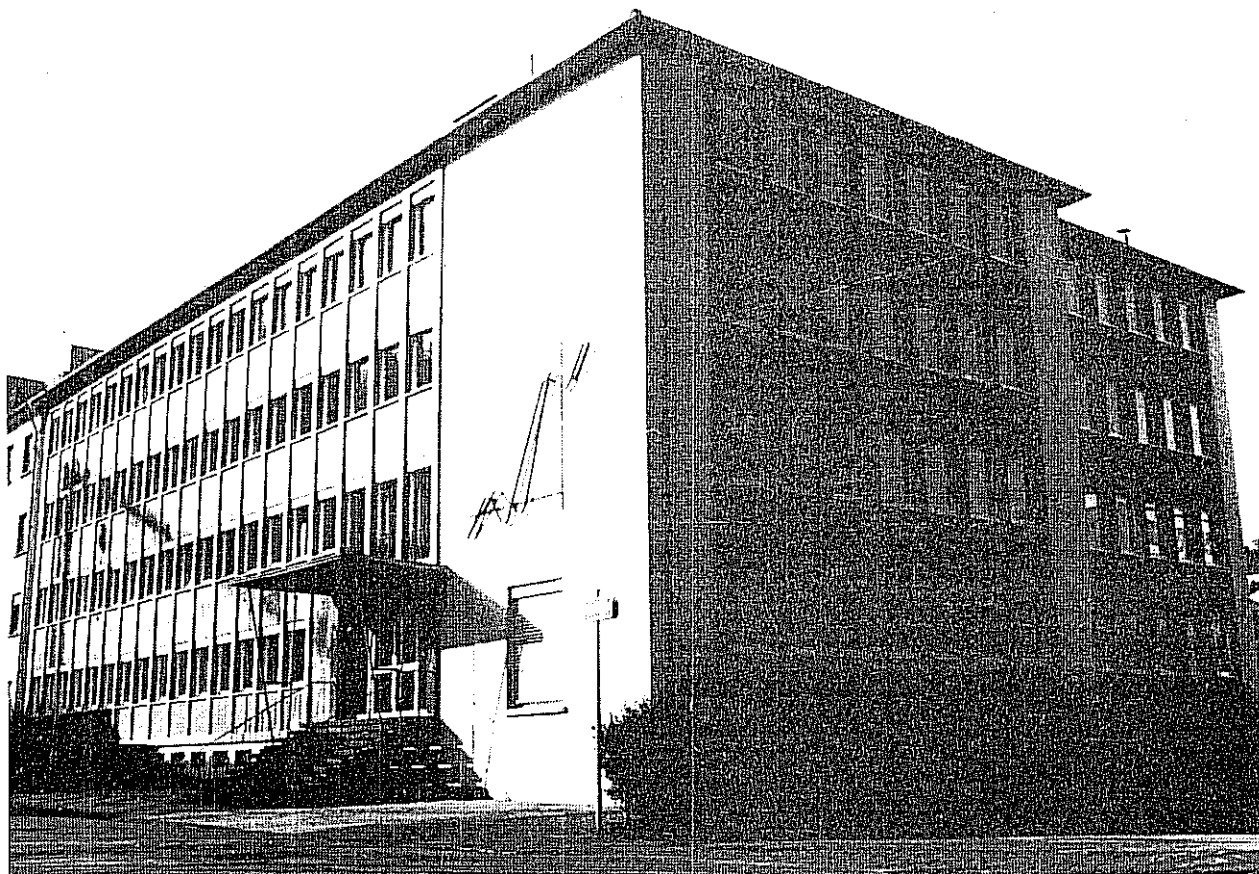
die Leitung des Statistischen Amtes des Saarlandes übernahm. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die personelle Verbundenheit mit dem Statistischen Amt der Stadt Saarbrücken, die seit den dreißiger Jahren bestanden hatte, endgültig aufgelöst.

Im Frühjahr 1957 konnte das Statistische Amt des Saarlandes ein eigenes, neu errichtetes Dienstgebäude in der Hardenbergstraße 3 beziehen und damit alle Abteilungen unter einem Dach zusammenfassen.

Umzug des Statistischen Amtes

Das Statistische Amt des Saarlandes führt in der Zeit vom 11. bis einschließlich 14. März 1957 seinen Umzug in das neue Dienstgebäude in Saarbrücken 1, Genfer Straße 3 durch und wird den vollen Dienstbetrieb in der neuen Unterkunft ab 15. März wieder aufnehmen. Die Dienststelle ist in der Genfer Straße unter der Fernsprechnummer 84911 (Sammelnummer des Ministerlams des Innern) an das FernsprechnetZ angeschlossen.

Saarbrücker Allgemeine Zeitung v. 9.3.1957



NEUES AMTSGEBÄUDE HARDENBERGSTRASSE 3
(seit 1957)

Die Umstellung (1957 — 1959)

Die politische Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957 brachte dem Statistischen Amt des Saarlandes die Hauptaufgabe, sein Arbeitsgebiet in allen Bereichen nach und nach auf die bundesdeutsche Methodik umzustellen und zu einem erheblichen Teil auch auf das ganze Programm der bundesdeutschen Statistik auszuweiten. Im Hinblick auf den föderativen Aufbau der Bundesstatistik konnte ein Verfahren, wie es nach der Rückgliederung 1935 praktiziert worden war, nicht in Frage kommen. Das Statistische Amt mußte selbst die ganze Anpassung bewerkstelligen, wobei ihm das eigene statistische Gesetz die Möglichkeit gab, schon sehr frühzeitig durch Erlasse der zuständigen Fachressorts in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt die Mehrzahl der Statistiken umzustellen oder neue Erhebungen einzuführen, soweit nicht bisherige Verpflichtungen den französischen Stellen gegenüber oder auch wirtschafts- und sozialpolitische sowie steuerrechtliche Bestimmungen dem entgegenstanden. Als ein Beispiel hierfür seien die Steuerstatistiken genannt, die in einer mit dem bisherigen Bundesgebiet vergleichbaren Form erst erstellt werden konnten, nachdem das deutsche Steuerrecht eingeführt worden war und die ersten Veranlagungen, die die Grundlage der Statistik bildeten, nach diesem neuen Recht durchgeführt waren. So ergaben sich auch große

Schwierigkeiten bei der Umstellung der Verdienststatistiken, da die Konstruktion der Löhne und Gehälter, insbesondere im Zusammenhang mit der Gewährung von Familienzulagen und weiteren Lohnzulagen, und die saarländische Einkommensteuergesetzgebung bis zum Tage X gültig blieben.

Der allmähliche Wertverfall der französischen Währung und die aufgrund der Preissteigerungen zu erwartenden Lohnforderungen machten es dringlich, die Preisstatistik auszubauen, um so schon vom Frühjahr 1957 an einen saarländischen Preisindex für die Lebenshaltung zu ermitteln. In enger Fühlungnahme mit dem Statistischen Bundesamt wurden dann Kaufkraftparitäten Saarland/Bundesrepublik errechnet, die einen Anhaltspunkt für die nach der wirtschaftlichen Eingliederung abzuschließenden Tarifverträge geben sollten. Auch die Erfassung der Erzeugerpreise und der Baupreise nahm frühzeitig ihren Anfang, wobei an der Saar für die Statistik der Baupreise das im Statistischen Bundesamt erarbeitete neue Verfahren sozusagen als Probe vorweggenommen angewandt wurde.

Als besonders schwierig gestaltete sich die Umstellung der Industriebereichterstattung, da hierbei unbedingt den Erfordernissen der französischen Stellen Rechnung getragen werden mußte. Vom Jahre 1958 an ging deshalb die

Anpassung in der Form vor sich, daß sowohl nach der deutschen als auch nach der bisherigen Methode erhoben und aufbereitet wurde. Nur so war es möglich, auch entsprechende Vergleichsergebnisse nach der deutschen Systematik für die Zeit nach dem Tage X sicherzustellen. Gleichzeitig wurde die Bauberichterstattung, die bisher in die Industrieberichterstattung eingebunden war, neu konzipiert. Auf dem Gebiete des Verkehrs konnten die Verkehrsunfallstatistik und die Fremdenverkehrsstatistik frühzeitig völlig angeglichen werden.

Im Herbst 1957 holte das Statistische Amt die Handwerkszählung im Saarland nach, nachdem diese schon 1956 in der Bundesrepublik stattgefunden hatte. Anlässlich der Amtsleiter-tagung am 9./10. Juli 1957 in Saarbrücken berichtete das Amt über seine Arbeit in einer Sonderveröffentlichung "Das Saarland in Zahlen". Diese Reihe hat seit 1958 ihren festen Platz im Veröffentlichungsprogramm des Statistischen Amtes des Saarlandes.

Die weitere Umstellung der Statistiken vollzog sich relativ einfach im Bereich der Bevölkerungsstatistik, wenn auch bei der Wanderungsstatistik das bisherige Verfahren durch das im Bundesgebiet praktizierte ersetzt werden mußte. Daraus ergab sich auch eine völlig neue Basis für die Bevölkerungsfortschreibung nach Gemeinden, wobei die Wohnungsstatistik am 18. März 1959 mit der Feststellung

der Wohnbevölkerung einen neuen Ausgangsbestand vermittelte. Gleichzeitig half diese Zählung, die außerdem die durchschnittlichen Raummieten erfaßte, bei der Umstellung der Altbaumieten in DM. Aufgrund der Ergebnisse wurde das gesamte Saarland in die Ortsklasse "S" eingruppiert.

Im Oktober 1957 fand ebenso wie im übrigen Bundesgebiet die erste Mikrozensuserhebung nach dem auf das Saarland ausgeweiteten Bundesgesetz statt. Auch bei der Bundestagswahl im Herbst 1957 war das Saarland an der repräsentativen Statistik der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht erstmals beteiligt.

Auf dem Gebiete der Gesundheitsstatistik entwickelte das Statistische Amt in Zusammenarbeit mit den saarländischen Gesundheitsämtern für die Tuberkulosestatistik eine Fortschreibungsmethode, die von den zuständigen Stellen im Bundesgebiet wegen ihrer einfachen Handhabung als richtungsweisend empfohlen wurde. Die Angleichung der landwirtschaftlichen Statistiken gelangte weitgehend schon vor dem Tage X zum Abschluß.

Die Arbeitsmarktstatistik gehörte bis Ende 1958 zum Programm des Statistischen Landesamtes. Sie ging mit Wirkung vom 1. Januar 1959 auf das Landesarbeitsamt über. Damit entfielen aber auch die monatliche Erfassung der Beschäftigten und vor allem die jähr-

lich durchgeführte Statistik der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Gerade diese Untersuchungen hätten nach dem Tage X interessante Aufschlüsse über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Umstellung auf die einzelnen Wirtschaftszweige gebracht.

Die "Neuzeit" (nach dem 6. Juli 1959)

Am 6. Juli 1959 öffneten sich die Schranken des Saarlandes an der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland. Das Saarland wurde aus der Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich entlassen und endgültig in das Bundesgebiet integriert. Mit der Eingliederung der Saar war ein bedeutender volkswirtschaftlicher Zugewinn verbunden, denn die Fläche Deutschlands vergrößerte sich um 1 %, seine Bevölkerung und die Zahl seiner Erwerbspersonen um rund 2 %, die Elektrizitätserzeugung um 3 %, die Gaserzeugung um 8 %, die Steinkohlenförderung um 12 % und die Eisen- und Stahlerzeugung um rund 17 %.

Mit dem Tag X wurde kraft Gesetzes das gesamte bundesstatistische Programm im Saarland eingeführt, so daß der letzte Abschnitt der endgültigen Angleichung der Saarstatistik beginnen konnte. Die Währungsumstellung machte eine Anpassung der Preise und Löhne sowie der Steuertarife erforderlich und wies dem Statistischen Amt die Aufgabe zu, auf

praktisch allen Gebieten Umstellungsrelationen zu berechnen, was vor allem deswegen wichtig war, weil nach dem Willen des Gesetzgebers der wirtschaftliche Wert der früheren Nettoeinkommen erhalten bleiben sollte. Diese Arbeiten wurden in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführt, um den Ergebnissen das unbedingt notwendige Gewicht gegenüber Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verschaffen. Eine zusätzliche Aufgabe entstand für das Amt dadurch, daß ihm im Einverständnis zwischen den saarländischen Stellen einerseits und dem Bundeswirtschaftsministerium sowie dem Statistischen Bundesamt andererseits die Statistik der Lizenzvergabe im zollfreien Warenverkehr und der Ausnutzung der zollfreien Einfuhrkontingente übertragen wurde.

Mit der vollständigen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik, mit der Integration der Landesstatistiken in das bundeseinheitliche Programm, ging indessen der einzigartige und eigenständige Charakter verloren, der dem Amt in der wechselvollen Geschichte des Saarlandes zugefallen war. Es mußte nun seine Rolle im Verbund der Statistischen Landesämter übernehmen. Gleichwohl behielt es eine Sonderstellung, indem es zusätzlich zur laufenden Arbeit auf Anordnung der saarländischen Landesregierung — das landeseigene Statistikgesetz bot ja dazu die Möglichkeit — gewissermaßen als amtliche "Beobachtungsstelle" eingesetzt wurde, um über die Auswir-

kungen der wirtschaftlichen Rückgliederung zu berichten. So konnte das Amt aufgrund der analytischen Untersuchungen der saarländischen Bezugs- und Absatzverhältnisse beispielsweise feststellen, daß die Öffnung des Marktes nach Deutschland hin die einheimischen Industrie- und Handelsbetriebe einem starken Konkurrenzdruck aussetzte, der in den Jahren von 1960 bis 1964 zu zahlreichen Betriebsstillegungen führte. In dieser Zeit ging auch eine Welle von Umwandlungen von Personen- in Kapitalgesellschaften durchs Land, mit denen offensichtlich haftungsrechtliche Konsequenzen verringert werden sollten. Die Grenzlage des Saarlandes unterstrich zudem den besonderen Stellenwert der statistischen Erhebungen über die Berufspendler und die Ausländer. Eine eigene Großhandelsstatistik wurde eingerichtet, und im Vollzug des Saarvertrages machte die Überprüfung der Ausnutzung des zollfreien Warenverkehrs mit Frankreich eine weitaus detailliertere Außenhandelsstatistik notwendig, als es im Programm der Bundesstatistik vorgesehen war. Dieser innerhalb des gesamten Außenhandels gesonderte Nachweis der Handelsbeziehungen zu Frankreich wird auch heute noch allein im Saarland geführt. Eine ähnliche Fragestellung beeinflusste die Industriestatistik. Zur Beurteilung der Anpassung der Saarlwirtschaft an den bundesdeutschen Markt erfaßte das Amt bis zur Mitte der siebziger Jahre zusätzlich den Inlandsabsatz in das übrige Bundesgebiet. Nicht von ungefähr kam es daher, daß

das Statistische Amt des Saarlandes auch nach dem Anschluß an die Bundesrepublik mit einem überdurchschnittlichen Statistikprogramm wirtschaftspolitische Akzente setzte und sich seine außergewöhnliche Bedeutung weit über den Zeitpunkt der Rückgliederung hinaus bewahrte.

Die Einführung des bundesstatistischen Gesetzes ließ jedoch die Interessen des Bundes in den Vordergrund rücken. Darüber hinaus mußten statistische Erhebungen vermehrt auch für Zwecke der Europäischen Gemeinschaften durchgeführt werden. In den Jahren 1960/61 konnten die großen Zählungswerke wie die landwirtschaftliche Betriebszählung und die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung bereits termingleich mit dem Bundesgebiet stattfinden, während die Handels- und Gaststättenzählung ein Jahr später nachgeholt wurde. Weitere große Totalerhebungen waren danach u. a. die Gebäude- und Wohnungszählung im Jahre 1968 sowie die letzte Volkszählung vom 27. Mai 1970. Der Personalstand des Statistischen Amtes des Saarlandes wurde bei solchen Großzählungen vorübergehend verstärkt — mit den Zeitangestellten erreichte er 1970 den Spitzenwert von 161 Beschäftigten —, doch seit dem Ende der fünfziger Jahre liegt er bis zum heutigen Tag relativ stabil bei etwa 130 Mitarbeitern. Dabei ist hervorzuheben, daß trotz der Ausweitung des Arbeitsgebietes seit der Umstellung auf das bundesdeutsche Programm um ein gutes Drittel

alle anfallenden laufenden Statistiken und Sonderarbeiten mit dem vorhandenen Personal durchgeführt werden konnten, während — zum Vergleich — die Anzahl der Vollbeschäftigten des gesamten öffentlichen Dienstes im Saarland im selben Zeitraum um reichlich 40 % angestiegen ist.

Die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben erforderte innerhalb des Amtes eine straffe Organisationsstruktur und Rationalisierungsmaßnahmen. Zusätzliche Arbeiten, insbesondere Großzählungen, waren nur mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung zu bewerkstelligen. Zu diesem Zweck erhielt das Statistische Amt im Oktober 1963 eine EDV-Anlage vom Typ IBM 1401, womit das Saarland sich als letztes Bundesland in das Betriebssystem der übrigen Statistischen Landesämter einreichte. Diese Rechner-, Locher- und Drucker-maschine war imstande, stündlich 48 000 Lochkarten aufzunehmen und 36 000 Zeilen auszudrucken. Sie kostete 18 000 DM Miete monatlich. Das Statistische Amt arbeitete mit eigenen Datenverarbeitungsanlagen, bis es sich im Jahre 1971 der neu geschaffenen Zentralen Datenverarbeitungsstelle für das Saarland (ZDV-Saar) anschloß; dorthin wurden auch fast alle der bisher auf diesem Gebiet tätigen Mitarbeiter des Amtes zur weiteren Beschäftigung entsandt.

Der Wandel der Zeit machte gelegentlich eine Anpassung des Statistikprogramms erforderlich. Bisherige, nicht mehr als notwendig er-

achtete Erhebungen fielen weg, neue kamen hinzu. Drei Beispiele seien erwähnt:

Im Jahre 1966 begann das Statistische Amt des Saarlandes mit dem Aufbau eines Krebsregisters, das als weiteres Gebietsregister neben Hamburg seither die Neubildung von bösartigen Geschwulsten nach wissenschaftlichen Methoden erfaßt und auswertet. Zur Festigung seiner Stellung wurde 1979 das saarländische Krebsregistergesetz erlassen.

Seit der Gemeindefinanzreform von 1970 sind die Gemeinden am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer beteiligt. Im Gegenzug müssen sie einen Teil ihrer Gewerbesteuererträge als Umlage an Land und Bund abführen. Der Vorbereitung und der Wirkungskontrolle dieses Steueraustausches diente die Gewerbesteuerstatistik, die lediglich für die Jahre 1966, 1970 und 1974 durchzuführen war. Auf dieser Grundlage wurde konstatiert, daß das finanzielle Fundament der kommunalen Ebene seither nicht nur gefestigt ist, sondern sich auch wesentlich gleichmäßiger entwickelt hat, so daß der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer inzwischen die Gewerbesteuer schon fast an Bedeutung übertrifft.

Das veränderte Bewußtsein in der Einstellung gegenüber unseren Lebensbedingungen und -qualitäten hat den Gesetzgeber im Jahre 1974 veranlaßt, Umweltstatistiken in das Programm neu aufzunehmen. Seitdem finden regelmäßig umfangreiche Erhebungen über Abfall- und

Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und -gefährdung sowie über Investitionen für den Umweltschutz statt.

Eine organisatorische Änderung betraf das Statistische Amt des Saarlandes, als es durch Gesetz vom 19. Juli 1968 aus dem Geschäftsbereich des Innenministers ausgegliedert und von da an der Dienstaufsicht des Ministerpräsidenten unterstellt wurde.

Nach mehr als 18jähriger Dienstzeit legte Dr. Götz am 1. Februar 1975 die Amtsleitung nieder, um in den Ruhestand zu treten. Sein Nachfolger wurde Dr. Wilhelm Kunkel. Fünf Jahre später, am 1. Februar 1980, schied auch er aus Altersgründen aus. Sein Stellvertreter, Leitender Wirtschaftsdirektor Alois Sproß, übernahm die kommissarische Leitung, bis er am 21. Oktober 1980 zum Direktor des Statistischen Amtes des Saarlandes bestellt wurde.

Das gesteigerte Interesse der Öffentlichkeit an statistischen Informationen hat das Amt in den siebziger Jahren und auch in der jüngsten Vergangenheit veranlaßt, eine Reihe von neuen Veröffentlichungen herauszugeben. 1972 erschien die erste Ausgabe des Handbuchs "Steuern und Finanzen", das seitdem jährlich vor allem das umfangreiche Datenmaterial der staatlichen und kommunalen Finanzstatistik präsentiert. Das Statistische Handbuch wurde erstmals seit 1963 wieder aufgelegt. Im regel-

mäßigen Turnus mit dem Statistischen Taschenbuch berichtet es über alle Bereiche der amtlichen Statistik. Kurzinformationen zur schnellen Unterrichtung enthalten die Faltblätter "Bildung" und "Saarland heute". Aktuelle Ergebnisse werden als Pressemitteilungen in Form des Schnelldienstes und als "Statistik aktuell" (mit grafischer Veranschaulichung) veröffentlicht. Mit dem Vierteljahresheft bringt das Statistische Amt seit 1981 eine Zeitschrift heraus, die sich von den üblichen Berichterstattungen insofern unterscheidet, als spezielle Themen in entwicklungs- oder strukturanalytischen Abhandlungen ausführlich erörtert werden. Das umfangreiche Publikationswesen machte im gleichen Jahr die Schaffung eines eigenen Referates für Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

Zu Beginn der achtziger Jahre schloß sich das Statistische Amt auch der modernen Informations- und Kommunikationstechnik an. SAPLIS, das Saarländische Planungs- und Informationssystem, wurde eingerichtet und eine Datenbank aufgebaut, die für alle interessierten Personen und Institutionen eine Fülle von Daten aus den unterschiedlichsten Statistikbereichen auf Abruf bereithält. Mit der Einführung von Bildschirmtext im Saarland erhielt das Statistische Amt, das vorher probeweise auf diesem Gebiet schon erfolgreich operiert hatte, 1984 den besonderen Auftrag, die Funktion einer Koordinierungsstelle für die an Btx teilnehmende Regierung des Saarlandes wahrzunehmen.

In der heutigen Gegenwart stehen die Grundsätze der amtlichen Statistik auf einer harten Probe. Ein geschärftes Bewußtsein der Öffentlichkeit gegenüber datenschutzrechtlichen Belangen macht derzeit dem Statistiker seine Arbeit nicht leicht. Datenschutz ist notwendig; es muß letztlich die Hoffnung aufrechterhalten werden, daß die amtliche Statistik ihre hoheitliche Aufgabe, dem Wohle von Staat, Bevölkerung und Wirtschaft zu dienen, auch in Zukunft erfüllen kann.

Aufgaben der amtlichen Statistik

Zum Verständnis

Eine amtliche Statistik, ob Bundes- oder Landesstatistik, wird vom Gesetzgeber angeordnet, von den Statistischen Ämtern durchgeführt und mit der Bereitstellung der Ergebnisse abgeschlossen. Nach Artikel 73 Nr. 11 des Grundgesetzes hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Statistik für Bundeszwecke, und die Länder führen nach Artikel 83 des Grundgesetzes die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt. Das gesamte Organisations- und Verfahrensrecht sowie das materielle Recht der Bundesstatistik werden durch das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz vom 14 März 1980) geregelt. Die Durchführung der einzelnen Statistiken wird durch Gesetze oder Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 6 Abs. 2 BStAG angeordnet. Für verwaltungsinterne Geschäftsstatistiken genügen Verwaltungsvorschriften

Das Statistische Amt des Saarlandes ist nach § 1 des Gesetzes zur Regelung des Statistischen Dienstes im Saarland vom 25.06.1949 (Amtsblatt S. 865) in Verbindung mit dem Gesetz Nr. 861 vom 19. Juli 1968 (Amtsblatt S. 429) die Zentralstelle für den gesamten statistischen Dienst im Saarland und hat die Auf-

gabe, die Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung aller durch Gesetz oder Verordnung angeordneten Statistiken vorzunehmen und die Statistiken aller anderen Körperschaften mit den allgemeinen statistischen Aufgaben in Einklang zu bringen. Damit soll u.a. vermieden werden, daß Auskunftspflichtige von mehreren Seiten befragt und belastet werden.

Die aufgrund der gesetzlichen Anordnung gewonnenen Ergebnisse werden zwar in erster Linie dem Auftraggeber und besonders interessierten Benutzern wie z.B. Gemeinden, Verbänden und anderen unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung zur Verfügung gestellt, doch hat jedermann ein recht auf die erhobenen Daten. Daraus ergibt sich für die Statistischen Ämter eine Informationspflicht, der sie in vielfältiger Weise nachkommen. Für die Veröffentlichungen werden die maschinengeschriebenen Arbeitstabellen meist in benutzerfreundliche Form gebracht, die dem allgemeinen Informationsbedürfnis entspricht. Die üblichste Form ist der Statistische Bericht, der je nach Sachgebiet oder Erscheinungsfolge neben dem Tabellenteil auch eine Kommentierung enthält. Bei dieser Art der Veröffentlichung haben sich die Statistischen Landesämter auf ein bundeseinheitliches Mindestpro-

gramm geeignet, um den Benutzern einen Ländervergleich zu ermöglichen. Während das Statistische Bundesamt in der Regel nur Bundes- und Länderergebnisse nachweist, beinhalten die Veröffentlichungen der Landesämter Zahlenmaterial in tieferer regionaler Gliederung. Weitere Quellen statistischer Informationen sind Jahrbücher, Taschenbücher, Sonderhefte, Einzelschriften usw.. Besonders interessant für die Medien sind die Pressemitteilungen, die im Vorgriff auf spätere umfangreiche Veröffentlichungen die wichtigsten oder besonders erwähnenswerte Eckdaten enthalten.

Interessenten, deren Informationsbedürfnis mit den Publikationen nicht abgedeckt werden kann, steht als Serviceeinrichtung der Auskunftsdienst zur Verfügung. Aus Kostengründen und wegen beschränkter Kapazitäten ist es unmöglich, das gesamte statistische Programm in seiner ganzen Breite zu veröffentlichen. Insbesondere sind die Interessen der Benutzer fast so vielfältig wie die Vielzahl der Benutzer selbst. Hier umfassende Querschnittsveröffentlichungen anzubieten ist ohne Problemorientierung kaum möglich. Auf schriftliche oder mündliche Anfragen läßt sich jedoch in der Regel aus den vorhandenen Tabellen oder dem Informationssystem geeignetes Zahlenmaterial für den Konsumenten zusammenstellen.

Die Vielzahl und Vielschichtigkeit der täglich

eingehenden Anfragen bestätigen den Statistischen Ämtern das Interesse an ihrer Arbeit und deren Wertschätzung. Fast täglich erscheinen veröffentlichte Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und der Landesämter in aktuellen Berichten der Medien. Dennoch scheint in der breiten Öffentlichkeit der amtlichen Statistik dieses Interesse nicht entgegengebracht zu werden. Ein Grund mag in dem Vorwurf der "säumigen Berichterstattung" liegen, die den Veröffentlichungen ihre Attraktivität gegenüber den Erzeugnissen privater Institute raubt. Hierbei wird in Unkenntnis der Erhebungsabläufe leicht übersehen, daß die an die Genauigkeit der amtlichen Statistik gestellten Anforderungen, insbesondere bei regional tief gegliederten Ergebnissen, eine frühzeitige Bereitstellung der Daten verhindern. So gehen zum Beispiel aufgrund der Angabetermine bei den Finanzämtern und den gewährten Fristverlängerungen die letzten Fälle in der Einkommensteuerstatistik bis zu drei Jahren nach dem Erhebungsjahr bei den Statistischen Landesämtern ein. Hinzu kommt je nach Güte des Materials eine umfangreiche Plausibilitätskontrolle mit entsprechenden zeitaufwendigen Rückfragen.

Insbesondere von seiten der Auskunftspflichtigen wird die Statistik immer mehr als administrative Belastung denn als notwendige Entscheidungshilfe und Kontrollinstrument angesehen. Hinzu kommt im Zuge fortschreitender EDV-gestützter Bearbeitung die Angst vor ei-

ner permanenten Speicherung persönlicher Daten. Ein Hauptanliegen der Öffentlichkeitsarbeit besteht deshalb darin, das Vertrauen in die amtliche Statistik mit ihren Grundsätzen der Neutralität und der Geheimhaltung zu stärken. Diese Grundsätze gelten bei allen Veröffentlichungen und Anfragen.

Vermehrte Zweifel an einem ausreichenden Datenschutz verhalfen in den vergangenen drei Jahren der Amtlichen Statistik zu einem nie gekannten Bewußtseinsgrad in der Öffentlichkeit. Allerdings hat die neu gewonnene Publicity einen argen Schönheitsfehler für den aus dem Hintergrund so plötzlich ins Rampenlicht der Politiker und Medien gezeigten Statistiker. Aus dem bisher zwar viel benutzten und oft belächelten "harmlosen Narren, der wahllos zusammenzählt, was ihm in die Finger gerät" wurde plötzlich ein gefährlicher Narr, der alles mit dunklen Absichten zu durchleuchten trachtet. Plötzlich sieht sich die amtliche Statistik einer herben Kritik ausgesetzt, die sich an der für 1983 geplanten Volkszählung entzündete. Datenschutz, Auskunftspflicht, Vollerhebung, mangelnde Aufklärung der Öffentlichkeit und vieles andere sind Kritikpunkte, die allzugerne von den verschiedensten Seiten aufgegriffen werden, um damit bei sehr differenziertem Sach- und Unverstand die amtliche Statistik in ein schiefes Licht zu rücken. Erschrocken, aber im Grunde eigentlich wenig verwundert, stehen die Statistiker Angriffen selbst jener gegenüber, die zu ihren

Hauptkonsumenten zählen. Bei eigenen spezifischen Forderungen an das statistische Zahlenmaterial zeigen sich oft die gleichen Kritiker enttäuscht darüber, daß der Merkmalskatalog nicht umfangreicher, die Gliederung nicht tiefer, die regionale Auswertung für ihre Zwecke nicht fein genug sei. In den Parlamenten werden Einschränkungen der Statistiken, Entlastungen der Bürger (die im Verhältnis zu Unternehmen wenig betroffen sind), freiwillige Auskünfte und noch mehr Datenschutz gefordert. Im gleichen Atemzug werden detaillierte Auskünfte von den Regierungen über Strukturen und Entwicklungen sogar ganz spezieller Personengruppen gefordert, mit dem sicherlich ehrlichen Anliegen, Probleme besser erkennen und lösen zu können. Was die statistische Seite solcher Anfragen angeht, so läßt sich ein Teil aus der amtlichen Statistik beantworten und liegt meist auch in veröffentlichter Form vor, ein anderer Teil bedürfte neuer und umfangreicherer Erhebungen. Diese Diskrepanz zwischen oft polemischen, nur Negativpunkte aufzeigenden Ausführungen einerseits und der praktischen Arbeit andererseits tritt seit der Planung der Volkszählung 1983 deutlicher als jemals zuvor zutage.

Dem Statistiker werden Ergebnisse mit der Akribie einer Buchhaltung abverlangt, die er mit steinzeitlichem Instrumentarium erheben soll. Für den Bürger das mildeste Mittel zu wählen, wie es das Bundesverfassungsgericht fordert, ist ein altes Anliegen der amtlichen

Statistik, wobei nicht behauptet werden soll, daß es immer gelungen sei.

Es ist hier nicht der Raum, in eine Diskussion über die Anwendung statistischer Erhebungsverfahren einzutreten und das Für und Wider von Totalzählungen oder Stichproben zu erörtern. Diese Frage muß im Vorfeld einer Statistik gestellt und entschieden werden. Demjenigen aber, der sich nicht in einem akademischen Streit mit diesem Thema beschäftigt, seien jedoch einige Bemerkungen zum Überdenken mitgegeben. Eine hohe Zahl von amtlichen Statistiken werden auf Stichprobenbasis durchgeführt. Maßgeblich für die Entscheidung, ob eine Erhebung als Stichprobe durchgeführt werden kann, sind die Anforderungen, die an die Ergebnisse gestellt werden, und die Kenntnisse über die Grundgesamtheit, die ein geeignetes Stichprobenverfahren erst ermöglichen. Mit welchem Stichprobenfehler ist zu rechnen, und welche Toleranzen in den Ergebnissen sind zu vertreten? Inwieweit sind Informationen über die Randgebiete der zu erhebenden Masse wichtig oder können außer acht gelassen werden? Inwieweit sind die Ergebnisse für notwendige regionale Auswertungen noch aussagefähig? Dies sind nur einige Fragen, die in der Praxis geklärt werden müssen.

Die öffentliche Diskussion hat jedoch gezeigt, daß die Verfechter von Stichproben und Privatisierung von Erhebungen mit freiwilligen

Auskünften die Grenzen solcher Verfahren nicht immer erkennen. Des weiteren ist für den Auskunftspflichtigen unerheblich, ob er von einer Stichprobe oder von einer Vollerhebung betroffen wird. Der Verdacht drängt sich auf, daß von manchen Anklägern der Volkszählung die Forderung nach dem mildesten Mittel, sprich Stichprobe, mit der heimlichen Bitte verbunden ist: "Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andre an!"

Nicht, daß in der amtlichen Statistik nichts zu verbessern, jede Kritik unangebracht sei! Mit dem Wandel von sozialen und ökonomischen Strukturen ändern sich auch die Anforderungen an die Statistik. Neue Bedürfnisse stellen die Statistik und ihre Methoden vor neue Aufgaben. Um sie zu bewältigen müssen Statistik und ihre Datenlieferanten von überholten Forderungen entlastet werden. Dieses Anliegen besteht jedoch schon länger. Im Jahre 1975 war vom Bundeskabinett ein Abteilungsausschuß Statistik eingesetzt worden, dessen Auftrag darin bestand, das statistische Programm zu durchforsten. Ihren Niederschlag fanden diese Bemühungen im 1980 verabschiedeten sogenannten Ersten Statistikbereinigungsgesetz (BGBl. I, S. 294). Das Gesetz führte zum Verzicht auf einzelne Statistiken, Verlängerungen der Periodizität von Erhebungen, Einschränkungen des Erhebungskreises und zur Streichung einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen. Ein zweites Statistikbereinigungsgesetz soll 1986 folgen. So positiv diese Bestrebungen im ersten Augenblick auch er-

scheinen mögen, bergen sie doch die Gefahr in sich, in der Absicht, den Bürger von Fragen und die öffentlichen Haushalte von Kosten zu entlasten, über das Ziel hinauszuschießen, wobei die größte Gefahr darin besteht, daß in der isolierten Behandlung von Einzelstatistiken oder einzelnen Merkmalen das Gesamtkonzept statt weiterentwickelt, aus den Augen verloren wird.

Der qualitative und quantitative Informationsverlust wird erst später und dadurch evident, daß zur Schließung entstandener Lücken statistische Aufgaben von Privatinstituten übernommen werden. Die Auskünfte erfolgen dort auf freiwilliger Basis, doch ist ihr Wahrheitsgehalt deshalb nicht besser, denn die Datenschutzprobleme sind für diese Befragten nicht weniger vorhanden als für die Auskunftspflichtigen. Die Ergebnisse werden zwar aktueller geliefert, ihre Inhalte und Repräsentanz sind jedoch nicht immer überprüfbar. Zudem werden solche Untersuchungen in der Regel auf die problemorientierte Aufgabenstellung des Auftraggebers zugeschnitten und sind deshalb im Gegensatz zur amtlichen Statistik für einen größeren Benutzerkreis nicht geeignet. Veränderungen innerhalb langjähriger Reihen — sofern solche erstellt werden — dürften durch eine unkontrollierte Rotation der Befragten schwieriger zu analysieren sein. Zur Entscheidungsfindung des Auftraggebers in der ihm gestellten Aufgabe stellen solche Erhebungen sicherlich ein wertvolles Hilfsmittel dar, dessen Güte den Anforderungen

durchaus genügen mag; als Grundlage für weiterreichende Diskussionen und Kontrollen im Bereich wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen dürfte ihr zweckgebundener Aussagewert jedoch erheblich eingeschränkt sein. Nicht selten werden daher die Statistischen Ämter nach der Veröffentlichung solcher Ergebnisse um weitere Auskünfte gebeten, da die in der amtlichen Statistik gebotene Objektivität und Neutralität ihren Zahlen eine Verbindlichkeit verleiht, über die sich kaum streiten läßt. Aus den hier nur skizzierten Problemen folgt, daß bei aller wünschenswerten Durchforstung und Entlastung die Einzelstatistik nicht isoliert, sondern im Zusammenhang des gesamten statistischen Programmes gesehen werden muß, um die amtliche Statistik als neutrales Mittel zur Beschreibung und Kontrolle vorausgegangener Ereignisse sowie als wertvolle Entscheidungshilfe zu erhalten und zu stärken. Diesem Ziel näherzukommen bedarf es permanenter Anstrengungen der Statistiker selbst und der Hilfe publizistischer Medien.

In diesem Sinne gewinnt die Öffentlichkeitsarbeit der Statistischen Ämter zunehmend an Bedeutung. Zwar bedienten sich die Medien bisher gerne des statistischen Zahlenmaterials, doch fehlten den Statistischen Ämtern oft die finanziellen Mittel, über die Veröffentlichungen hinaus Maßnahmen in größerem Umfange durchzuführen, die beim Bürger und den Auskunftspflichtigen Verständnis für die

Notwendigkeit statistischer Erhebungen und Vertrauen auf die strikte Geheimhaltung von Einzelangaben wecken könnten. Hier hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die geplante Volkszählung 1983 diese Aufgabe zur Pflicht erhoben. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über Sinn und Zweck jedes einzelnen Merkmales wird als besondere Notwendigkeit hervorgehoben. Gefordert sind hier vor allem auch die Auftraggeber und Konsumenten der amtlichen Statistik, die den Inhalt eines Fragebogens bestimmen, denn das statistische Programm ist benutzerorientiert. Diese Benutzer müssen deshalb die oft vielfältigen Argumente liefern, die die Kosten einer Erhebung und die Belastung der Auskunftspflichtigen rechtfertigen. Eine in diesem Sinne breite Öffentlichkeitsarbeit wird in mehrfacher Hinsicht erfolgreich sein. Sie bietet die Möglichkeit, durch sachgerechte öffentliche Argumentation und Kritik Erhebungswünsche einzudämmen und hilft Widerstände abzubauen, wenn in hinreichendem Maße dem Bürger vermittelt werden kann, wie es das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil formuliert hat: "Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungslage". Wenn es der Öffentlichkeitsarbeit gelingt, diese Erkenntnis zusammen mit der notwendigen Vertrauens-

bildung allgemein bewußt zu machen, wird sich als Konsequenz ein weiterer Erfolg einstellen: die Gefahren falscher Angaben, bewußt oder unbewußt gemacht, mit ihren Auswirkungen auf die Information und die Entscheidungsfindung werden insbesondere bei statistisch kleinen Massen, z.B. in Regionalergebnissen, vermindert.

Welche Chancen hat nun die amtliche Statistik für die Zukunft? Nach dem Karlsruher Urteil hätten die amtlichen Statistiker eigentlich allen Grund zum Jubeln, wurde ihnen doch die Legalität und Legitimität ihrer Arbeit klar bestätigt. Keine Zweifel belasten die Unverzichtbarkeit statistischer Erhebungen und die Verpflichtung zur Auskunft. Dennoch — der gegenwärtige Stand der öffentlichen Diskussionen ist nicht dazu angetan, hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken. Die Bestätigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und die Betonung des Datenschutzes durch die höchsten deutschen Verfassungsrichter haben eine Interpretation in der Öffentlichkeit und auch in einigen Medien bewirkt, die meistens darauf hinausläuft, daß der Staat keinen Anspruch auf persönliche Daten des Bürgers habe, wenn — so möchte man sarkastisch hinzufügen — er keine direkte Gegenleistung erbringe, wie sie fast alle Subventionen, Sozialhilfen und Förderungsmittel darstellen. Dort werden bei der Überprüfung auf die Berechtigung der gesetzlichen Ansprüche weit- aus mehr Auskünfte über Geschäftsinterna

oder die Privatsphäre verlangt und auch gegeben.

Im Überschwang der Freude der Statistikgegner, den Gesetzgeber mit dem Urteil über die Volkszählung in seine Schranken gewiesen zu haben — im übrigen kein einmaliger Vorgang in dieser Republik —, hat der Widerstand gegen die amtliche Statistik eine neue Dimension erlangt, die versucht, die grundlegenden Aussagen der Richter zu diesem staatlichen Instrument in den Nebel der Nichtbeachtung zu drängen und die drohenden Gefahren gerade denjenigen zu verbergen, auf deren Mitarbeit die Statistik angewiesen ist.

Datenschutz und Entlastung der Allgemeinheit sind Forderungen, deren Berechtigung überhaupt nicht in Frage gestellt sind. Sie sind jedoch zu Schlagwörtern geworden, die eine Reglementierung heraufbeschwören, die das statistische Instrument derart einengen und gerade in der notwendigen Weiterentwicklung behindern können, daß es als Entscheidungshilfe unbrauchbar zu werden droht. Während bisher die Statistikgesetze das Grundsätzliche einer Erhebung festlegten und innerhalb der so vorgegebenen Grenzen für den Statistiker ein gewisser Freiraum in der Gestaltung und Formulierung der Fragen bestand, laufen nun die Bestrebungen dahinaus, jede Frage bis ins Detail im Gesetz festzuschreiben. Damit ist eine weitere Einschränkung der Flexibilität und Aktualität vorprogrammiert. Der Mangel an

diesen beiden Eigenschaften war jedoch in der Vergangenheit Hauptansatzpunkt der Kritik. Die Erfahrungen mit Erhebungen haben gezeigt, daß trotz aller vorausgegangenen Bemühungen und Tests einzelne Fragen und Merkmale in der Ergebnisdarstellung oder zumindest in der vorgegebenen Form sich als unbrauchbar erweisen konnten. Eine starre gesetzliche Regelung — insbesondere von periodisch wiederkehrenden Statistiken — mit den erforderlichen, bekanntermaßen langwierigen gesetzlichen Änderungen nutzt niemandem. Es müssen Wege gesucht und gefunden werden, die beiden Seiten gerecht werden: der notwendigen Flexibilität und dem Schutz auf informationelle Selbstbestimmung. Einerseits dürfen amtlich-statistischer Willkür nicht Tür und Tor geöffnet sein, andererseits muß auch die Einsicht sich durchsetzen, daß übertriebener Datenschutz notwendige Entscheidungen zum Ratespiel degeneriert.

Eine weitere Beschränkung wird die amtliche Statistik erfahren, wenn in Zukunft nur noch solche Merkmale für eine Befragung zugelassen werden, deren aktuelle Notwendigkeit ausreichend begründet ist. Diese Forderung ist im Hinblick auf die Belastung der Betroffenen und der entstehenden Kosten sicherlich nicht unbegründet, doch entbehrt sie nicht einer gewissen Kurzsichtigkeit. Eine Statistik kann nur beschreiben, was war und was gegenwärtig ist, dennoch reichen die damit gewonnenen Erkenntnisse in die Zukunft. Wenn

dem nicht so wäre, könnte man das Feld den Historikern überlassen. Der zukünftige Datenbedarf läßt sich jedoch nicht präzise vorherbestimmen. Niemand weiß genau, welche Probleme zu den bekannten noch auftreten werden. Dies gilt insbesondere in unserer Zeit, in der sich strukturelle Veränderungen und Bedürfnisänderungen mit einer bislang nicht bekannten Geschwindigkeit vollziehen. Hier hat die amtliche Statistik die Aufgabe, für einen möglichen Informationsbedarf Daten als Grundlage für erste Erkenntnisse und die notwendige weitere Entwicklung und Forschung bereitzuhalten. Daß dadurch auch in gewissem Umfang Daten mit im Augenblick geringer Aussagekraft gesammelt werden, ist nicht zu leugnen. Aber auch ein Haushalt spart im allgemeinen nicht nur, weil er ein konkretes Ziel im Auge hat, sondern will für Eventualitäten gerüstet sein. Als Beispiel sei neben der im historischen Teil erwähnten Handelsstatistik der Umweltschutz angeführt. Die hier vorliegenden Probleme sind fast schlagartig ins Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit und der politischen Diskussionen gerückt. Die Erkenntnis, daß das seit einigen Jahren durchgeführte statistische Programm, das im Zuge der statistischen Bereinigung sogar gestreckt wurde, unzureichend ist, beginnt sich nun erst durchzusetzen. Aber es wird Jahre dauern, bis eine gesetzliche Änderung nach langen Debatten über das Für und Wider einzelner Merkmale, über Datenschutz und Weiterleitung, zu konkreten Ergebnissen führt. Und selbst Geg-

nern der amtlichen Statistik leuchtet ein, daß bei einem solch brisanten Thema freiwillige Auskünfte nicht ausreichen, um die Basis für Forschungen und die Entwicklung geeigneter Konzepte zu schaffen. Wer auf diesem lebenswichtigen Feld, in dem strafbare Tatbestände nicht selten sind oder aus den gewonnenen Erkenntnissen sogar neu formuliert werden müssen, für gezielte Untersuchungen brauchbare Stichproben ziehen will, bedarf verlässlicher Kenntnisse der Grundgesamtheit. Der Schutz unseres begrenzten Lebensraumes ist ein eklatantes Beispiel dafür, daß nicht einmal der vordringlichste Datenbedarf gedeckt ist und eine Inventur dringend geboten ist, bei der bis jetzt nicht einmal bekannt ist, was alles "am Lager" ist. Diese Inventur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes läßt sich jedoch nicht mit Stichproben und freiwilligen Auskünften durchführen.

Wer in zunehmendem Maße die amtliche Statistik beschneiden und verdrängen will und in der Durchführung von Stichproben mit freiwilligen Befragungen durch private Forschungsinstitute die Anwendung des mildesten Mittels sieht, der übersieht gleich mehrere gefährliche Aspekte. Wie schon erwähnt, werden durch eine solche Entwicklung Lücken in der statistischen Information entstehen, deren Auswirkungen mehr oder weniger schnell offenkundig werden. Im Wissen um die Schwerfälligkeit der Gesetzesprozedur und um die damit verbundenen Widerstände ge-

gen amtliche Erhebungen blüht auf der Suche nach Deckung des Datenbedarfes der freie Informationsmarkt auf. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Kein Institut kann seine Leistungen kostenlos erstellen. Also müssen Nachfrage und Angebot in marktwirtschaftlichen Einklang gebracht werden. Das führt aber dazu, daß derjenige Daten und Analysen erhält, der die entsprechenden finanziellen Mittel hat, das heißt Exklusivität von Information, gewonnen ohne gesetzliche Regulierung der Inhalte und Erhebungsverfahren. Die ursprüngliche statistische Information wird zum Marktartikel mit Gutachterqualität und deren negativen Begleiterscheinungen wie Gegengutachten, Zweifel an der Neutralität und an korrekter Durchführung sowie Brauchbarkeit. Vor allem aber wird die Öffentlichkeit eher mehr denn weniger von der Kenntnis und Nutzung der Daten isoliert. Zu dieser Masse der vom Datenmonopol Ausgeschlossenen gehören auch größtenteils die Kommunen, die den Mangel an Regionalergebnissen nicht durch entsprechende Aufträge ständig ausgleichen können.

Die heute von seriösen Instituten, die wertvolle Arbeit auf dem Gebiet der empirischen Sozial- bzw. Markt- und Meinungsforschung leisten, erstellten Stichprobenergebnisse fassen in der Mehrzahl auf dem Basismaterial der amtlichen Statistik. Sollten sich die gegenwärtigen Tendenzen durchsetzen und die amtliche Statistik insbesondere bei ihren Vollerhe-

bungen rigorose Einschränkungen erfahren, wird auch diesem Zweig der Statistik die solide Grundlage entzogen. Stichprobenauswahl und Stichprobenfehler werden zu nicht mehr quantifizierbaren Risiken, die die Ergebnisse selbst für Augenblicksbetrachtung erheblich beeinträchtigen, wenn nicht sogar unbrauchbar machen.

All das bisher Gesagte mag so vielleicht klingen, als brächen Staat und Wirtschaft ohne Statistik zusammen. Aber Arroganz ist eine Eigenschaft, zu der dem Statistiker in der Vergangenheit und erst recht im Augenblick kaum Gelegenheit gegeben wurde. Natürlich können und werden Entscheidungen auch mit der Intuition der Handelnden getroffen werden. Die Statistik erhebt nicht den Anspruch, Entscheidung zu sein, aber sie ist mitentscheidend. Eine Fehlinvestition gleich welcher Art muß ebenso wenig deshalb unterbleiben, nur weil ausreichende Informationen vorlagen, wie ausreichende statistische Informationen nur eine mögliche Lösung zulassen. Des weiteren läßt sich auch nicht immer die optimale Lösung realisieren, weil finanzielle Zwänge oder sonstiges entgegenstehen. Wer aber ein Haus bauen will, ohne sich über geltende Vorschriften, über die Möglichkeiten des Baumaterials und über Baupreise zu informieren, dürfte kaum mit dem Werk zufrieden werden.

Die Abteilungen des Amtes

Bevölkerung, Bildung, Landwirtschaft

Wie geborgen fühlt sich — nicht der Einzelne, denn jedem kann keiner gerecht werden — sondern die Bevölkerung in dem Staatswesen, in das sie eingebettet ist? Umgekehrt kann die Frage auch lauten, inwieweit genügt das Staatswesen mit seiner Fürsorge, zu der es nach dem Grundgesetz verpflichtet ist, den sich verändernden Erwartungen der Bevölkerung. Dieses vielseitige gesellschaftspolitische Anliegen mit statistisch gesicherten Erkenntnissen auszuleuchten, gehört zu den Aufgaben der Abteilung Bevölkerung, Bildung, Landwirtschaft.

Zunächst werden, um Bezugsgrößen zu haben, Basisdaten benötigt. Das ist zum einen der Bestand der Bevölkerung an einem bestimmten Stichtag und zum anderen untrennbar damit verbunden ihre Bewegung während einer bestimmten Zeitspanne, beides in einer fest umrissenen Region. Da die Bedürfnisse des Menschen je nach Alter als auch Geschlecht unterschiedlich sind, ist auch eine Aufschlüsselung der Bevölkerung nach diesen Merkmalen notwendig. So besuchen die Kinder eine Schule, die heranwachsenden Mädchen und Jungen können sich frei für einen Beruf entscheiden und eine entsprechende Berufs- oder Hochschulausbildung wird ihnen

geboten. Der arbeitende Mensch benötigt zur Gründung einer Familie ein ausreichendes Einkommen und in unserer Zeit schnellen technischen Fortschritts eine berufliche Weiterbildung oder gar Umschulung, besonders wenn er arbeitslos wird. Gerät er gar ohne Eigenverschulden in finanzielle Not, wird sein Lebensunterhalt durch ein weit gefächertes Netz sozialer Unterstützungen gewährleistet. Erreicht der einzelne schließlich ein bestimmtes Alter, zählt er zum Kreis der Rentner oder Pensionäre. Zur Vorausplanung der Altersversorgung gehört jedoch unabdingbar ein detailliertes Wissen über das Ausmaß dieses Personenkreises in zukünftigen Jahren und Jahrzehnten. Auch wird jeder einmal krank und stirbt letztens. Die Feststellung der Häufigkeit von Krankheiten und Todesursachen dient der wirksamen Ausrichtung des Gesundheitswesens in seiner Gesundheit erhaltenden als auch Kranken betreuenden Funktion.

Die Bevölkerung ausreichend mit gesunden Grundnahrungsmitteln zu versorgen, ist Aufgabe der Landwirtschaft. Die Ernährungssicherung ist jedoch kaum zu gewährleisten ohne eine fortlaufende statistische Erfassung der pflanzlichen als auch tierischen Produktion. Für die richtige Einschätzung der Entwicklun-

gen in der Landwirtschaft darf des weiteren das Wohlergehen der landarbeitenden Menschen nicht außer acht gelassen werden. Da es hinsichtlich des Verdienstes und bis zu einem gewissen Grade der Arbeitsbedingungen — hier gibt die Natur den Takt vor — sehr von der Rendite der landwirtschaftlichen Betriebe abhängig ist, werden auch Daten zu deren Struktur und Wirtschaftlichkeit erhoben.

Jedoch lebt der Mensch nicht nur vom Brot alleine. In einer Epoche zunehmender Freizeit gewinnen die Bereiche Weiterbildung, Kultur und Sport erheblich an Bedeutung. Die Frage nach deren Stellenwert beantwortet zunächst die Statistik, indem sie die passive als auch aktive Beteiligung nach Art und Anzahl beobachtet.

Die Ermittlung all dieser Teilmassen der Bevölkerung, entsprechend den elementaren Bedürfnissen der Menschen, geschieht je nach Zweckmäßigkeit durch Befragungen entweder des einzelnen (Volkszählung, Mikrozensus, Landwirtschaftszählung) oder der betreffenden Institutionen (Standesamt, Sozialamt, Schule, Krankenhaus, Verbände). Die Notwendigkeit und der Nutzen dieser Statistiken bestätigte sich dadurch, daß sie gesellschaftspolitisch schwerwiegende Entwicklungen, die auch meistens zur Prägung von Schlagwörtern, wie z. B. Landflucht, Pillenknick, Bildungsnotstand, Lehrerschwemme, Butterberg, Weinsee, führten, schon in ihren Ansät-

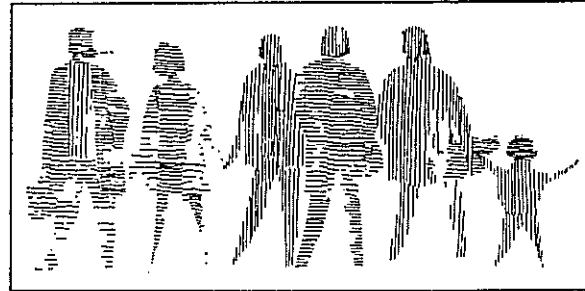
zen offenbarten, womit den die Bevölkerung vertretenden Gremien immer rechtzeitig die Gelegenheit geboten wurde, geeignete Mittel und Wege zur Lösung der Probleme zu finden.

Bevölkerungsstatistik

Bereits im Altertum und im Mittelalter betrachtete man den Bevölkerungszensus als geeignete Maßnahme, sich ein Gesamtüberblick über ein Land oder ein Herrschaftsgebiet und den dort lebenden Einwohnern zu verschaffen. Meistens standen dabei steuerliche Aspekte im Vordergrund. Hieraus entwickelte sich die heutige Form der **Volkszählungen**, die seit dem zweiten Weltkrieg in ungefähr zehnjährigen Abständen abgewickelt wurden, zum letzten Mal im Mai 1970. Die Vereinten Nationen und die Europäischen Gemeinschaften verwiesen immer wieder auf die Bedeutung solcher Großzählungen, die sich auf Einwohner, Haushalte, Gebäude, Wohnungen und Arbeitsstätten erstrecken. Sie empfehlen ihren Mitgliedsländern, sich möglichst nah an die bereits erwähnten Zeitabstände zu halten, damit europa- bzw. weltweit vergleichbare Daten zur Verfügung stehen.

Volkszählungen haben primär die Aufgabe, den Umfang und die Struktur, die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Bevölkerung in möglichst tiefer regionaler Gliederung zu durchleuchten. Sie bieten damit den politisch Verantwortlichen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Parteien und anderen Interessenten ein breites Spektrum an Informationen, die u. a. geeignet sind, nicht nur öffentliche Gelder effektiv einzusetzen. Als Bei-

spiele seien genannt die Darstellung und Entwicklung der Altersstruktur, die für die Vor- ausberechnung der Renten- und Lebensversicherung an Hand von Sterbetafeln von erheblicher Bedeutung ist oder auch der Einblick in die qualitative Versorgung der Bevölkerung



mit Wohnraum. In Verbindung mit der kleinräumigen Gliederung der Ergebnisse lassen sich Maßnahmen wie Bebauungspläne dann gezielt vorbereiten und durchführen. Darüber hinaus haben die Kommunen selbstverständlich auch ein Interesse an der in der Volkszählung festgestellten amtlichen Einwohnerzahl, weil hieran immerhin die Zahlungen nach dem kommunalen Finanzausgleich angeknüpft werden. Schließlich benötigt die amtliche Statistik selbst die Ergebnisse als Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen, deren Repräsentationsgrad sich zusehends mit der Zeitferne des letzten Zensus verschlechtert.

Die zur Zeit heftig diskutierte Volkszählung sollte eigentlich schon im Jahre 1981 stattfin-

den. Damals scheiterte das dazu erforderliche Gesetz an der Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern. Im März 1982 verabschiedete dann der Deutsche Bundestag einstimmig das Volkszählungsgesetz 1983, wonach der 27. April 1983 als Erhebungsstichtag vorgesehen war. Zwei Wochen vor diesem Termin — die Vorbereitungsarbeiten in den Gemeinden und im Statistischen Landesamt waren größtenteils abgeschlossen — wurde das Vorhaben durch das Bundesverfassungsgericht gestoppt. Das Gericht ließ sich dann bis zum Dezember 1983 Zeit, um ein Urteil zur Volkszählung zu sprechen. Es erkannte zweifellos die Notwendigkeit der vorgesehenen Erhebung an, die Durchführung wurde jedoch im Zusammenhang mit dem im Urteil geprägten Begriff der "informationellen Selbstbestimmung des Bürgers" von einer Reihe von Maßnahmen des Datenschutzes im Bereich der Zählungsorganisation und der Weiterleitung der erhobenen Daten abhängig gemacht.

Im Verlauf des Jahres 1984 wurde ein neuer Gesetzentwurf erarbeitet, der zur Zeit den parlamentarischen Weg durchläuft. Danach ist eine Zählung im Frühjahr 1986 vorgesehen. Inwieweit dieser Termin nicht zuletzt unter dem Einfluß der öffentlichen Diskussion und dabei vor allem unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz durch die Bevölkerung eingehalten werden kann, muß abgewartet werden.

Da Großzählungen wie etwa die Volkszählun-

gen aufgrund des erheblichen Aufwands nur in größeren Zeitabständen verwirklicht werden können, der Informationsbedarf über sozial-ökonomische Verhältnisse aber unter dem Einfluß sich schnell ändernder Strukturen vor allem in der Arbeitswelt ständig zunahm, beschäftigte sich die Amtliche Statistik zu Beginn der fünfziger Jahre mit der Entwicklung von Stichprobenerhebungen im Bereich der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik. Diese Arbeiten führten im Jahre 1957 zur Verabschiedung des 1. Mikrozensusgesetzes. Die erste Erhebung fand bundesweit noch im gleichen Jahr statt. Der **Mikrozensus** dient vornehmlich folgenden Zwecken:

1. Gewinnung international vergleichbarer Zahlen über das Arbeitskräftevolumen. Dazu zählen alle Personen, die in der Berichtswoche überhaupt eine Tätigkeit ausgeübt haben, unabhängig davon, ob diese Tätigkeit für die jeweilige Lebensstellung maßgeblich ist. Maßstab der Intensität der Arbeit sind die im Erfassungszeitraum geleisteten Arbeitsstunden.
2. Schaffung eines laufenden deutschen Berichtswesens, mit dessen Hilfe in regelmäßigen, relativ kurzen Abständen zuverlässig die Veränderungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Daten vermittelt werden.

Daneben bietet der Mikrozensus die Möglich-

keit, auf sachlich tiefer gegliederte Fragestellungen einzugehen als bei Volkszählungen. Die Befragung wird von besonders ausgewählten und geschulten Interviewern verrichtet. Deshalb müssen qualitativ bessere Ergebnisse erwartet werden. Außerdem lassen sich Fragen, die für kommende Großzählungen ins Auge gefaßt sind, im Mikrozensus sinnvoll erproben.

Der Auswahlumfang erstreckt sich grundsätzlich auf 1 % der Bevölkerung. Für bestimmte Fragenkomplexe kommen jedoch auch Auswahlgrundlagen von 0,25 % oder 0,1 % in Betracht.

Im Saarland werden rund 4 000 Haushalte befragt.

Nachdem der Mikrozensus bis einschließlich 1982 reibungslos abgewickelt werden konnte, brachte das Jahr 1983 unter dem Einfluß der Entwicklung um das Volkszählungsgesetz einen Einschnitt. Seitdem sind die Amtliche Statistik und der Gesetzgeber bemüht, die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an die Organisation einer neuen Volkszählung gestellt hat, auch in einem neuen Mikrozensusgesetz unterzubringen.

Die vorgesehenen Änderungen gegenüber der alten Gesetzesfassung betreffen hauptsächlich die getrennte Bearbeitung von Erhebungs-

merkmalen und den Merkmalen, die ausschließlich zur Organisation der Zählung dienen (Hilfsmerkmale) sowie konkrete Löschungsvorschriften. Darüber hinaus soll sich die Amtliche Statistik bemühen herauszufinden, inwieweit bei freiwilliger Auskunftserteilung vertretbare Ergebnisse zustandekommen. Dies soll in Form von Testerhebungen ergründet werden.

Ebenso wie das Volkszählungsgesetz befindet sich das Mikrozensusgesetz derzeit in der parlamentarischen Beratung. Sollten diese Beratungen kurzfristig abgeschlossen werden können, dürfte einer Mikrozensuserhebung noch im ersten Halbjahr 1985 nichts mehr im Wege stehen.

Eng verbunden mit dem Mikrozensus sind die Arbeitskräftestichproben, die aufgrund von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften durchgeführt werden. In den beiden letzten Jahren war diese EG-Statistik die einzige Erhebung, die Ergebnisse über den Gesamtumfang der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland brachte.

Die Bevölkerungszahl, die im Rahmen einer Volkszählung festgestellt wurde, wird bis zur nächsten Großzählung unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung, d. h. mit Hilfe der **Statistik der Geburten und Sterbefälle** sowie der **Wanderungsstatistik** monatlich fortgeschrieben. Der

Monatsendbestand ergibt sich jeweils aus der Formel:

$\begin{aligned} &\textbf{Endbestand} \\ &= \textbf{Anfangsbestand} \\ &+ \text{Zuzüge} \\ &+ \text{Geburten} \\ &- \text{Fortzüge} \\ &- \text{Sterbefälle} \end{aligned}$

Die Gemeinden übermitteln monatlich die hierfür erforderlichen Angaben auf Zählblättern (Geburten, Sterbefälle) sowie in speziell für die Amtliche Statistik vorgesehenen Durchschriften der An- und Abmeldeformulare. Diese Daten werden anschließend im Statistischen Landesamt manuell und maschinell weiterverarbeitet.

Jeweils zum Jahresende erfolgt eine Aufbereitung und Fortschreibung der in der letzten Volkszählung ermittelten Altersgliederung der Bevölkerung, wobei zusätzlich die Anzahl der Heiraten und Ehelösungen während des zurückliegenden Jahres zur Darstellung des Merkmals "Familienstand" berücksichtigt werden.

Als wesentliche Erkenntnis ist in diesem Zusammenhang der "Pillenknick" festzuhalten. Er bedeutet eine graphische Veranschaulichung des Beginns eines deutlichen Rückgangs der Geburten vor etwa zwanzig Jahren. Im Jahre 1971 schließlich wurde erstmals ein

Geburtendefizit registriert, d. h. mehr Sterbefälle als Geburten. Die Regenerationsrate der saarländischen Bevölkerung wird seither nicht mehr erreicht.

Da die Zu- und Fortzüge nicht nur intern im eigenen Bundesland, sondern auch grenzüberschreitend stattfinden, ist ein bundeseinheitliches Bearbeitungsverfahren erforderlich. Die Einheitlichkeit betrifft dabei sowohl die melderechtlichen Gegebenheiten als auch die statistische Erfassung der Wanderungen in den Landesämtern. Ein regelmäßiger Austausch der Daten zwischen den Bundesländern, die gleichzeitig von einem oder mehreren Wanderungsfällen betroffen sind, stellt für die exakte Zuordnung zu dem einen oder anderen Land eine unabdingbare Voraussetzung dar.

Zum Aufgabenbereich der laufenden Bevölkerungsstatistik gehört auch die Bearbeitung und Aufbereitung der Sterbefälle nach Todesursachen. Über das jeweils zuständige Gesundheitsamt erhält das Statistische Landesamt Mitteilung darüber, welcher Todesursache die Gestorbenen erlegen waren. Die Todesursachen werden nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) in der zur Zeit gültigen Fassung von 1979 verschlüsselt. Diese Statistik gewinnt dadurch internationalen Standard.

Die **Beschäftigtenstatistik** ist eine Be-

reichsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit. Dort laufen die Meldungen aller Arbeitgeber bezüglich der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zusammen und werden um die wirtschaftssystematische Gliederung ergänzt. Am Ende eines jeden Quartals findet dann eine Auszählung des Materials statt. Die anonymisierten Ergebnisse stellt das Statistische Bundesamt länderspezifisch zur Verfügung. Die erste Veröffentlichung dieser relativ jungen Statistik bezog sich auf das Jahr 1974.

Sozialversicherungspflicht. Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen am 30.6.1984

Land- u. Forstwirtschaft	1 671
Produzierendes Gewerbe	182 628
Handel und Verkehr	55 224
Sonst. Wirtschaftsbereiche	94 009
INSGESAMT	333 532

Neben den Stichtagsangaben in jedem Quartal liefert die Bundesanstalt — allerdings mit einer größeren Zeitverzögerung — das sogenannte "Jahreszeitraummaterial", das alle Beschäftigungsfälle eines abgelaufenen Jahres enthält. Dort werden u. a. auch Mehrfachbeschäftigungen innerhalb des Jahres nachgewiesen. Daneben stehen Merkmale wie Geburtsdatum, Geschlecht, Beruf, Stellung im Beruf, Ausbildung und Bruttoarbeitsentgelt für die statistische Analyse zur Verfügung.

Während der Mikrozensus auf die Erfassung und Darstellung eines Gesamtbildes der Erwerbstätigkeit abstellt, werden von der Beschäftigtenstatistik nur etwa 75 - 80 % der Erwerbstätigen erfaßt. Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte und geringfügig Beschäftigte, die der Versicherungspflicht nicht unterliegen, bleiben unberücksichtigt.

Von einer Vielzahl von Statistiken im Bereich des **Gesundheitswesens** sollen hier nur einige wichtige erwähnt werden.

Gegen Ende eines jeden Jahres findet eine Erhebung über die Krankenhäuser des Landes statt. Diese werden dabei zunächst nach ihrem Träger erfaßt, wobei zwischen öffentlichen, freien gemeinnützigen und privaten Krankenhäusern unterschieden wird. Die Anzahl der Planbetten und die personelle Ausstattung zeigen den Versorgungsgrad der Bevölkerung im Krankenhausbereich. Eine weitere Aufgliederung der Krankenanstalten nach Größenklassen, Zweckbestimmungen und Fachabteilungen sowie die Differenzierung nach Akut- und Sonderkrankenhäusern rundet die Statistik ab.

Aufgrund des Bundesseuchengesetz erfolgt in anonymisierter Form eine Erfassung der von Tuberkulose und sonstigen meldepflichtigen Krankheiten betroffenen Personen. In der Tuberkulosestatistik werden die Zugänge und der Bestand der an aktiver Tuberkulose Er-

kranken nach wichtigen Diagnosegruppen, dem Geschlecht und Alter sowie nach Ausländereigenschaft gegliedert nachgewiesen.

Unter sonstigen meldepflichtigen - weil übertragbaren - Krankheiten sind u.a. Typhus, Paratyphus, Shigellenruhr, Meningitis und Virushepatitis zu verstehen. Erhebungstatbestände sind dabei die Erkrankungen und Todesfälle sowie die Ausscheider von Erregern.

Bildungswesen

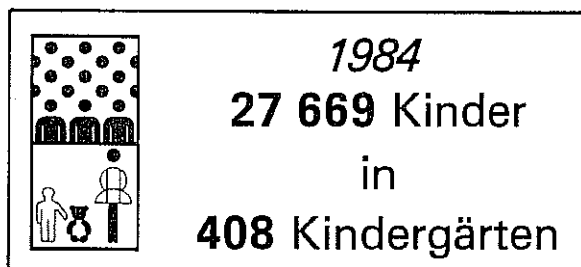
Obwohl Angaben über den Besuch von Bildungseinrichtungen schon seit jeher zum Programm der amtlichen Statistik gehören, ist die Statistik des Bildungswesens in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung im wesentlichen eine Errungenschaft der Nachkriegszeit. Im Bildungswesen sind während der letzten 30 Jahre Veränderungen wie in kaum einem anderen Bereich des öffentlichen Lebens eingetreten. Die Gründe liegen sowohl auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite. Ihre Darstellung und Analyse ist vorrangige Aufgabe der Bildungsstatistik, die den mit Bildungspolitik, -planung und -forschung befaßten Institutionen Informationen und Planungshilfen bereitstellt. Die Bewältigung von Mangel- bzw. Überflusssituationen (Lehrstellenmangel, Lehrerüberschuß, Numerus clausus) hat den Informationsbedarf an bildungsstatistischen Daten in den letzten Jahren

vergrößert und zu einer erheblichen Ausweitung der Schul-, Hochschul- und Berufsbildungsstatistik geführt. Dies gilt auch für die Bereiche der Kultur und Weiterbildung, denen ebenfalls zunehmende Bedeutung in Zeiten gesellschaftlichen Wandels zukommt.

Diese Entwicklungen, aber auch methodisch-technische Neuerungen machten schnell klar, daß die vorhandenen statistischen Unterlagen als Fundament für bildungsplanerische Maßnahmen nicht ausreichten, sondern in mancher Hinsicht der Ergänzung bedurften. Neue Statistiken wurden angeordnet, Änderungen und Ausweitungen der vorhandenen Statistikprogramme waren erforderlich. Beispielsweise mußten neue Schularten in die Statistik einbezogen werden. Außerdem wurde zur Anpassung an die häufigen rechtlichen und sachlichen Neuerungen im Bildungswesen und an die sich ändernden Informationswünsche immer wieder eine Aktualisierung der statistischen Erhebungs- und Aufbereitungsprogramme notwendig. Neue Verfahren mit dem Zwecke der Rationalisierung und Beschleunigung nutzen die Möglichkeiten der EDV und des saarländischen Planungs- und Informationssystems (SAPLIS) sinnvoll, z. B. bei der Erstellung von Tabellen und Verzeichnissen. Neue Möglichkeiten der Statistik wurden zur Ergänzung der herkömmlichen Bestandsstatistiken aufgegriffen, z. B. Absichtsbefragungen (Schulabgängerbefragung, Abiturientenbefragung), und Vorarbeiten für Verlaufsaus-

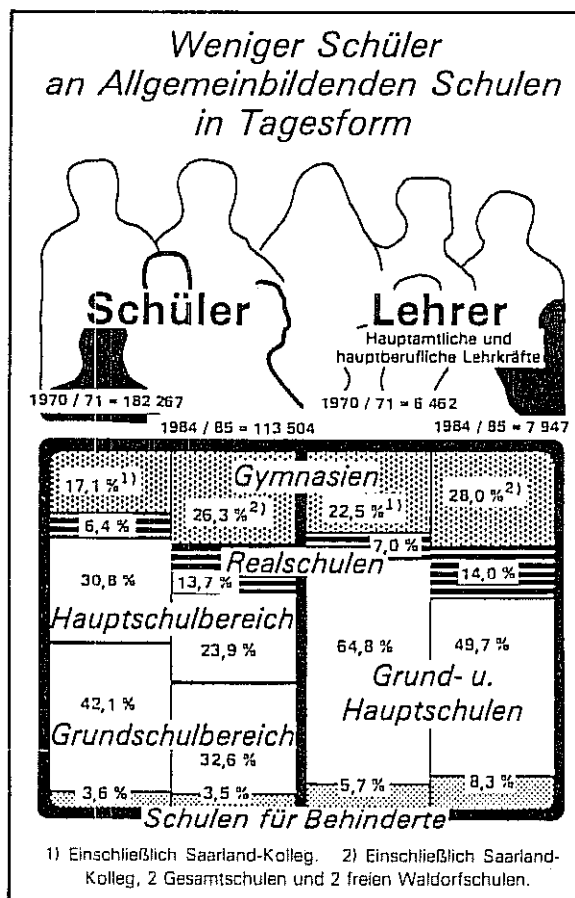
wertungen geleistet.

Das Gesetz Nr. 969 zur Förderung der vor-schulischen Erziehung im Saarland vom 9. Mai 1973 brachte wichtige Neuerungen. Es hat den früher eher als Sozialeinrichtung ("Ver-wahranstalt") geltenden Kindergarten eindeu-tig dem Bildungsbereich zugeordnet. Seit die-sem Zeitpunkt führt das Statistische Landes-amt jährlich eine **Landesstatistik der Kin-dertageseinrichtungen** durch. Besonders planungsrelevant ist etwa der Versorgungs-grad, der durch den Anteil der in Kindergärten



betreuten Kinder an der Gesamtzahl der gleichaltrigen Kinder ausgedrückt wird. Im übrigen wird der Erhebungsaufwand für die rund 450 zu befragenden Kindergärten, Kin-derhorte, Kinderkrippen, Krabbelstuben und Einrichtungen für das behinderte Kind so ge-ring wie möglich gehalten. Der Erhebungsbo-gen beschränkt sich auf ein aussagekräftiges Auswertungsprogramm über die Einrichtun-gen, ihre Kapazität, ihr Personal sowie die be-treuten Kinder.

Das Programm der amtlichen **Schulstatistik** ist entsprechend der Vielfalt und der Vielzahl der im Saarland bestehenden schulischen Ein-richtungen außerordentlich umfangreich und detailliert. Es liefert Daten zur Erfüllung schul-organisatorischer, -politischer und -planeri-scher Aufgaben. Dazu gehört z. B. die Daten-lieferung für den vom Landtag geforderten jährlichen Bericht der Landesregierung über die Schulen, Klassen, Schüler, Schulentlas-



sungen, Lehrer und Unterrichtsversorgung. Als Rechtsgrundlage für diese Erhebungen dient eine Anordnung der saarländischen Landesregierung über die Durchführung einer laufenden Landesstatistik der Kindertageseinrichtungen, Vorklassen, Schulkindergärten, Schulen und Studienseminare im Saarland vom 24. Juni 1980.

Die amtliche Schulstatistik wird jährlich bei den allgemeinbildenden Schulen eine Woche und bei den beruflichen Schulen sechs Wochen nach Schuljahresbeginn durchgeführt. Die Ergebnisse benötigt vorrangig das Kultusministerium, Teilergebnisse werden an das Statistische Bundesamt als Landesbeitrag zum schulstatistischen Bundesergebnis geliefert.

Die berufliche Ausbildung erfolgt aufgrund alter Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland generell im dualen System, d. h. im Nebeneinander von schulischer (theoretischer) und betrieblicher (praktischer) Ausbildung. Während der schulische Teil der Berufsausbildung von jeher über die Berufsschulstatistik erfaßt wird, wurde die amtliche **Statistik der betrieblichen Berufsausbildung** erstmals 1977 durchgeführt, und zwar auf der Grundlage des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes von 1976. Bis dahin war die Berufsbildungsstatistik eine reine Geschäftsstatistik der Kammern. Das an die Stelle des o. a. Gesetzes von 1976 — es wurde zwischenzeitlich

vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt — getretene Berufsbildungsförderungsgesetz vom 23. Dezember 1981 brachte eine neue Rechtsgrundlage für die Berufsbildungsstatistik. Es handelt sich nun rechtlich eindeutig um eine Bundesstatistik. Auskunftspflichtig sind die Kammern und andere "zuständige Stellen". Kernstück des Statistikprogramms

1984: 33 000 Auszubildende

Die beliebtesten Berufe

Schlosser

Verkäufer

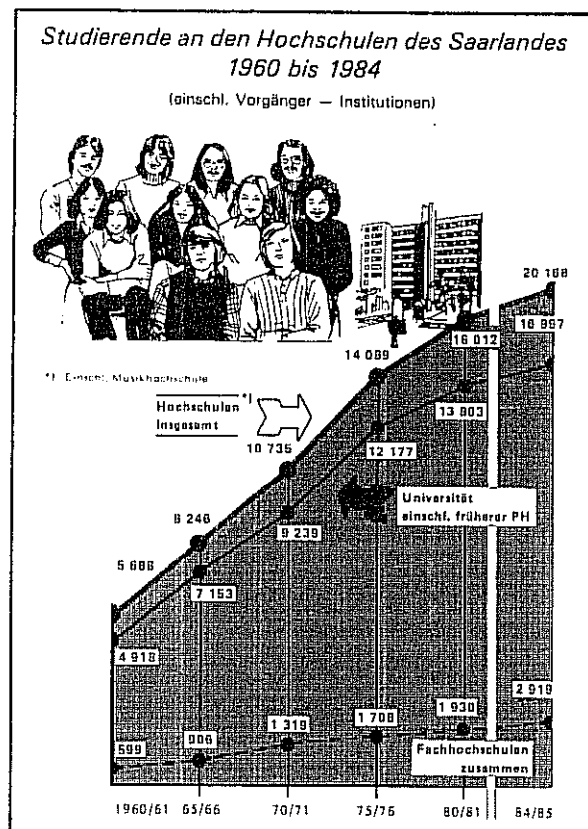
Installateure

Kfz-Mechaniker

sind Angaben über die Auszubildenden, Ausbilder und Prüfungsteilnehmer. Als hinreichende Orientierungshilfe bzw. Entscheidungsgrundlage tragen sie zur Lösung der gegenwärtig besonders schwierigen Probleme bei, die sich infolge des Eintritts der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsbildungsalter einstellen. Abgesehen von der in den letzten Jahren wieder erkannten besonderen bildungspolitischen Bedeutung der Berufsbildung, machten die seit Mitte der 70er Jahre bestehenden Unterbringungsschwierigkeiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt neue statistische Ermittlungen erforderlich, wie etwa die Schulabgängerbefragung, die bis 1981 durch-

geführt wurde.

Der Ausbau des Hochschulwesens und das wachsende Interesse breiter Bevölkerungskreise am Hochschulstudium haben die Forderung nach einer gut ausgebauten **Hochschulstatistik** in das Hochschulstatistikge-



setz von 1971 einmünden lassen. Das Arbeitsprogramm ist weit gespannt, und der Inhalt des Gesetzes ließ sich nur in einem langjährigen Stufenplan, der zwischen den Hochschulen, den Ländern und dem Bund abgestimmt

ist, realisieren. So gibt es heute eine Fülle von Daten über den Hochschulzugang (Studien- und Berufsabsichten), über Studenten (Studienvoraussetzung, Studienanfänger, Studienverlauf, Studienabschlüsse u. a. m.), über Prüfungskandidaten und -ämter, über das wissenschaftliche, künstlerische, technische und Verwaltungspersonal, über die Ausstattung und Nutzung von Hochschulräumen sowie über Hochschulausgaben und -einnahmen, die in der Finanzabteilung bearbeitet werden. Einheitlich durch all diese Teilstatistiken ziehen sich die Gruppierungen nach Hochschularten sowie nach Studienfächern bzw. Fachgebieten, die eine Verknüpfung der bislang nicht voll vergleichbaren Daten zulassen und damit fundierte Aussagen für den gesamten Hochschulbereich erlauben. Die individualisierten Statistiken über die Studenten, Prüfungskandidaten und das Hochschulpersonal ermöglichen interessante Auswertungen, etwa mit Aussagen über Studiengänge, Studiendauer, Studienerfolg, Betreuungsrelationen etc., Daten, die für Hochschul- und Arbeitsmarktplanung dringend gebraucht werden. Aus datenschutzrechtlichen Erwägungen wird die bevorstehende Novelle zum Hochschulstatistikgesetz allerdings weitgehend auf die Individualisierung von Statistiken verzichten.

Die Anerkennung der **Erwachsenenbildung** als vierter Bereich des Bildungswesens wurde im Saarland durch das Gesetz Nr. 910 zur För-

derung der Erwachsenenbildung im Saarland (EBG) vom 8. April 1970 bekräftigt. Die darin enthaltenen Grundsätze zur Verteilung der Förderungsmittel erfordern vergleichbare statistische Informationen über die Bildungsarbeit der verschiedenen Einrichtungen. So erließ die Landesregierung eine Anordnung über die Durchführung einer laufenden Landesstatistik der außerbetrieblichen Weiterbildung im Saarland. Die Erhebung wurde erstmals 1981 und seither jährlich durchgeführt. Auskunftspflichtig sind die Träger der nach dem EBG staatlich anerkannten Landesorganisationen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Erhoben werden Angaben über Einrichtungen, Lehr- und Verwaltungspersonal, Ausgaben und Einnahmen sowie über Veranstaltungen (Zahl, Art, Umfang, Teilnehmer, Themenbereiche).

Bildung und Kultur sind ein Begriffspaar, das gern zusammen gebraucht wird, so auch im Handbuch des Statistischen Landesamtes. Das Amt führt keine eigenen **Kulturstatistiken** durch, es sammelt aber Daten aus dem Bereich des Kulturlebens. Ein Interessent findet im Bildungsreferat u. a. Daten über Presse, Rundfunk, Fernsehen, über Bibliotheken und Büchereien, über Film und Theater ebenso wie über den Sport. Alle diese Daten werden selbstverständlich nur mit Angabe der Originalquellen weitergegeben, so daß der Benutzer in der Lage ist, sich auch wegen weiterer Daten oder methodischer Hinweise direkt

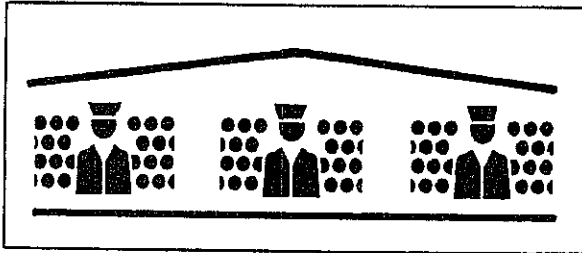
an die Stelle, die die Daten primär erhoben hat, zu wenden. Dieses Verfahren gilt auch für Daten über die kirchlichen Verhältnisse, die uns von den Kirchenleitungen zur Verfügung gestellt werden.

Rechtspflege

In den Rechtspflegestatistiken werden Daten erfaßt, die im Geschäftsgang der Gerichte und Staatsanwaltschaften anfallen. Durch die Kombination von Daten über Straftatbestände mit Angaben über Alter, Geschlecht und Vorstrafen des Täters sowie die Art und Höhe der verhängten Strafen und dgl. erhalten diese Statistiken ihre Funktion als Entscheidungshilfe für Legislative und Exekutive bei der Vorbereitung bzw. Änderung von Gesetzen. Während die ordentliche und besondere Gerichtsbarkeit sowie die Tatermittlung als "Justizgeschäftsstatistiken" von den Gerichten bzw. Staatsanwaltschaften oder dem Landeskriminalamt durchgeführt werden, zählen Strafverfolgung, Strafvollzug und Bewährungshilfe zu den vom Statistischen Landesamt zu erhebenden Bereichen des Rechtswesens. Alle Rechtspflegestatistiken sind "koordinierte Länderstatistiken", die bundeseinheitlich abgestimmt sind.

Zu den **Justizgeschäftsstatistiken** zählen die Erhebungen im Bereich der Zivilsachen,

Familiensachen, Strafsachen und Bußgeldverfahren sowie Staatsanwaltschafts-, Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, deren Tätigkeit detailliert dargestellt wird.



Die seit Bestehen des Statistischen Amtes geführte gerichtliche Kriminalstatistik wurde 1958 in **Strafverfolgungsstatistik** umbenannt, um Verwechslungen mit der vom Landeskriminalamt herausgegebenen "Polizeilichen Kriminalstatistik" zu vermeiden. Während letztere die bekanntgewordenen und von der Polizei bearbeiteten Straffälle einschließlich der polizeilich ermittelten tatverdächtigen Personen erfaßt (Tatermittlungsstatistik), erstreckt sich die Strafverfolgungsstatistik auf alle von den ordentlichen Gerichten rechtskräftig Abgeurteilten mit den wichtigsten Merkmalen zur Person des Täters.

In die 1961 bundeseinheitlich aufgenommene **Strafvollzugsstatistik** werden Gefangene und Verwahrte in den Justizvollzugsanstalten einbezogen. Gezählt werden einerseits alle im Laufe eines Jahres eingewiesenen und entlassenen Personen (Gefangenenbewegung), andererseits einmal im Jahr (am 31. März) alle

wegen Verbüßung einer Freiheits- oder Jugendstrafe einsitzenden Gefangenen sowie die Sicherungsverwahrten nach Staatsangehörigkeit, Alter, Geschlecht, Straftat, Art und Dauer der erkannten Strafe.

Am 1. Januar 1963 ist bundeseinheitlich eine **Bewährungshilfestatistik** eingeführt worden, in der die Bewährungshelfer sowie die ihnen zur Betreuung zugewiesenen Probanden nach den Gründen der Unterstellung und der Beendigung der Unterstellung gezählt werden. Bei den Unterstellungen handelt es sich um Fälle, bei denen dem Straftäter entweder bereits im Urteil Strafaussetzung zur Bewährung oder vorzeitige Entlassung erst nach Verbüßung eines Teils der verhängten Strafe gewährt worden ist.

Sozialwesen

Die Statistiken des Sozialwesens liefern u. a. die für die Weiterentwicklung des sozialpolitischen Sicherungssystems erforderlichen Informationen, indem sie Sachverhalte, Maßnahmen, Einrichtungen und finanzielle Aufwendungen im Sozialbereich erfassen. Besonders Gewicht hat hier die aufgrund des Bundessozialhilfegesetzes von 1961 eingerichtete **Sozialhilfe-Jahresstatistik**, die Einnahmen und Ausgaben der Sozialhilfe sowie Angaben über die Leistungsempfänger und Hilfearten

nachweist. Die **Jugendhilfestatistik**, die Behinderten- und Rehabilitationsstatistik sowie die Erhebung der Kriegsopferfürsorgeleistungen gehören ebenfalls zum sozialstatistischen Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik wie die Erfassung des Wohngeldes. Letzteres wird in unserer Finanzabteilung bearbeitet. Zu den öffentlichen Sozialleistungen zählen neben der Entschädigung von Opfern aus politischen Gründen und der Hilfe in besonderen Lebenslagen auch Möglichkeiten der sozialen Sicherung.

Aus der Fülle sozialpolitischer Maßnahmen und Sicherungen sei an erster Stelle die **Sozialhilfe** erwähnt. Das Sozialhilfegesetz verpflichtet die Träger der Sozialhilfe zu detaillierten festgelegten Hilfen. Ohne Zweifel müssen am Ende eines Jahres sowohl die Träger wissen, wieviel sie warum an wie viele Hilfeempfänger gezahlt haben, als auch die Ressorts, denen die Weiterentwicklung des Sozialhilfrechtes obliegt. Ohne diese Informationen wären z. B. die Auswirkungen von ins Auge gefaßten Leistungsänderungen nicht abzuschätzen.

Neben der **Kriegsopferfürsorge** werden von der amtlichen Statistik alljährlich auch die wesentlichen Tatbestände der öffentlichen **Jugendhilfe** erhoben, wie etwa Schutz der Pflegekinder, Vormundschaftswesen, Amtspflegeschaften und -beistandsschaften, Mitwirkungen bei Adoptionen und Vaterschafts-

feststellungen, Jugendgerichtshilfe, Erziehungsbeistandsschaften, Erziehungshilfen, Fürsorgeerziehung und Heimaufsicht sowie der Aufwand aus öffentlichen Mitteln für die Jugendhilfe. Dagegen werden die Maßnahmen der Jugendarbeit sowie die Einrichtungen samt Personal nur in Abständen von vier Jahren erfaßt.

Die Eingliederung der Behinderten ist ein unerläßlich sozialpolitisches Ziel. Mit der Neufassung des Schwerbehindertengesetzes von 1974 wurde ein entscheidender Schritt in der Behindertenhilfe unternommen. Darin wurde auch eine **Behindertenstatistik** angeordnet, die alle Behinderten umfaßt, bei denen die Versorgungsämter eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von wenigstens 30 % festgestellt haben. Die **Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen** soll nach den Vorstellungen des Gesetzgebers Auskunft geben über die persönlichen Merkmale der Rehabilitation sowie Art, Ort, Dauer und Ergebnis der durchgeführten Maßnahmen.

Landwirtschaftsstatistik

— *Welche Ernte ist zu erwarten?*

— *Muß in absehbarer Zeit mehr Fleisch importiert werden?*

- *Wie sind die Betriebe wirtschaftlich ausgerichtet?*
- *Sind sie spezialisiert?*
- *Wie sieht es mit den sozialen und ökonomischen Verhältnissen aus?*
- *Wandern Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ab?*

Diesen Fragen ließen sich noch viele hinzufügen. Wo immer über den Agrarsektor gesprochen oder diskutiert wird, sind Informationen über die Verhältnisse in diesem Bereich erforderlich. Diese liefert zum großen Teil die **amtliche Agrarstatistik**.

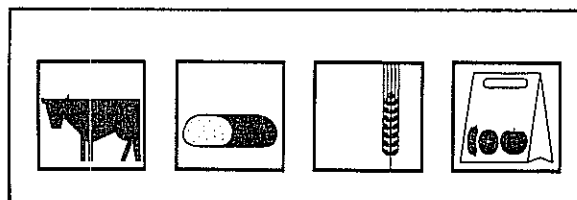
Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt liegt z. Zt. auf Bundesebene bei etwa 2 %, im Saarland jedoch unter 1 %. Dennoch ist die Landwirtschaft der Produzent von Rohstoffen für Nahrungsmittel und es liegt im allgemeinen Interesse, diesen Wirtschaftszweig zu erhalten. Hier ist nicht der Ort, um über Agrarpolitik zu reden, jedoch spiegeln sich die Folgen der Maßnahmen auf diesem Gebiet sowie der ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Hintergrund in den Zahlen der Agrarstatistik wieder. Umgekehrt bilden diese Zahlen eine wichtige Informationsquelle und Entscheidungshilfe sowohl für Wirtschaftspolitiker als auch für berufsständi-

sche Organisationen und den einzelnen Landwirt selbst.

Die Aufgaben der Landwirtschaftsstatistik lassen sich in drei Fragen plastisch aufzeigen:

- 1) *Wieviel wird an elementaren landwirtschaftlichen Gütern produziert?*
- 2) *Mit welchen Mengen an Produktionsmitteln geschieht das?*
- 3) *Wie sieht die sozialökonomische Struktur der Betriebe aus?*

Die erste Frage hat die pflanzliche und tierische Erzeugung zum Gegenstand. Es geht hierbei um Erntemengen, Fleischanfall, Milchproduktion usw.



Die zweite Frage verlangt die Feststellung, womit die Landwirtschaft produziert. Produktionsmittel sind hier in erster Linie Boden und Vieh — natürlich auch menschliche Arbeit —, ferner Maschinen, Düngemittel usw. Hiermit läßt sich dann auch die durchschnittliche Leistung je Erzeugungseinheit ermitteln.

Die dritte Frage untersucht die wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe, und die Erwerbs- und Unterhaltsquellen der Inhaber (Haupt- oder Nebenerwerb).

Diesen drei Fragen kann man nun noch eine vierte hinzufügen:

4) Wie verändert sich das Bild der Landwirtschaft im Zeitablauf?

Die Beobachtung der Entwicklung und die Herausarbeitung bestimmter Trends und Tendenzen ermöglicht auch das Vorhersagen künftiger Zustände (Prognosen). So kann z. B. aus den Ergebnissen der Viehzählungen auf die zu erwartende tierische Produktion geschlossen werden.

Im Laufe der Zeit hat sich im Bereich der Agrarstatistik ein komplexes System von Erhebungen herausgebildet. Die Hauptgliederung unterscheidet **Produktions-** und **Betriebsstatistiken**. In beiden Bereichen wurden zur Entlastung der Auskunftspflichtigen mehr und mehr Totalerhebungen durch stichprobenweise Befragungen ersetzt.

Die **Produktionsstatistiken** lassen sich sehr übersichtlich in einem Schema zusammenfassen:

	pflanzlich	tierisch
Produktionsmittel	Bodennutzungserhebung	Viehzählung
Produktionsergebnis	Erntebericht- erstattung	Statistiken über Milcherzeugung, Schlachtungen, Eierzeugung

Charakteristisch für diese Statistiken ist, daß sie in relativ kurzen zeitlichen Abständen durchgeführt werden. So erfolgt die Erhebung über Milch, Fleisch und Eier sowie über Ernteaussichten monatlich, die Viehzählung vierteljährlich (jedoch nicht jedesmal für alle Vieharten) und die Bodennutzungserhebung jährlich im Mai. Auf diese Weise behalten die für die Landwirtschaft zuständigen Stellen — insbesondere die Ministerien — den Überblick über die Versorgungslage und können Maßnahmen zur Ernährungssicherung der Bevölkerung rechtzeitig einleiten.

Die von Zeit zu Zeit notwendige umfassende Bestandsaufnahme und Analyse betrieblicher Verhältnisse und Strukturen bildet den Zweck der agrarstatistischen **Betriebserhebung**. Charakteristisch ist hier u. a. der Nachweis der Ergebnisse im Betriebszusammenhang; d. h., zu jedem Merkmal wird die Zahl der Betriebe mit diesem Merkmal angegeben, was erst die Strukturanalyse ermöglicht.

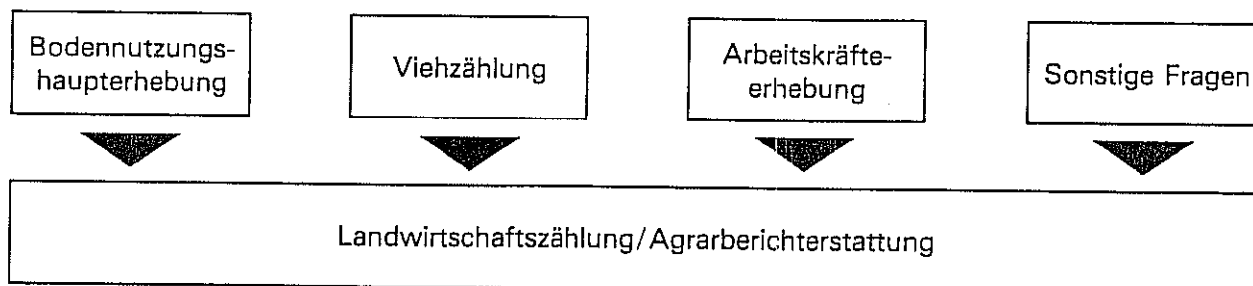
Den Kern der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik bildet die etwa alle zehn Jahre stattfindende **Landwirtschaftszählung** (LZ). Sie gibt Auskunft über:

- *Erwerbs- und Unterhaltsquellen*
- *Sozialökonomische Verhältnisse*
- *wirtschaftliche Ausrichtung der Betriebe*
- *Arbeitsverhältnisse*

Betriebs-Nr.	Bodennutzung	Viehbestände	Arbeitskräfte	übrige Betriebsverhältnisse
--------------	--------------	--------------	---------------	-----------------------------

- *Besitzverhältnisse und Pachtpreise*
- *Betriebsgrößenstruktur*
- *Bodennutzung*
- *Viehhaltung*

ken. Die Daten zur Bodennutzung und zum Viehbestand werden original aus den entsprechenden Produktionsstatistiken übernommen und mit den für die Betriebsstatistik erfragten zusammengeführt. Ein einzelbetrieblicher Da-



Um auch zwischen den Landwirtschaftszählungen Strukturdaten über die Landwirtschaft zu erhalten, wurde 1975 die in zweijährigem Abstand durchzuführende **Agrarberichterstattung** (AB) eingeführt. Sie ist vom Konzept her die "kleine Schwester" der LZ, hat aber mittlerweile so sehr an Bedeutung gewonnen, daß bereits die LZ 1979 nur noch als Ergänzung zur AB 1979 aufzufassen war. Zu den Betriebsstatistiken kann auch die jährlich im April erfolgende **Arbeitskräfteerhebung** gezählt werden.

Diese Übersicht zeigt den Zusammenhang zwischen Betriebs- und Produktionsstatisti-

tensatz der LZ/AB hat demnach folgendes Aussehen.

Wie kommt nun das Statistische Amt zu den benötigten Daten? Der Erhebungsweg ist gesetzlich geregelt. Grundsätzlich sind die Landwirte **verpflichtet**, die ihnen zugeleiteten Erhebungsbogen auszufüllen und wieder dem Statistischen Amt zukommen zu lassen (Primärstatistiken). Im allgemeinen werden die adressierten Fragebogen zunächst an die Gemeindeverwaltungen gesandt, welche sie dann an die Landwirte verteilen und wieder einsammeln. Jedoch braucht niemand der Gemeinde Einblick in seine betrieblichen Verhält-

nisse zu geben; jeder kann den ausgefüllten Bogen direkt an das Statistische Amt schicken.

Einige Statistiken werden sekundär erhoben (Milch, Schlachtungen, Gliederung der Gesamtfläche); hier besteht Auskunftspflicht bei Molkereien, Veterinärämtern und Katasterämtern.

Bei zwei landwirtschaftlichen Statistiken existiert keine Auskunftspflicht: bei den "betriebs- und marktwirtschaftlichen Meldungen" und bei der Ernteberichterstattung. Hier sind **ehrenamtliche Mitarbeiter**, Berichterstatter genannt, freiwillig tätig. Sie liefern monatlich Angaben über ihre Wirtschaftsweise (erzielte Erlöse, Vorratshaltung, Verwendung von Betriebsmitteln u.v.a.) oder über die Ertragsaussichten von Feldfrüchten, Grünland, Obst, Gemüse und Wein an das Statistische Landesamt. Die Freiwilligkeit soll eine rasche und gewissenhafte Meldetätigkeit garantieren, damit die aufbereiteten Ergebnisse zeitnah vorliegen und ausgewertet werden können.

Während vor 1971 alle erhobenen Daten und ihre Zusammenstellung zu statistischen Aussagen mit einem hohen personellen Einsatz manuell bearbeitet werden mußten, wird heute zumindest die Elementaraufbereitung maschinell abgewickelt. Die EDV entlohnte damit die Mitarbeiter einerseits von viel stupider Re-

chenarbeit, andererseits erforderte sie die Einarbeitung in ganz neue Arbeitsgebiete, so daß die Tätigkeit insgesamt gesehen anspruchsvoller geworden ist. Die maschinelle Aufbereitung ermöglichte aber auch bei gleichzeitiger Reduzierung des Personalstandes eine starke Ausweitung der Auswertungsmöglichkeiten, womit fortschreitend tiefere Einblicke in die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe vermittelt wurden.

MERKBUCH

für die amtlichen

Berichterstatter

1985

**Wachstumstand und Ernte
der landwirtschaftlichen
Feldfrüchte und des Grünlandes**

Statistisches Amt des Saarlandes

Hardenbergstraße 3
6600 Saarbrücken 1

Wirtschaft und Sozialprodukt

Während in der Frühphase der amtlichen Statistik mehr die Beobachtung des Bevölkerungsgeschehens und der Entwicklung in der Landwirtschaft im Mittelpunkt der Arbeiten stand, verlagerte sich mit der zunehmenden Industrialisierung das Interesse an statistischen Ergebnissen stärker auf die Beschaffung von Daten aus der gewerblichen Wirtschaft. Das wirtschaftliche Geschehen, das Wohl und Wehe unserer Volkswirtschaft, greift in unserer Zeit in fast alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens ein. Ohne ausreichende statistische Daten kann ein Wirtschaftspolitiker kaum sachgerechte Entscheidungen treffen. Gewerkschaften und Interessenverbände der Wirtschaft orientieren sich bei ihrer Tarifpolitik an den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Rentenfragen sind ohne die Kenntnis von Wirtschaftswachstum und Einkommen nicht zu lösen. Selbst der einfache Bürger ist heute an wirtschaftlichen Fragen interessiert, da auch seine persönliche Situation weitgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage abhängig ist.

Eine Vielzahl von Fragen kommt auf die Wirtschaftsstatistik zu, auf die Antworten und Ergebnisse erwartet werden. Der Verlauf des Wirtschaftsgeschehens und die Entwicklung

wichtiger Faktoren wie z. B. Beschäftigungsquote und Investitionsneigung sind nicht nur von historischem Interesse, sondern ebenso Gegenstand aktueller Politik wie die Fragen nach den übrigen Triebfedern der Konjunktur, so z. B. Inlands- und Auslandsnachfrage, Entwicklung auf dem Bausektor usw.. Als wichtiger Indikator gilt auch die Konsumneigung der privaten Haushalte, die sich an der Umsatzentwicklung im Einzelhandel ablesen läßt. Man könnte diesen Fragen- oder den Wunsch-katalog noch beliebig fortsetzen. Für vieles kann die Statistik mit ihrem Instrumentarium heute aktuelle und hinreichend genaue Daten zur Verfügung stellen. Auf manche Fragen muß sie allerdings die Antwort schuldig bleiben, denn es darf nicht erhoben werden, was vielleicht gerade interessiert, sondern nur das, was durch eine Rechtsgrundlage angeordnet ist. Die Fachleute wissen, daß ohne eine funktionierende Wirtschaftsstatistik keine sinnvollen wirtschaftspolitischen Entscheidungen denkbar sind. Man wird konjunkturstützende Maßnahmen nur einleiten, wenn die Indikatoren für Auftragseingang, Umsatzentwicklung, Produktion oder Zahlen über die Beschäftigtenentwicklung anzeigen, daß sich die Wirtschaft in einer Abschwung- oder Rezessionsphase befindet, während man die Konjunktur

zu dämpfen versucht, wenn diese Indikatoren einen stürmisch aufwärts gerichteten Verlauf signalisieren. Für die Beobachtung des Wirtschaftsgeschehens gibt es kurzfristige Konjunkturstatistiken, die meist monatliche Frühindikatoren liefern. Genannt seien hier beispielhaft der Produktionsindex, die Statistik der Auftragseingänge, die Statistik der Einzelhandelsumsätze oder die Statistiken des Baugewerbes. Andere Erhebungen, die meist in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, sollen mehr die längerfristig verlaufenden Strukturveränderungen im Wirtschaftsgehen zum Ausdruck bringen. Dies gilt vor allem für die Jahreserhebungen oder die in Abständen von mehreren Jahren stattfindenden Großzählungen.

In einer Grenzregion mit ihrer besonders wechselvollen Geschichte, die auch den Wirtschaftsverlauf entscheidend beeinflusst hat, wird den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik eine besondere Bedeutung zugemessen. Lebhaftes Interesse finden hierbei die Angaben über den Warenaustausch mit unserem französischen Nachbarland, wo noch aus der Zeit der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum enge wirtschaftliche Beziehungen bestehen. Welche Bedeutung Angaben über den Außenhandel haben, wird schon daraus ersichtlich, daß für das Jahr 1984 im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes eine Exportquote von 35 % ausgewiesen wird.

Wie das gesamtwirtschaftliche Ergebnis einer Periode zu werten ist, ob ein Wachstum oder eine wirtschaftlich geringere Gesamtleistung zu registrieren war, wird durch eine Größe festgestellt, die man gemeinhin mit "Sozialprodukt" bezeichnet. Hierbei handelt es sich um komplizierte Berechnungen mit umfangreichen Zahlenzusammenstellungen, für die der Fachmann heute den Begriff der "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen" geprägt hat. Diese geben nicht nur Aufschluß über das Wirtschaftswachstum allgemein, sie lassen auch die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktivität erkennen, weisen auf Strukturverschiebungen in der Wirtschaft hin und zeigen, wie sich das erarbeitete Volkseinkommen auf die einzelnen Faktoren verteilt und welches Einkommen schließlich den privaten Haushalten zur Verfügung steht. Damit sind nur die wichtigsten Zielsetzungen erwähnt. Viele Konsumenten und auch Politiker, die gerne die Begriffe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwenden, sind sich oft nicht bewußt, welche methodischen und arbeitsmäßigen Anstrengungen erforderlich sind, um zu diesen "griffigen" Ergebnissen zu kommen. Alle Nutzer dieser Daten sollten sich auch darüber klar sein, daß gerade die Vielzahl der Ergebnisse aus den übrigen Wirtschaftsstatistiken erst die Bausteine zur Erstellung dieses komplizierten Zahlenwerkes liefern. Wenn man das wirtschaftsstatistische Instrumentarium reduziert, wird auch die Aussagefähigkeit der volkswirtschaftlichen Ge-

samtrechnungen insgesamt geschwächt.

Die drängenden Fragen zu den mit der Gefährdung, Verschmutzung und Schädigung unserer Umwelt verbundenen Problemen haben heute einen besonders hohen Stellenwert und veranlaßten den Gesetzgeber, der amtlichen Statistik mit dem Gesetz über Umweltstatistiken von 1974 ein neues Aufgabengebiet zu übertragen. Die hier nach großen Anlaufschwierigkeiten ermittelten Ergebnisse finden in unserer heute für Umweltfragen besonders sensiblen Gesellschaft ein immer weiteres Interesse.

Das Saarland als Teilregion des Grenzraumes Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz ist eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung der übrigen Regionen dieses Raumes verbunden. Deshalb ist man auch an statistischen Daten, die die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes veranschaulichen, stark interessiert. Die Arbeitsgruppe "Wirtschaftliche Fragen" der Regionalkommission Saarland, Lothringen, Luxemburg und Rheinland-Pfalz hat die zuständigen Statistischen Ämter der Region beauftragt, vierteljährlich eine gemeinsame Veröffentlichung herauszugeben, wobei das Statistische Amt des Saarlandes vorerst die Federführung übernommen hat.

Diese kurzgefaßte Darstellung des Arbeitsbereichs der amtlichen Wirtschaftsstatistik wird in den folgenden Abschnitten nach Referaten

gegliedert etwas ausführlicher und unter Eingehen auf die statistischen Teilbereiche ergänzt.

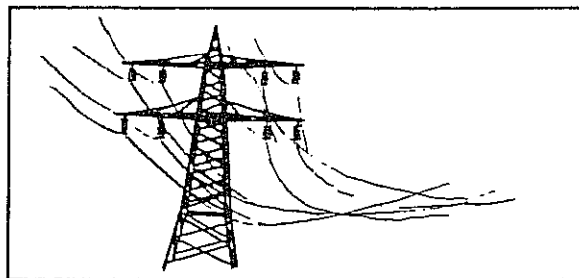
Produzierendes Gewerbe

In einer Industrieregion wie dem Saarland kommt dem Beitrag des Produzierenden Gewerbes zur wirtschaftlichen Gesamtleistung eine besondere Bedeutung zu. **Kohlenbergbau und Eisenschaffende Industrie** sind zwar nicht mehr die alles tragenden Säulen der Saarindustrie oder gar der Saarwirtschaft. Sie bleiben jedoch auch in den nächsten Jahren entscheidende Eckpfeiler, auf die nicht verzichtet werden kann. Seit der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes vor 25 Jahren sind in der weiterverarbeitenden Industrie neue Wirtschaftszweige und mit ihnen neue Stützen entstanden, die beginnen, die klassischen Sektoren zu entlasten. Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes sind hier vor allem der **Straßenfahrzeugbau** und die **Gummiverarbeitung** zu nennen. Seit einiger Zeit gibt es Bedenken, ob diese Wachstumsbranchen der letzten beiden Jahrzehnte dies auch noch in der Zukunft sein werden. Aktuell gehen die Hoffnungen in Richtung der **„neuen Technologien“**. Es handelt sich hier im Produzierenden Gewerbe im wesentlichen um die Wirtschaftszweige **Elektrotechnik** und **Datenverarbeitung** (Herstellung von Büromaschinen und automatischen Datenverarbeitungseinrichtungen). Die Zuordnung der Software-Hersteller erfolgt dabei weitgehend in den Dienstleistungssektor.

Auch auf diese Fragen nach dem langfristi-

gen **Strukturwandel** liefert die Statistik des Produzierenden Gewerbes detailliertes Zahlenmaterial. In diesen Themenkomplex gehören Fragen nach dem langfristig ablaufenden Wandel der Saarwirtschaft, im Gegensatz zu den eingangs angeführten **kurzfristigen Konjunkturbewegungen**.

Das Saarland verdankt seine frühe Industrialisierung der heimischen Steinkohle. Hierauf aufbauend entstand eine vielfältige Industriestruktur, deren Kernpunkt das Produzierende Gewerbe ist. An der Wertschöpfung des Saarlandes hat es einen Anteil von 45 % und stellt fast jeden zweiten Arbeitsplatz der Region.



Wirtschaftssystematisch reicht das **Produzierende Gewerbe von der Elektrizitätserzeugung, der Wasserversorgung, dem Bergbau über die Eisenschaffende Industrie, den Straßenfahrzeugbau, die Reparatur von Kraftfahrzeugen, das Bekleidungsgewerbe, die Brauereien bis hin zum Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, um**

nur beispielhaft die Spannweite abzustecken. Wesentliche Außenhandelsbeziehungen laufen über diesen Bereich und bestimmen damit die enge Verflechtung unserer Volkswirtschaft mit anderen Volkswirtschaften und letztendlich mit der gesamten Weltwirtschaft.

Aufgrund der zentralen Stellung, aber auch aufgrund der Anfälligkeit für konjunkturelle Schwankungen, sind fundierte Daten über die Struktur- und Konjunkturentwicklung des Produzierenden Gewerbes unentbehrlich. Das in regelmäßigen Erhebungen aufbereitete Zahlenmaterial reicht von Auftragseingängen und Auftragsbeständen, als **konjunkturellen Frühindikatoren**, über Produktionsdaten, Beschäftigungsdaten, Einkommensangaben und Umsätzen bis hin zu Daten zur Investitionstätigkeit als Hinweis auch auf langfristige Veränderungen im Kapitalstock und im Produktionspotential der Volkswirtschaft. Das regional, wirtschaftszweigsystematisch und nach Betriebsgrößenklassen tiefgegliederte Datenmaterial erlaubt detaillierte Analysen über die entscheidenden Einflußfaktoren im Wirtschaftsprozess. Der **Auftragseingangsindex** und der **Nettoproduktionsindex** sind Grundlage von Konjunkturanalyse und -prognose. Die Erhebungen bei den auskunftspflichtigen Betrieben und Unternehmen werden, nach Merkmalen und Betriebsgrößen differenziert, monatlich, vierteljährlich, jährlich oder in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Um die Zahl der Auskunftspflichtigen zu

verringern und auch damit zur Entlastung beizutragen, werden teilweise Stichprobenerhebungen durchgeführt.

Industrie u. Verarbeitendes Gewerbe

Den Kern des Produzierenden Gewerbes bilden die **Verarbeitende Industrie** und das **Verarbeitende Handwerk**, die in der Sprache der amtlichen Statistik zum Bereich **Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe** zusammengefaßt sind. Zentralpunkt des Erhebungssystems ist der Monatsbericht bei Betrieben von Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die Daten dieser Statistik dokumentieren eindrucksvoll auch den Strukturwandel der Saarindustrie. Ein Beispiel aus der amtlichen Statistik soll diese Aussage erläutern. Betrug der Anteil des Steinkohlenbergbaus und der Eisenschaffenden Industrie an den Industriebeschäftigten 1959 noch 60 %, so ist bis 1985 die Bedeutung von Kohle und Stahl für die Arbeitsplätze in der Saarindustrie um die Hälfte geschrumpft. Gleichzeitig sind neue Wirtschaftszweige entstanden, die vor 25 Jahren, also vor der Rückgliederung in den deutschen Wirtschaftsraum, im Saarland bedeutungslos oder überhaupt nicht vertreten waren.

Das 50jährige Bestehen des Statistischen Am-

tes legt es nahe, auch einige wirtschaftshistorische Rückblicke in die Darstellung des Arbeitsbereiches der amtlichen Statistik einfließen zu lassen. Im Rahmen des Monatsberichts, früher Industrieberichts, kann das letzte Vierteljahrhundert leicht wiedergegeben werden.

Die Struktur des saarländischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes hat sich, wie bereits angeführt, grundlegend gewandelt. Diese 25 Jahre sind aber auch von einem Verlust an industriellen Arbeitsplätzen begleitet, der nicht nur im Saarland zu beobachten ist. Im Saarland fiel die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe von 175 000 auf 140 000; im Bundesgebiet von 8 100 000 auf nur noch 6 800 000. Für den Wirtschaftszweig Eisenschaffende Industrie ist sogar ein Rückblick über 50 Jahre möglich. 1935, vor einem halben Jahrhundert also, zählte die Eisenschaffende Industrie des Saarlandes oder des Saargebietes, wie es damals noch hieß, rund 28 000 Beschäftigte und erzeugte 2,1 Mill. Tonnen Rohstahl. Heute sind es 20 000 Beschäftigte, die 4,4 Mill. Tonnen produzieren. Die Grenzen werden heute jedoch weniger durch die Produktionskapazität als durch die Absatzmöglichkeiten gesetzt. Die bisher höchste Rohstahlerzeugung wurde 1974 mit 6,4 Mill. Tonnen erreicht. In dem hier betrachteten halben Jahrhundert saarländischer Wirtschaftsgeschichte haben sich nicht nur die Tonnagen, sondern vielleicht noch stärker die

Herstellungs- und Verarbeitungsverfahren und die Anteile der einzelnen Stahlsorten verändert.

Detaillierten Aufschluß über die Produktionspalette der Saarindustrie und deren Wandel gibt die Vierteljährliche Produktionserhebung. Sie liefert tiefgegliederte Informationen darüber, welche Güter und Waren mengen- und wertmäßig an der Saar produziert werden. Hier finden sich sowohl Angaben über *Ziegeleierzeugnisse, Eisen-, Stahl- und Temperguß, Brücken aus Stahl, Flüssigkeitspumpen, Farben und Lacke, Bücher und Zeitungen wie auch Daten zu Damenröcken, Backwaren, Wurstkonserven und Bier*. Ein ausgewählter Teil dieser Erzeugnisse wird monatlich im Rahmen eines Produktionseilberichts zur Berechnung des **Nettoproduktionsindex** erhoben. Er stellt zeitnah die konjunkturelle Produktionsentwicklung dar und ermöglicht Vergleiche zwischen der Konjunkturlage des Saarlandes und der des übrigen Bundesgebietes. Noch detaillierteres Material über diese Zusammenhänge liefert für das Bundesgebiet und auf Unternehmensebene die **Kostenstrukturerhebung**, die einen wesentlichen Eckpfeiler der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bildet.

Baugewerbe

Die im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

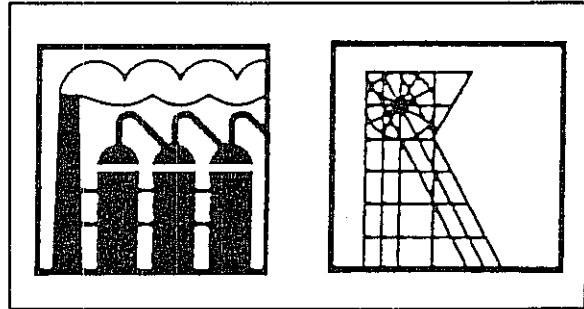
durchgeführten Erhebungen werden in ähnlicher Form auch im **Baugewerbe** durchgeführt. Im Bezug auf die erhobenen Merkmale ergeben sich jedoch wesentliche Modifikationen, um die grundsätzlich andere Produktionsweise adäquat zu berücksichtigen. Zudem ist die Bauwirtschaft ein auf Konjunkturschwankungen und auf Änderungen der staatlichen Rahmenbedingungen sehr sensibel reagierender Wirtschaftssektor. Das Baugewerbe wird in der amtlichen Statistik in **Bauhaupt- und Ausbaugewerbe** unterteilt. Der Bereich der Herstellung von Baustoffen wird dem Verarbeitenden Gewerbe zugerechnet.

Die monatlich bzw. vierteljährlich erhobenen Auftragseingangs- und Auftragsbestandsdaten stellen **Frühindikatoren für die künftige Baukonjunktur** dar. Die regelmäßig auch im Ausbaugewerbe ermittelten Merkmale, Zahl der Beschäftigten, auf Baustellen geleistete Arbeitsstunden und Umsatz, informieren über die Lage am Arbeitsmarkt und über die Entwicklung der Bauleistung.

Bergbau und Energiewirtschaft

Die Beschreibung des Erhebungssystems der amtlichen Statistik ebenso wie die Beschreibung der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes wäre mehr als lückenhaft, bliebe ein Sektor der das Bild dieser Region auch über die Lan-

desgrenzen hinaus prägt, unerwähnt: die **Energiewirtschaft**. In der amtlichen Statistik sind hier zusammengeschlossen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau. Der Bereich der Energiestatistik ist vielfältig und tiefgegliedert. Ein Teil der Erhebungen wird vom Statistischen Amt durchgeführt, ein anderer Teil vom Wirtschaftsministerium.



Das Saarland ist unter den Bundesländern ein typisches Energieexportland. In den 50er und 60er Jahren wurde Steinkohle, in den 70er und 80er Jahren vermehrt Strom in andere Bundesländer geliefert. Durch den starken Ausbau von Kohlekraftwerken konnte das Saarland in den letzten Jahren seine Stromerzeugungskapazität erheblich ausweiten und vermehrt Strom ins bundesdeutsche Netz einspeisen. Für 1984 stehen einer Stromerzeugung von 12,8 Mrd. Kwh ein Stromverbrauch des Saarlandes von 8,9 Mrd. Kwh gegenüber. Das heißt, gut 30 % wurden ans bundesdeutsche Netz abgegeben. Möglich war diese Steigerung nur aufgrund erheblicher Investitionen. Nach den Ergebnissen der Investitionserhebung bei Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung wurden im Saarland im Jahr 1982 gut 860 Mill. DM in diesem Bereich investiert. Im gesamten Verarbeitenden Gewerbe, das etwa 25 mal so viele Arbeitsplätze zählt, wurden demgegenüber nur 1 000 Mill. DM investiert.

Über den **Saarbergbau** wurden schon im 18. und 19. Jahrhundert statistische Daten gesammelt. Zur Abrundung dieser Dokumentation seien daher auch einige Eckdaten angeführt, die im Bezug auf die Förderung über das Jahr 1935, dem Jahr der Gründung des Statistischen Amtes, hinausreichen. Heute zählt der Saarbergbau einschließlich seiner Kraftwerke etwa 25 000 Beschäftigte. Gefördert werden 10 Mill. Jahrestonnen, was einem Anteil an der Bundesförderung von 12 % entspricht. Eine höhere Förderung wäre technisch möglich, die Grenzen werden jedoch von der absetzbaren Kohlenmenge bestimmt. Vor 50 Jahren, 1935, zählte der Saarbergbau 47 000 Beschäftigte bei etwa gleicher Fördermenge. Zwischenzeitlich war die Belegschaft jedoch 1949 auf 67 000 Personen und die Förderung 1955 auf 17,1 Mill. Jahrestonnen gestiegen.

Und nun ein Sprung in frühere Jahrhunderte. 1885 förderten die Saargruben bereits über 6 Mill. Jahrestonnen. Vor zweihundert Jahren — 1785 — war hingegen die Förderleistung deutlich bescheidener, sie belief sich auf ganze 28 Tausend Jahrestonnen.

Handel und Gastgewerbe

Ein wichtiges Aufgabengebiet innerhalb der Wirtschaftsstatistiken sind die Statistiken des **Handels und Gastgewerbes**.

Im Jahre 1960 schuf der Gesetzgeber die Voraussetzungen für bundesweite laufende Befragungen im Handel und Gastgewerbe, die auf repräsentativer Basis erfolgten. Eine erste Bestandsaufnahme im **Groß- und Einzelhandel, in der Handelsvermittlung und im Gastgewerbe** erfolgte im Bundesgebiet 1960 mit der "Handels- und Gaststättenzählung", die im Saarland wegen der gerade erfolgten Rückgliederung ein Jahr später, 1961, durchgeführt wurde.

Diese Totalerhebung war aufgrund weitgehender Konsumentenwünsche und eines gewissen Vorratsdenkens mit einem sehr umfangreichen und schwerfälligen Programm überfrachtet worden. Dies galt im wesentlichen auch für die zweite Handels- und Gaststättenzählung im Jahre 1968.

Mit dem Handelsstatistikgesetz vom 10.11. 1978 wurde ein neues Konzept für die vier Bereiche, **Groß- und Einzelhandel** einschl. Apotheken, **Handelsvermittlung und Gastgewerbe** (Gaststätten-, Berherbergungsgewerbe und Kantinen) verwirklicht.

In diesem Gesetz wurden die Totalzählungen für die Jahre 1979 und 1985 und dann im zehnjährigem Turnus festgelegt. Die in den vorangegangenen Zählungen erfragten Bilanzdaten und Sortimentsfragen wurden in Ergänzungserhebungen und Jahresherhebungen verlagert, die — wie die laufenden Monäterhebungen

— als Stichprobenstatistiken durchgeführt werden. Die Monatsstatistiken umfassen nach wie vor nur die Merkmale Umsatz und Zahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Um die Auskunftspflichtigen nicht über Gebühr zu belasten, wurden die Stichprobenumfänge seit 1981 reduziert. Im Einzelhandel werden bundesweit nur 25 000 statt 40 000 Unternehmen befragt, im Großhandel reduzierte sich die Zahl von 25 000 auf 10 000 und im Gastgewerbe von 15 000 auf 8 000 Befragte.

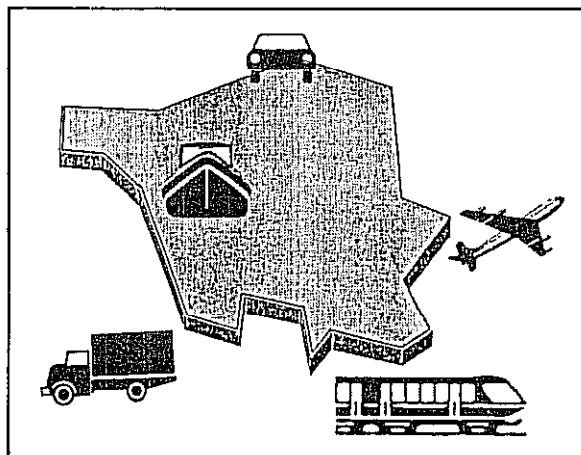
Den Abgrenzungen der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen auf Länderebene dient der sogenannte Mehrländeraustausch. Unternehmen des Groß- und Einzelhandels, die Niederlassungen in mehreren Bundesländern unterhalten, gliedern ihre Angaben nach Ländern auf. Durch Austausch dieser Daten werden Länderergebnisse erzielt.

Dieses Konzept setzt ein kompliziertes und umfangreiches Aufbereitungsprogramm für die maschinelle Datenverarbeitung voraus.

Das interdependente System von Total- und Repräsentativstatistiken mit Hilfe maschineller Datenverknüpfung ermöglicht eine optimale Befriedigung der Informationsbedürfnisse. Gerade zur kurzfristigen Beurteilung der Entwicklung des privaten Verbrauchs sind diese Statistiken sehr gut geeignet.

Außenhandel

Die **Statistiken des Außenhandels** hatten im Saarland angesichts der wechselvollen politischen Geschichte je nach Zugehörigkeit zum deutschen oder französischen Wirtschaftsraum stets ein besonderes Gewicht. Als Industriegebiet war das Land von jeher auf den Absatz nach außersaarländischen Märkten angewiesen.



Bei Abschluß des Saarvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik wurde versucht, den nachteiligen Folgen der Ausgliederung des Saarlandes aus der französischen Wirtschaftsunion und der Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsgebiet zu begegnen. Daher enthielt der Saarvertrag eine Regelung, die einerseits die Wirtschaftsverknüpfung des Saarlan-

des zur Französischen Union auf einem möglichst hohen Stand halten und andererseits dem Saarland den verstärkten Zugang zum bundesdeutschen Binnenmarkt ermöglichen sollte. Zu diesem Zwecke wurde für die Zeit nach der wirtschaftlichen Eingliederung ein zollfreier Warenverkehr zwischen Frankreich und dem Saarland vereinbart, der in Umfang und Struktur demjenigen des Referenzjahres 1955 entsprechen sollte.

Das Statistische Amt des Saarlandes war an den Beratungen des französisch-deutschen Regierungsausschusses zur Festlegung der Kontingente für den zollfreien Warenverkehr maßgeblich beteiligt. Die Statistik des saarländischen Warenverkehrs konnte sich in diesen Jahren nicht auf zollstatistische Erhebungen — wie im übrigen Bundesgebiet — stützen, sondern mußte Direktbefragungen der im- und exportierenden Firmen der Industrie, des Handwerks, des Groß- und Einzelhandels durchführen, zumal auch die französische Zollstatistik keine speziellen Angaben für die Bezüge und Lieferungen des Saarlandes im Warenverkehr mit dem Zollausland auswies.

So entwickelte sich in der Nachkriegszeit eine sehr umfassende Außenhandelsstatistik im Saarland, die erst in den 60er Jahren durch die vom Statistischen Bundesamt zentral nach Bundesländern aufbereitete Statistik abgelöst wurde.

Beherbergungsstatistik

Auch in der Beherbergungsstatistik (Fremdenverkehrsstatistik), die zu den ältesten laufenden Wirtschaftsstatistiken zählt, wurde mit dem Gesetz über die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz) vom 14. Juli 1980 ein neues Konzept verwirklicht. Während vordem Betriebe in sogenannten Berichtsgemeinden (mit mehr als 5 000 Übernachtungen) auskunftspflichtig waren, liegt der heutigen Beherbergungsstatistik ein anderes Abschneideverfahren zugrunde. Beherbergungsbetriebe einer gewissen Mindestgröße, nämlich mit mindestens neun Betten, und zwar in allen saarländischen Gemeinden, werden in die laufende Berichterstattung einbezogen. Erstmals wurde 1981 eine umfassende Kapazitätserhebung durchgeführt, die die Angebotsseite nicht nur quantitativ (wieviel Betriebe, Zimmer und Betten stehen dem Gast zur Verfügung?), sondern auch qualitativ (welche Ausstattung findet der Besucher vor?) durchleuchtete. Da diese Zählung sehr umfangreich ist, wird sie nur alle 6 Jahre wiederholt.

Das monatlich zur Verfügung stehende Bettenangebot wird im Rahmen der laufenden Befragungen neben der Zahl der Gäste, deren Wohnsitz und der Übernachtungszahl ermittelt. Daraus ergeben sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer und Auslastungsquote. Im Gegensatz zu einigen Bundesländern wer-

den im Saarland alle Beherbergungsbetriebe direkt befragt, ohne daß Gemeinden und Kurverwaltungen dazwischengeschaltet sind.

Verkehr

Ein sehr heterogener Bereich im Rahmen der Wirtschaftsstatistik ist der Verkehr. Im Vordergrund der statistischen Erfassung steht die Funktion. Dementsprechend gibt es hinreichende Aussagen über die Betriebs- und Verkehrsleistungen, die Verkehrswege und -mittel, dagegen existieren kaum statistische Unterlagen über die eigentlichen Träger des Verkehrs, die Unternehmen und Betriebe. Lediglich im Jahre 1962 wurde die Verkehrswirtschaft im Rahmen eines **Verkehrszensus** erfaßt. Seitdem fand eine ähnliche Erhebung nicht wieder statt. Partiiell werden die Arbeitsstättenzählung (zuletzt 1970) und die Kostenstrukturstatistiken diesem Anspruch gerecht.

Den Benutzer der Verkehrsstatistik interessieren jedoch oft noch andere Daten wie z. B. die **Statistik des Kraftfahrzeugbestandes** und der **Neuzulassungen**. Dies ist ein typisches

Beispiel in der Arbeit der Statistischen Landesämter für Fremdstatistiken. Nicht das Landesamt bereitet diese Ergebnisse auf, sondern fertige Ergebnisse werden dem Amt zur Verfügung gestellt, das daraus eigene Landesstatistiken veröffentlicht.

Großes Interesse findet aufgrund der Beteiligung fast aller Mitbürger am Straßenverkehr die **Statistik der Straßenverkehrsunfälle**. Nachdem der individuelle Straßenverkehr in den letzten 30 Jahren explosionsartig angewachsen ist, sind die Ergebnisse dieser Statistik für Zwecke der Verkehrsplanung von großer Bedeutung. Die öffentliche Hand baut die Straßen und erhöht durch gezielte gesetzliche Maßnahmen die Verkehrssicherheit. Für viele gesetzliche Regelungen der letzten Jahre waren die unfallstatistischen Ergebnisse eine wichtige Entscheidungshilfe, z. B. die Gurtanlegepflicht, die Helmtragepflicht bei Motorrädern und Mopeds, das 0,8 Promille-Gesetz, LKW-Fahrverbote, Moped-Führerschein, Erste-Hilfe-Kurse, Warndreieck und Verbandskasten.

Die Erhebungsmethode bei dieser Statistik ist etwas abweichend von der üblichen Norm: nicht der Betroffene oder Verursacher des Ereignisses meldet an das Statistische Landesamt, sondern die Polizei liefert einen Durchschlag der Unfallanzeige an die Statistiker.

Jährlich werden von den Mitarbeitern im stati-

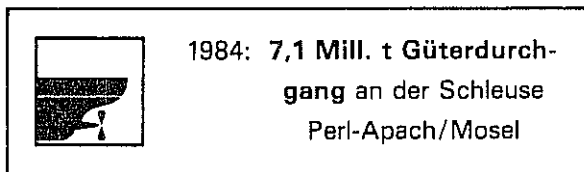


1955: 81 000 Kraftfahrzeuge
1985: 513 000 Kraftfahrzeuge

stischen Dienst rund 6 000 Straßenverkehrsunfallanzeigen mit einem umfassenden Merkmalskatalog verarbeitet, über 27 000 Unfälle werden nur zahlenmäßig erfaßt. Im vergangenen Jahr wurden rund 33 000 Straßenverkehrsunfälle auf den saarländischen Straßen polizeilich aufgenommen und dem Statistischen Amt zur Bearbeitung weitergeleitet.

Angesichts der ständigen Zunahme des motorisierten Straßenverkehrs kommt den Ergebnissen der **Gemeindestraßenstatistik** eine wichtige Aufgabe zu. Die Gemeindestraßen wurden von 1961 bis 1976 bundesweit in fünfjährigem Turnus gezählt. Im Saarland fand auch 1981 eine landeseigene Erhebung statt. Aus diesen Ergebnissen und den von den Obersten Landesbaubehörden jährlich zur Verfügung gestellten Übersichten des Netzes der klassifizierten Straßen wurde das saarländische Straßennetz, eine wichtige Größe zur Bewältigung des Individualverkehrs, ermittelt.

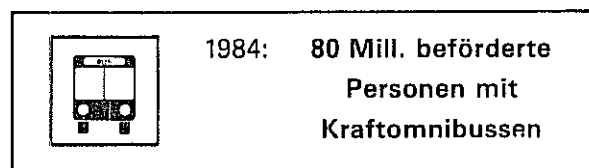
Zur Zeit wird der Binnenschiffsverkehr sowohl auf der Mosel als auch auf der Saar im Rah-



men einer Bundesstatistik erfaßt. Die Inbetriebnahme der Saar als Großschiffahrtsstraße wird den heute nur noch sehr geringen Schiffsverkehr auf der Saar sicher beleben, in

welchem Ausmaß hängt von der Strukturentwicklung im Saarland ab. Dann dürfte die **Binnenschiffahrtstatistik** nicht nur — wie bisher — für den Güterdurchgang auf der Mosel bei Perl-Apach, sondern auch auf der Saar interessante und gefragte Ergebnisse liefern.

Um Kenntnisse über den **öffentlichen Personenverkehr** der Straßenverkehrsunternehmen zu erhalten, werden seit über 30 Jahren kommunale und private Personenverkehrsunternehmen befragt. Während vor 1980



eine monatliche Meldepflicht bestand, werden z. Zt. die Personenverkehrsunternehmen vierteljährlich nach der Zahl der beförderten Personen, den zurückgelegten Wagen- und Personenkilometer sowie nach ihren Einnahmen befragt. Außerdem werden Sonderformen des Linienverkehrs, der freigestellte Schülerverkehr und der Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen erhoben. Die Rechtsgrundlagen für diese Statistik wurden in den letzten Jahren häufig geändert, zuletzt durch die Statistikbereinigungsverordnung vom 14. September 1984. Um die kleinen Unternehmen zu entlasten, wurde zum einen die Abschneidegrenze für die Meldepflicht erhöht (nur Unternehmen ab 6 Bussen), zum anderen die Periodizität verlängert.

Zum 30. September jeden Jahres wird ein Jahresbericht erstellt, der den Umsatz, die Beschäftigten und Kapazitätsangaben der Straßenpersonenverkehrsunternehmen darstellt. Zur Zeit werden die vier kommunalen Straßenverkehrsunternehmen, eine nichtlandeseigene Eisenbahn und 57 private Omnibusunternehmen befragt, deren Umsatz sich im Jahre 1984 auf 138 Mill. DM belief.

Volkswirtschaftliche Gesamt-rechnungen

Angaben über das Sozialprodukt, das Wirtschaftswachstum, die Produktivitätsentwicklung, über Einkommen und Kaufkraft usw. finden ein weites Interesse in den am Wirtschaftsgeschehen beteiligten Bevölkerungsgruppen. Gesamtwirtschaftliche Daten und Wertangaben werden in den Wirtschaftsnachrichten und in der politischen Diskussion bei zahlreichen Gelegenheiten genutzt. Wichtige Eckdaten über die Wirtschaftslage und das Gesamtbild einer Volkswirtschaft werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erstellt. Die Gesamtrechnungen sind ein statistisches Rechensystem, das sich mit makroökonomischen Größen befaßt und auf einer entsprechenden Theorie des Wirtschaftskreislaufs basiert. Es ist ein Instrument, das wichtige Transaktionen des Wirtschaftsprozesses sinnvoll zu gesamtwirtschaftlichen Aggregaten zusammenfaßt und

eine systematisch gegliederte Gesamtdarstellung ermöglicht. Die Berechnungen erfolgen ex post, d. h. nach Ablauf eines Berichtszeitraums; Schätzungen über die laufende Wirtschaftsentwicklung sowie Prognosen werden im Rahmen der VGR nicht erstellt, sondern durch die Benutzer der amtlichen Statistik aufgrund geeigneter Schätz- und Prognosemodelle selbst vorgenommen.

Sozialproduktsberechnungen entstanden in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er Jahren im Anschluß an entsprechende Entwicklungen in anderen Ländern und wurden sukzessive zu einem kompletten System VGR weiterentwickelt. Das umfassendste, tiefgegliederte Rechenwerk wird auf Bundesebene vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden bearbeitet und z. T. in vierteljährlichen Zahlenreihen veröffentlicht. Auf Länderebene führen die Statistischen Landesämter entsprechende Arbeiten im Jahresrhythmus durch, wobei Datenlage und Methodenfragen für Regionalberechnungen zu berücksichtigen sind. In diesen Berechnungen wird die Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts dargestellt (Dreiseitenrechnung). Die Länder gehen dabei einheitlich nach einem arbeitsteiligen Verfahren vor, wobei Methodenfragen, Arbeitsschritte und Termine in einem gemeinsamen Arbeitskreis der Statistischen Ämter abgestimmt werden. Diese schwierigen und z. T. umfangreichen Aufgaben sind organisatorisch so geregelt, daß sich jedes Landesamt

auf bestimmte Teilgebiete spezialisiert und die Ergebnisse für alle Länder bearbeitet.

Inländern zuzurechnende gesamtwirtschaftliche Leistung) 23,4

VGR Entstehungsrechnung **Mrd. DM**
(1981)

Bruttoproduktionswerte aller Wirtschaftsbereiche 62,4

minus Vorleistungen (unber.) 38,6

= Bruttowertschöpfung aller Bereiche (entspricht dem Wert aller erzeugten Güter und Dienstleistungen einschl. Produktionssteuern, abzgl. Subventionen sowie abzgl. Materialverbrauch und sonstige Vorleistungen) 23,8

abzgl. Bereinigungsposten 1,0

plus Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer 1,4

plus Einfuhrabgaben 0,0

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (= im Inland erstellte gesamtwirtschaftliche Leistung) 24,2

plus Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt (+ / -) - 0,8

= Bruttosozialprodukt (= den

Wenn die Wirtschaftsleistung des Saarlandes nach Wirtschaftsbereichen aufgezeigt werden soll, benutzt man Werte der VGR-Entstehungsrechnung. Zentrale Größe für die Wirtschaftskraft bzw. das Wirtschaftswachstum ist das reale Bruttoinlandsprodukt, das als Wertgröße in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres ausgedrückt wird. Dabei werden zusätzliche Relationen, z. B. Werte je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen als Zusatzinformationen ausgewiesen. Ergebnisse über die Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen bringen kurzfristig Hinweise über Wachstumsbranchen und langfristig Angaben über Strukturveränderungen sowie Daten zur Produktivitätsentwicklung. Das Bruttosozialprodukt ergibt sich aus dem Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung der über die Landesgrenze fließenden Einkommensströme; es umfaßt die gesamtwirtschaftliche Leistung, die den inländischen Wirtschaftseinheiten zuzuordnen ist.

VGR Verteilungs- und Umverteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung macht ersichtlich, wie sich das Volkseinkommen (= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) auf die Faktoren Ar-

beit und Kapital verteilt und den entsprechenden Sektoren zufließt. Man unterscheidet Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Aus den Erwerbs- und Vermögenseinkommen des Sektors Private Haushalte läßt sich unter Berücksichtigung der Transaktionen der Einkommensumverteilung, d. h. der geleisteten bzw. empfangenen laufenden Übertragungen wie z. B. Steuern, Sozialbeiträge, Renten, Pensionen, Versicherungsleistungen etc., das verfügbare Einkommen ermitteln, das als Kaufkraftindikator dienen kann.

Mrd. DM
(1981)

<i>Volkseinkommen (= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)</i>	18,5
<i>davon: Brutto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit</i>	15,0
<i>Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen</i>	3,5
<i>dar.: Bruttoerwerbs- u. Vermögenseinkommen des Sektors Private Haushalte</i>	18,3
<i>dar.: Verfügb. Einkommen</i>	16,5

VGR-Verwendungsrechnung

In diesem Berechnungsteil wird die Verwen-

dung des Bruttosozialprodukts für Konsum- und Investitionszwecke in den Sektoren der Volkswirtschaft aufgezeigt. Hierbei werden u. a. Ausgabenströme für den privaten Verbrauch, den Staatsverbrauch sowie Investitionen für Gebäude und dauerhafte Anlagegüter nachgewiesen. Sie geben damit Informationen über Kaufentscheidungen bei der Einkommensverwendung und die Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen für den Endverbrauch wieder. Es lassen sich danach Konsum- und Investitionsquoten ermitteln, Käufe für die private Lebenshaltung, den öffentlichen Bedarf sowie zur Ausstattung des Produktionspotentials berechnen und z. T. Aussagen über den Außenbeitrag einer Volkswirtschaft an andere Regionen ableiten.

Mrd. DM
(1981)

<i>Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen</i>	23,4
<i>Privater Verbrauch</i>	14,8
<i>Staatsverbrauch</i>	5,1
<i>Brutto-Anlageinvestitionen</i>	5,5
<i>Restposten (Saldo) aus Außenbeitrag, Vorratsänderungen, stat. Abstimmposten¹⁾</i>	— 2,0

1) Ein negativer Gesamtsaldo kann vorwiegend aus einem negativen Außenbeitrag resultieren. In diesem Falle haben die Wirt-

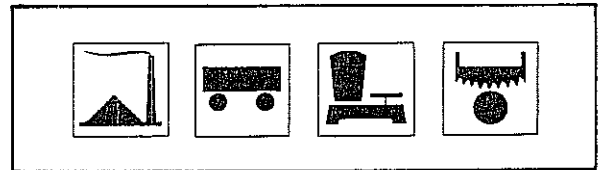
schaftseinheiten der betr. Region im angegebenen Berichtsjahr mehr Güter und Leistungen in Anspruch genommen als sie selbst erwirtschaftet haben. Der Ausgleich hierzu ist in früheren oder späteren Perioden bzw. über entsprechende Finanztransaktionen gegeben.

Das abgestimmte Rechenverfahren unter den Statistischen Ämtern ermöglicht es, sowohl aktuelle vorläufige Ergebnisse als auch tiefgegliederte und besser gesicherte Ergebnisse zu berechnen, die man unter Einbeziehung später anfallender Daten aus mehrjährigen Erhebungen ermittelt. Die Berechnungen erfolgen daher in mehreren Stufen auf Fortschreibungsbasis sowie als Originärrechnung mit endgültigen Ergebnissen. Neben Werten in jeweiligen Preisen des Berichtsjahres werden auch Ergebnisse in konstanten Preisen eines bestimmten Bezugsjahres vorgelegt, um Preisniveauverschiebungen feststellen und entsprechende Einflüsse auf gesamtwirtschaftliche Größen bewerten zu können. Größere methodische Umstellungen des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Änderungen der Preisbasis oder Anpassungen an internationale Rechensysteme führt die amtliche Statistik in mehrjährigen Zeitabständen anlässlich einer Revision durch. Dabei wird auch neueres statistisches Material aus Großzählungen und besonderen Bereichsstatistiken in die Berechnungen einbezogen.

Arbeitsstättenzählung

Neben einzelnen Fachstatistiken, die laufende

Informationen aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen liefern, ist in gewissen Zeitabständen auch eine **allgemeine Arbeitsstättenzählung** erforderlich. Hiermit wird eine umfassende Bestandsaufnahme der Arbeitsstätten aller Wirtschaftszweige vorgenommen. Die Arbeitsstättenzählung ermöglicht eine einheitliche systematische Gliederung und Darstellung in tiefer fachlicher und regionaler Zuordnung. Sie wird normalerweise alle 10 Jahre zusammen mit der Volks- und Berufszählung



durchgeführt, wie es den Empfehlungen der Europäischen Gemeinschaft und internationaler Organisationen entspricht. Dabei werden alle Arbeitsstätten mit Angaben über den Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, der Beschäftigtenzahl sowie den Löhnen und Gehältern erfragt. Ausgenommen sind die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die man in den Agrarstatistiken gesondert erfaßt. Die Arbeitsstättenzählung bezieht sich also sowohl auf den gewerblichen Sektor, als auch auf freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck, öffentliche Einrichtungen, Gebietskörperschaften usw., für die vergleichbare Daten nachgewiesen werden können. Die letzte Zählung 1970 umfaßte im Saarland 43 187 Arbeitsstätten mit zusammen 424 800

Beschäftigten. Die für 1983 vorgesehene Arbeitsstättenzählung wurde zusammen mit der geplanten Volkszählung ausgesetzt; sie findet voraussichtlich im Jahr 1986 statt, um neuere Ergebnisse über die Größenstruktur und regionale Verteilung der Arbeitsstätten bereitzustellen.

Gewerbestatistik, Grenzgängerstatistik, Saar-Lor-Lux-Konjunkturdaten

Eine periodische Auswertung der bei den Gewerbeämtern registrierten **Gewerbean- und -abmeldungen** ermöglicht Aussagen über die Zu- und Abgänge von Gewerbebetrieben. Diese Statistik umfaßt ca. 8 000 Meldungen jährlich. Nach einer Programmumstellung 1984 werden auch Informationen über einige Gründe zugänglich, die zur Eröffnung bzw. Schließung oder Änderung von Gewerbebetrieben geführt haben und somit die Fluktuationen beeinflussen. Zusätzliche Auswertungen, z. B. hinsichtlich eines zentralen Betriebsregisters oder einer umfassenden Bestandsstatistik lassen sich allerdings aus rechtlichen wie auch aus Kostengründen nicht realisieren. Neben der Auszählung der Gewerbemeldungen führt das Statistische Landesamt auch eine spezielle Statistik über **ausländische Beschäftigte und Grenzgänger** aus Frankreich durch. Die betreffenden Angaben machen jährlich die Unternehmen und Ar-

beitsstätten, die an Wirtschaftsstatistiken beteiligt sind und vor allem im grenznahen Raum liegen. Diese Erhebung vermittelt regelmäßig einen Überblick über Schwerpunkte der Beschäftigung von Ausländern und Grenzgängern in der saarländischen Wirtschaft und ergänzt somit die vorhandenen Erwerbstätigkeits- und Arbeitsmarktstatistiken. Ein neues Aufgabengebiet ergab sich schließlich für das Statistische Landesamt durch die Beteiligung an einem vierteljährlichen Zahlenspiegel mit **Konjunkturdaten des Grenzraumes Saar-Lor-Lux-Trier/ Westpfalz**. Mit dieser Veröffentlichung werden in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der benachbarten Regionen wichtige Eckzahlen über das Wirtschaftsgeschehen des Grenzraumes in einem gemeinsamen Statistischen Bericht in deutscher und französischer Fassung zur Verfügung gestellt.

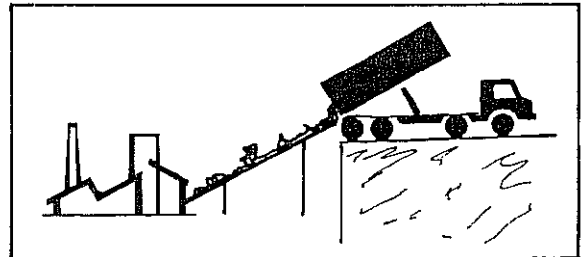
Umweltstatistiken

Als in den 70er Jahren umweltrelevante Fragen immer größere Bedeutung erlangten, erhöhte sich der Bedarf an entsprechenden Daten, die bislang weniger von der amtlichen Statistik, sondern größtenteils von anderen Stellen, insbesondere von Fachorganisationen oder aus naturwissenschaftlichen Einzeluntersuchungen zusammengetragen werden mußten. Der Mangel diesbezüglicher einheitlicher Bundesstatistiken wurde dabei sehr deutlich,

zumal bis dahin im Rahmen der amtlichen Statistik nur über einen relativ begrenzten Teilbereich des Umweltsektors, vor allem auf dem Gebiet der Wasserversorgung, berichtet wurde. Mit dem Umweltstatistikgesetz 1974 änderte sich die Situation. Es wurde eine größere Palette spezieller Statistiken geschaffen, die auch das Gebiet der Wassernutzung, Abwasserbehandlung und -beseitigung stärker einbezogen, vor allem aber Statistiken über die Abfallbeseitigung betrafen. Hinzu kamen Erhebungen über Investitionen für den Umweltschutz, die sich auf Anlagegüter für Zwecke des Umweltschutzes im Produzierenden Gewerbe beziehen. Ferner werden seither die Unfälle bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe registriert. Diese Statistiken liefern somit umfangreiche Informationen über die Umweltbelastung, wobei sich teilweise eine Verknüpfung mit anderen Wirtschaftsstatistiken ermöglichen ließ.

Die Erhebungen über die Abfallbeseitigung stellen das mengenmäßige Abfallaufkommen, dessen Zusammensetzung nach Abfallarten und die Behandlung bzw. Beseitigung in entsprechenden Deponien, Verbrennungsanlagen usf. fest, und zwar im Rahmen der öffentlichen Müllentsorgung wie der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe. Es werden Zusammenhänge zwischen Abfallentstehung und -entsorgung auf regionaler und überregionaler Ebene aufgezeigt. Die Wasser- und Abwasserstatistiken erfassen ebenfalls im öffent-

lichen Bereich und beim Produzierenden Gewerbe Angaben über die Wassergewinnung, den Wasserbezug, die Abgabe an Letztverbraucher, die betriebliche Nutzung usf., wobei auch Beschaffenheitsmerkmale erhoben werden. Der Nachweis über Abwasserbehandlung und -beseitigung vermittelt eine Übersicht über die Belastung der Vorfluter durch Einleitungen von gewerblichen und häuslichen Abwässern. Dabei werden Angaben zu den



Behandlungsanlagen, Schädlichkeitsmerkmale der Abwassermengen sowie Schlammanfall und -beseitigung gewonnen. Die Investitions-erhebungen zeigen die Anstrengungen der Betriebe auf, negative externe Effekte für die Umwelt zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Den Auskunftspflichtigen zu den Umweltstatistiken werden seit 1975 in verstärktem Maße Daten abverlangt, die teilweise schwierig zu ermitteln oder nicht dem Rechnungswesen zu entnehmen sind und ggf. geschätzt werden müssen. Am Beispiel der Umweltstatistiken wird erkennbar, wie das Erhebungsprogramm der amtlichen Statistik sich nach den Erfordernissen aktueller gesellschaftlicher Themen

richtet und sich neuen Aufgaben zuwendet. Nach einer mehrjährigen Anlaufphase der Umweltstatistiken, die eine nur schwer zugängliche Materie zu bearbeiten und systematisch zu gliedern haben, ist seit Anfang der 80er Jahre eine Konsolidierung und Verbesserung des Zuverlässigkeitsgrades dieser Statistiken zu beobachten. Die Neufassung der Rechtsgrundlage 1980 sowie Umstellungen 1984 haben einige Randbereiche der Betriebserhebungen vereinfacht und die zeitliche Verteilung der größeren Statistiken auf die einzelnen Erhebungsjahre geändert. Nicht zum Erhebungsprogramm der amtlichen Umweltstatistiken zählen wie bisher Messungen zur Luftverschmutzung, Klimadaten, Belastungen des Bodens, der Vegetation (z. B. Wald- und Flurschäden) oder der Tierwelt, die mit einem statistischen Instrumentarium allein nicht erfaßt werden könnten. Diese Arbeitsgebiete obliegen den zuständigen technischen Einrichtungen, Forschungsanstalten und Fachbehörden des Bundes und der Länder sowie entsprechenden Stellen auf regionaler Ebene.

Finanzen, Steuern, Preise und Löhne, Krebsregister

Schon der Name macht deutlich, womit sich die in dieser Abteilung zu bearbeitenden Statistiken überwiegend beschäftigen. Mit Ausnahme des Sonderreferates "Krebsregister" und der Bautätigkeitsstatistiken geht es bei allen Erhebungen und Auswertungen um die Erfassung und Beobachtung von in Geldeinheiten dimensionierten Größen. Die Bewegung von Geldströmen und finanzielle Transaktionen sowie ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen sollen statistisch transparent gemacht werden.

Finanziellen Transaktionen liegen oft direkt zu-rechenbare reale Vorgänge zwischen Wirtschaftssubjekten zugrunde (z. B. Kauf und Verkauf von Gütern und Diensten). Daneben gibt es aber auch eine Vielzahl monetärer Ströme, bei denen andere, nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Zahlung stehende Sachverhalte ausschlaggebend sind (z. B. Steuereinnahmen des Staates, Wohngeldzahlungen an sozial Bedürftige). Rechtliche Basis für die finanziellen Leistungen der erstgenannten Kategorie sind in der Regel Verträge zwischen einzelnen Wirtschaftssubjekten (z. B. Kaufverträge) oder ihren institutionellen Interessenvertretern (z. B. Tarifver-

träge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden). Auslösend für Zahlungsvorgänge der zweiten Art sind Rechtsvorschriften (Gesetze, Rechtsverordnungen, Verfügungen), auf die die Zahlungspflichtigen keinen direkten Einfluß ausüben und die durch hoheitliche Akte festgelegt werden. Ihre Entstehung ist an das Vorliegen bestimmter Tatbestände geknüpft.

Aus diesen Überlegungen wird folgendes deutlich:

Die finanziellen Verflechtungen privater Wirtschaftssubjekte (private Haushalte und Unternehmungen) beruhen grundsätzlich auf vertraglichen Vereinbarungen. Sie sind der Gegenwert für die Hingabe von Gütern und Diensten oder für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln (z. B. Zinszahlung und Tilgung von Darlehen). Die monetären Beziehungen zwischen privatem und öffentlichem Sektor einerseits sowie die Zahlungsvorgänge innerhalb des öffentlichen Bereichs zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften andererseits werden durch Bestimmungen von Parlamenten oder Verwaltungen als Trägern hoheitlicher Funktionen induziert.

Bereits diese kurzen Ausführungen lassen erahnen, wie komplex und vielfältig ökonomische und gesellschaftliche Relationen und ihre finanzielle Ausgestaltung in einem marktwirtschaftlich organisierten demokratischen Gemeinwesen sind. Es ist Aufgabe der ökonomischen Theorie, dieses scheinbar unentwirrbare Dickicht in eine sinnvolle Ordnung zu bringen. Mit Hilfe zutreffender Erklärungsmodelle sollen geeignete Entscheidungsalternativen für die gewünschte Beeinflussung bestimmter ökonomischer und sozialer Entwicklungen aufgezeigt werden. Danach kommt es der Politik zu, hieraus zieladäquate und praktikable Maßnahmen abzuleiten.

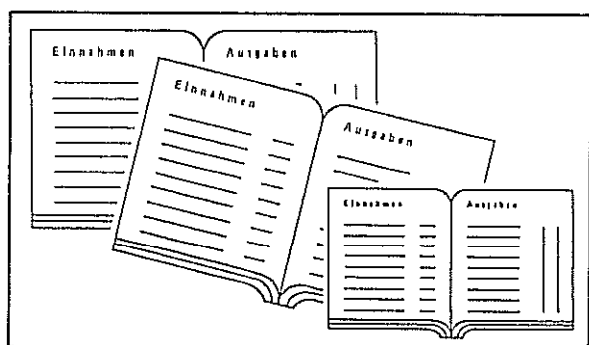
Hier setzt nun die Statistik an. Der Politiker, aber auch die Wirtschaftssubjekte wie private Haushalte und Unternehmungen sowie die öffentliche Verwaltung benötigen für ihre Entscheidungen ein fundiertes, aussagefähiges Zahlengerüst, das ihnen ermöglicht, die vorhandenen knappen Ressourcen bestmöglich einzusetzen. Die Statistiken, die sich mit der Erfassung monetärer Strömungs- und Bestandsgrößen befassen, sollen dazu dienen, den über einer Volkswirtschaft liegenden "Geldschleier" zu durchleuchten und seine Gesetzmäßigkeiten zu beschreiben. Beispielshaft seien hier der Anschaulichkeit halber nur einige wenige Begriffe genannt: Einkommen, Privater Verbrauch, Ersparnis, Löhne, Gehälter, Preise, Steuereinnahmen, Verbrauchsausgaben des Staates, Öffentliche Investitionen,

private und öffentliche Schulden usw..

All diese und eine Reihe anderer wirtschaftlicher und sozialer Merkmale werden in amtlichen Statistiken erhoben. Die folgenden Abschnitte, die sich an der referatsmäßigen Gliederung dieser Abteilung orientieren, geben dazu überblickartig die wichtigsten Informationen zum Verständnis dieses Teilbereichs der amtlichen Statistik. Vervollständigt wird der Überblick zu dieser Abteilung durch ein kurzes Kapitel über die Bautätigkeitsstatistik und eine Einführung in die Methoden und Ziele des Saarländischen Krebsregisters.

Öffentliche Finanzen

Die finanzielle Lage des Staates hat in der öffentlichen Diskussion immer schon einen breiten Raum innegehabt. Nicht nur im Wahlkampf oder in einer Haushaltsdebatte spielen Begriffe wie Gewerbesteuerhebesatz, Subventionen, Hundesteuer oder Staatsverschuldung eine wesentliche Rolle; Themen wie Krankenhausfinanzierung, Kraftfahrzeugsteuer, Sozialhilfe oder Staatsdiener gehören heute zum alltäglichen Sprachgebrauch.



Oft kommt es darauf an, daß die Daten über die öffentliche Finanzwirtschaft kurzfristig verfügbar sein müssen. Diesem Zweck dient die **vierteljährliche Kassenstatistik**. Bund und Länder, Kreise und Gemeinden haben unmittelbar nach Abschluß eines jeden Quartals ihre Kassenbücher offenzulegen und anzugeben, welche Arten von Einnahmen und Ausgaben in welcher Höhe getätigt wurden, wie sich der Schuldenstand entwickelt hat oder wie die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer

festgesetzt wurden. Wie bei den meisten anderen Erhebungen in der Finanzstatistik melden der Bund und die Länder ihre Ergebnisse direkt an das Statistische Bundesamt, während die Gemeinden und Gemeindeverbände die ausgefüllten Erhebungsbogen an ihr Statistisches Landesamt schicken, wo die Daten zusammengeführt und weiterverarbeitet werden, bis sie aufsummiert und vorschriftsmäßig gegliedert dann ebenfalls dem Bundesamt zugehen.

Mit der vierteljährlichen Kassenstatistik verfügt die Finanzstatistik über ein Instrument zur aktuellen Konjunkturbeobachtung. Steueraufkommen, öffentliche Investitionen, Zinsausgaben — rund 70 Positionen im kommunalen Bereich und 120 Positionen auf Bundes- und Länderebene sind rasch zusammengestellt und können den interessierten Stellen mitgeteilt werden. So ist die Kassenstatistik auch für das Funktionieren des Staates mit verantwortlich, wenn es beispielsweise um den Länderfinanzausgleich oder den kommunalen Finanzausgleich geht, zu deren Durchführung das Aufkommen verschiedener Steuerarten, die Gewerbesteuerumlage, die Kreisumlage, die landesdurchschnittlichen Realsteuerhebesätze und etliche andere finanzstatistische Daten kurzfristig bekannt sein müssen.

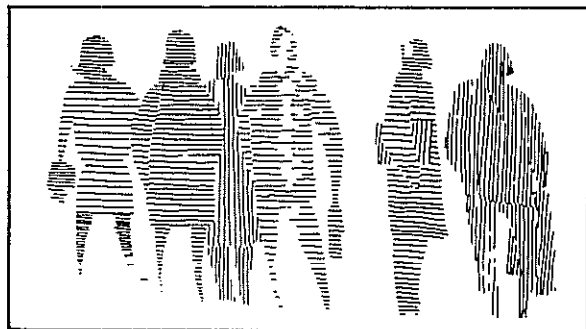
Ein anderes gedankliches Konzept liegt der **Jahresrechnungsstatistik** zugrunde. Sie

zielt darauf ab, die öffentlichen Finanzen ihrer Struktur nach in einer tiefen Gliederung darzustellen. Neben den Gebietskörperschaften müssen auch andere öffentliche Institutionen wie z.B. Zweckverbände, Sozialversicherungsträger und öffentliche Krankenhäuser jährlich nach Fertigstellung des Haushaltsabschlusses ihre Ist-Einnahmen und -Ausgaben dem Statistischen Amt mitteilen. Wesensmerkmal der Jahresrechnungsstatistik ist die Zuordnung der Haushaltsbeträge nach Aufgabenbereichen; sie fragt also nach dem Verwendungszweck einer Einnahme oder Ausgabe. Wegen dieses enormen Datenumfangs — bei den Gemeinden z.B. rund 200 Einnahme- und Ausgabearten, kombiniert mit 100 Aufgabenbereichen — kann die Jahresrechnungsstatistik natürlich nicht so aktuell sein wie die Kassenstatistik. Sie bietet aber ein wesentlich größeres Spektrum an Informationen und ist allein geeignet, finanzstrukturellen Untersuchungen das notwendige Datenmaterial zu beschaffen.

Die Prinzipien einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung verlangen von den Gebietskörperschaften jährlich eine Aufstellung ihrer voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben, und zwar jeweils für eine fünfjährige Veranschlagungsperiode (mittelfristige Finanzplanung). Hier greift die **Finanzplanungsstatistik** ein. Sie erfaßt auf der staatlichen Ebene ca. 120 Ausgabe- und Einnahmepositionen sowie einen Haushaltsquerschnitt nach Aufgabenbe-

reichen. Das kommunale Planungsmuster enthält rund 85 zusammengefaßte Ausgabe- und Einnahmearten sowie die geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen für etwa 30 Aufgabenbereiche in sämtlichen Einzelplänen. Die Ergebnisse der Finanzplanungsstatistik vermitteln einen ersten Eindruck von der voraussichtlichen Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Veränderung repräsentativer Budgetpositionen. Um diesem Zweck gerecht zu werden, ist eine frühzeitige Meldung der Planungsdaten unabdingbar.

Der Sektor "Staat" ist der größte Arbeitgeber im Lande. Bund, Länder und Gemeinden verwenden ein Viertel ihrer Ausgaben Summe für ihr Personal (1982 fast 200 Milliarden DM).



Angesichts dieser Größenordnung ist die Kenntnis über Anzahl und Personalstruktur der öffentlich Bediensteten unbedingt erforderlich, wenn z.B. aufgrund einer Tarifierhöhung die voraussichtlichen Mehrausgaben er-

rechnet werden sollen. Am 30. Juni eines jeden Jahres wird daher der **Personalstand im öffentlichen Dienst** erhoben, und zwar innerhalb der Beschäftigungsbereiche jährlich nach Dienstverhältnissen (Beamte einschließlich Richter, Angestellte, Arbeiter), alle drei Jahre zusätzlich nach Geschlecht, Laufbahngruppen und Einstufungen und alle neun Jahre darüber hinaus nach dem Alter der Beschäftigten. Ergänzende Hinweise zur Personalstandserhebung vermittelt die **Statistik der Versorgungsempfänger**. Sie erfaßt jährlich zum 1. Februar die Anzahl der Empfänger von Ruhegehalt, von Witwen- und von Waisengeld.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand ist in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung zu einem brisanten Thema geworden. In der Vierteljahresstatistik wird der Schuldenstand zur aktuellen Berichterstattung erfragt; nach Ablauf des Jahres wird sie vervollständigt durch die **Statistik über die öffentliche Verschuldung**. Aus ihr ist abzulesen, wie hoch die öffentlichen Haushalte verschuldet sind, welche Kreditaufnahmen und Tilgungen sie bei welchem Darlehensgeber getätigt haben und welche Laufzeiten und Fälligkeiten vereinbart wurden. Ein markantes Beispiel zur Anwendung dieser Statistik ist die "Pro-Kopf-Verschuldung", mit der sich einzelne Bundesländer oder einzelne Gemeinden untereinander messen — eine, wenn auch nicht ganz unumstrittene, so doch beliebte und gebräuchli-

che Kennzahl.

Mit der **Bilanzstatistik der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen** wird die Statistik der öffentlichen Finanzen abgerundet. Staatliche und kommunale Betriebe aus den Bereichen "Versorgung" und "Verkehr" legen jährlich ihre Bilanz sowie ihre Gewinn- und Verlustrechnung vor. Die gewonnenen Daten vermitteln einen Einblick in die wirtschaftliche Lage der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie der öffentlichen Verkehrsbetriebe.

Im Saarland gibt es über 6 000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung und rund 40 Aktiengesellschaften. Mit ihnen beschäftigt sich die **Statistik der Kapitalgesellschaften**. Aufgrund der Handelsregistereintragungen bei den Amtsgerichten werden ihre Anzahl und ihr Nominalkapital monatlich fortgeschrieben. Die Ergebnisse bestätigen den seit Jahren nahezu ungebremsten Drang zur haftungsrechtlich beliebten Form der GmbH. Die Zu- und Abgänge innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche verdeutlichen den Strukturwandel in unserer Volkswirtschaft, denn sie weisen nach, welche Branchen im Lauf der Zeit an Bedeutung gewinnen oder verlieren.

Manches Unternehmen scheidet aus dem Markt, weil es zahlungsunfähig oder überschuldet, also pleite, ist. Dann erscheint es in der **Statistik der Zahlungsschwierigkeiten**. Von den Amtsgerichten werden auch

natürliche Personen, Nachlässe und Vereine mitgeteilt, sobald ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren gegen sie beantragt wurde. Die insolventen Unternehmen werden statistisch erfaßt nach Rechtsform, Wirtschaftsbe-
reich, Alter, Handwerkseigenschaft sowie vor-
aussichtlicher Höhe der Schulden. Damit
dient auch diese Statistik als eine Art Konjunkturbarometer.

Steuerstatistiken

Um seine Dienstleistungen zur Deckung des öffentlichen Bedarfs zur Verfügung zu stellen, braucht der Staat Geld. Zur Deckung seiner Ausgaben bedient er sich in erster Linie der Steuereinnahmen. Die Ergebnisse der Steuerstatistiken sind den Parlamenten Orientierungsmaßstab und Entscheidungsgrundlage für die Finanz- und Steuerpolitik. Sie liefern ihnen detaillierte Informationen über die Umsätze und Einkünfte der Unternehmen und freien Berufe in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen der Volkswirtschaft und geben Auskunft über die Einkommen aus selbständiger und nichtselbständiger Arbeit, über die Vermögensbildung und -streuung sowie über Ertrag und Kapitalausstattung der Gewerbebetriebe. Das Zahlenmaterial wird auch zur Beurteilung der Wirtschaftsstruktur und -entwicklung verwendet.

Die Steuerstatistiken sind Sekundärstatisti-

ken, denn sie benutzen für ihre Zwecke die in den Bestimmungsvorgängen der Finanzverwaltung anfallenden Daten.

Einen Überblick über das gesamte Einkommen einer Volkswirtschaft, soweit es steuerlich erfaßt wird, liefern Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistiken. Wegen des großen Umfanges der Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten werden sie nur in dreijährigen Abständen durchgeführt.

Steuerpflichtige im Saarland

<i>Lohnsteuer</i>	1980: 314 699
<i>Einkommensteuer</i>	1980: 158 907
<i>Körperschaftsteuer</i>	1980: 2 112

Die **Statistiken der Lohn- und Einkommensteuer** geben einen umfassenden Überblick über die Höhe, Verteilung und die Besteuerung des Bruttolohns der veranlagten und nicht veranlagten Arbeitnehmer sowie des steuerlich erfaßten und veranlagten Einkommens der natürlichen Personen. Die Lohnsteuerstatistik dient zur Festlegung der den Wohnsitzländern zustehenden Lohnsteuerbeträge und zusammen mit der Einkommensteuerstatistik als Grundlage für die Ermittlung der Schlüsselzahlen zur Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer.

Als Erhebungsunterlagen für die Lohnsteuer-

statistik dienen die Magnetbänder der Finanzverwaltung als Träger von Daten der Lohnsteuerpflichtigen mit maschinellern Lohnsteuer-Jahresausgleich und maschineller Einkommensteuer-Veranlagung sowie die Lohnsteuerkarten der übrigen Lohnsteuerpflichtigen. Die Einkommensteuerstatistik übernimmt die Magnetbänder mit den Ergebnissen der maschinellen Einkommensteuerveranlagung aufgrund der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständiger sowie nichtselbstständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie der sonstigen Einkünfte.

Die Ergebnisse beider Statistiken ermöglichen Analysen der Einkommensverteilung bis hinunter zu den kleinsten Verwaltungseinheiten, ohne Inanspruchnahme der Steuerpflichtigen und unter Wahrung des Steuergeheimnisses. Eine einheitliche Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach der Höhe ihrer steuerlichen Einkünfte liefert die Daten zur Darstellung der Einkommensverteilung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Das Einkommen der nicht natürlichen oder auch juristischen Personen wird in der **Körperschaftsteuerstatistik** erfaßt; hierzu werden die Ergebnisse der Körperschaftsteuerveranlagung ausgewertet. Als Erhebungsunterlagen dienen die Durchschriften der Steuerbescheide bzw. Feststellungsbescheide der von den Finanzämtern veranlagten Körperschaf-

ten, Personenvereinigungen und Vermögensmassen; sie sind aus Gründen der Wahrung des Steuergeheimnisses ebenfalls anonymisiert.

Der alle zwei Jahre durchzuführenden **Umsatzsteuerstatistik** liegen die vom Steuerpflichtigen abzugebenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen zugrunde, die dem Statistischen Landesamt in Form maschineller Datenträger zur Auswertung überlassen werden. Die Anknüpfung an das Voranmeldungsverfahren erfolgt, um möglichst rasch Ergebnisse vorlegen zu können. Dies wäre nicht möglich, wenn erst die Veranlagung abgewartet werden müßte. Die Umsatzsteuerstatistik umfaßt nicht alle Unternehmen und auch nicht den gesamten wirtschaftlichen Umsatz. Sie beschränkt sich in Anlehnung an die steuerlichen Gegebenheiten auf die Erfassung der Unternehmen mit steuerbarem Jahresumsatz über 20 000 DM. Ausgeschlossen bleiben auch die Umsätze derjenigen Unternehmen, die wegen hoher steuerfreier Umsätze keine Voranmeldung abzugeben haben, wie steuerfreie Banken- und Versicherungsumsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen.

Als Umsatzsteuerpflichtige gelten die Unternehmen. Dadurch sind die Umsätze außer-saarländischer Zweigbetriebe saarländischer Unternehmen in den saarländischen Ergebnissen enthalten, dagegen nicht die Umsätze der im Saarland gelegenen Filialen von Unternehmen mit Hauptsitz in einem anderen Bundes-

land.

In Verbindung mit der Hauptveranlagung zur Vermögensteuer und der Hauptfeststellung der Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens wird alle drei Jahre die **Vermögens- und Einheitswertstatistik** durchgeführt. An Hand der Durchschriften der Steuer- und Feststellungsbescheide wird das Vermögen aller natürlichen und nicht natürlichen Personen in der Gliederung, wie sie sich aus dem steuerlichen Berechnungsgang ergibt, ermittelt und aufbereitet. Die Vermögensteuerstatistik liefert so Aufschluß über die Vermögensarten, die Abzugsbeträge und die Steuerschuld nach Vermögensgruppen sowie in sozioökonomischer Gliederung bei den nicht natürlichen Personen auch nach Rechtsformen.

Die Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe informiert über Größe und Aufbau des in den Unternehmen investierten Vermögens und über die Finanzierung dieser Vermögensanlagen. Bewertungsmaßstab ist der Teilwert; dies ist der Betrag, den ein Erwerber des gesamten Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut einsetzen würde, wenn er das Unternehmen fortführte.

Die Entwicklung der Bilanzrelationen, insbesondere die Eigenkapitalquote, dient als allgemeiner Gradmesser der wirtschaftlichen Lage

der nach Einheitswertgruppen, Rechtsformen und Wirtschaftszweigen gegliederten Unternehmen im Rahmen der Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Situation.

Gebäude und Wohnungen

In der Bundesrepublik Deutschland soll im April 1986 im Rahmen der Volkszählung wieder eine **Gebäude- und Wohnungszählung** stattfinden. Eine letzte Bestandsaufnahme dieser Art wurde im Herbst 1968 durchgeführt. Eine für das Jahr 1975 vorgesehene Zählung scheiterte an der Finanzlage der öffentlichen Haushalte.

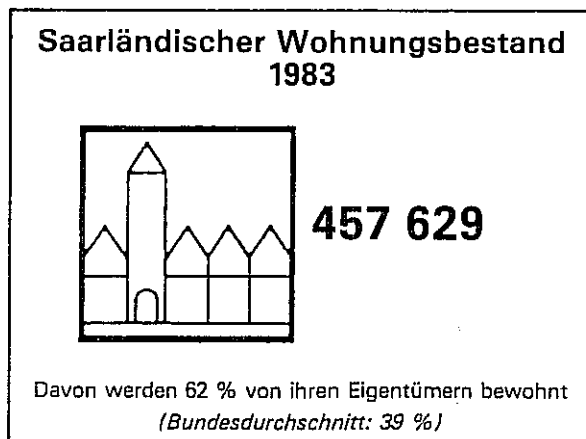
Die Merkmale des Erhebungsprogramms erlauben — auch auf unterer regionaler Ebene — eine Beurteilung von Umfang, Struktur und Veränderung des Wohnungsbestandes.

Durch die Zählung wird der Gesamtbestand an Gebäuden und Wohnungen aufgenommen. Die Ergebnisse liefern aufschlußreiches Material über den Wohnungsbestand nach Gebäudetypen, Wohnungsgrößenklassen und Baualtersgruppen, die Wohnparteien nach ihrer Größe, der Art der Unterbringung, den Besitzverhältnissen und der Zahl der verfügbaren Räume, die Mieten nach Wohnungsgrößenklassen und Baualtersgruppen.

Die Gebäude- und Wohnungszählung in die-

ser Form enthält damit alle Daten über Gebäude und Wohnungen, die zur Beurteilung der verschiedenen Aspekte des Wohnungsmarktes und zur Beurteilung der Wohnsituation der Bevölkerung in Stadt und Land erforderlich sind.

Die Informationen tragen dazu bei, die knappen Mittel der öffentlichen Hand, die für wohnungspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen, möglichst effizient einzusetzen.



Neben diesen Totalerfassungen von Gebäuden und Wohnungen, die sehr hohe Kosten verursachen, werden im Abstand von etwa 7 Jahren **Wohnungsstichproben** durchgeführt. Die letzte Wohnungsstichprobe fand im Mai 1978 statt. Die Ergebnisse dieser Stichproben sollen Verwaltung und Wirtschaft zwischen zwei Totalzählungen mit geringem Aufwand aktuelle Erkenntnisse über Strukturen und Tendenzen am Bau- und Wohnungsmarkt

vermitteln. In der Stichprobe 1978 wurden die Gebäude mit Wohnraum mit einem Auswahl-satz von 1 % erhoben.

Wie für die Bevölkerungszahlen gibt es auch für die Gebäude und Wohnungen eine Fortschreibung auf der Basis der letzten Gebäude- und Wohnungszählung von 1968 an Hand der Daten der Bautätigkeitsstatistik, die die Zugänge an Gebäuden und Wohnungen erfaßt. Weitere wichtige Tatbestände für die exakte Fortschreibung von Gebäuden und Wohnungen sind aber auch die Abgänge in Form von Widmungen und Zusammenlegungen von Wohnungen sowie die Abbrüche von Gebäuden.

Die Ergebnisse der jährlichen **Bautätigkeitsstatistiken** vermitteln einen Überblick über das jeweilige aktuelle Baugeschehen und bilden die Grundlage für Planungszwecke der Raumordnung und des Städtebaus. So ergibt sich aus der Kombination der Basisdaten über Zahl der Gebäude, Wohnungen und Angaben zu Flächen, Rauminhalt, Kosten und Bauherren ein Gerüst von Eckdaten für Planungsaufgaben. Die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik ergeben damit ein Bild über die Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung sowie über die Art und den Umfang von Nichtwohngebäuden. Die Ergebnisse sind ein mittelfristiger Konjunkturindikator, da die Baugenehmigungen für Neubauten sowie für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden Aufträge an die Unternehmen der Bauwirtschaft und damit

Nachfrage nach Bauleistungen zur Folge haben.

Die Bautätigkeitsstatistik knüpft unmittelbar an die von den Bauaufsichtsbehörden erteilten Baugenehmigungen an und verfolgt die Bauvorhaben des Wohn- und Nichtwohnbaues bis zur Fertigstellung; sie liefert also Angaben über die genehmigten und fertiggestellten Bauvorhaben, den Baufortschritt am Jahresende und die Abgänge von Gebäuden und Gebäudeteilen. Auskunftspflichtig sind die Bauherren oder stellvertretend die von ihnen mit der Baubetreuung Beauftragten sowie die Bauaufsichtsbehörden und — für bestimmte Erhebungsmerkmale — auch die Gemeinden. Die Bauherren bzw. die mit der Baubetreuung Beauftragten (Architekten) übernehmen die Ausfüllung des Erhebungsbogens, der mit dem Bauantrag der Bauaufsichtsbehörde eingereicht wird. Diese überprüft bzw. vervollständigt die Angaben anhand der Bauunterlagen und übersendet nach erteilter Baugenehmigung die Erhebungsbogen an das Statistische Landesamt.

Die Wohnungsbauförderung im sozialen Wohnungsbau durch Zins- und Tilgungszuschüsse, öffentliche Baudarlehen, Aufwendungsbeihilfen u. ä., die an das Bauobjekt gebunden sind, wird in der **Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau** dargestellt. Ihre Aufgabe ist es, die Wirkung der wohnungspolitischen

Maßnahmen der öffentlichen Hand zur Belebung des sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage zu messen.

Daneben ist das Wohngeld ein auf den Wohnungsinhaber abstellendes Instrument zur sozialen Absicherung marktwirtschaftlich orientierter Wohnungspolitik. Es dient dem Zweck, einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ein angemessenes, familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. Die **Wohngeldstatistik** trifft Aussagen über die persönlichen und sachlichen Verhältnisse der Wohngeldempfänger, über deren Anträge sowie die entsprechenden Entscheidungen nach dem Wohngeldgesetz, die für die Berichterstattung, die Beurteilung der Auswirkungen dieses Gesetzes und zu seiner Fortentwicklung erforderlich sind.

Preise und Preisindizes

Der einzelne, der private Haushalt, hat für Güter, die er benötigt, einen Preis zu zahlen. Es sind dies nicht nur Güter des Grundbedarfs wie Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnung, Beheizung, sondern auch die des sogenannten elastischen Bedarfs wie Erholung, Bildung, Reisen, Haushaltsgegenstände, Versicherungsleistungen usw.. Der Maßstab, der die Entwicklung all dieser Preise mißt, ist der **Preisindex für die Lebenshaltung**.

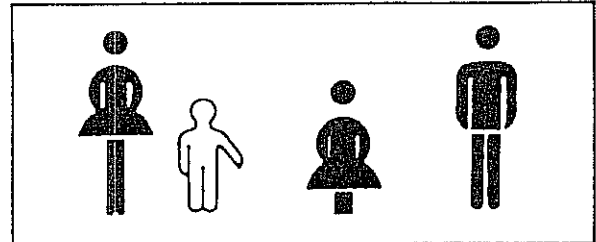
Dieser Indexwert, der als Barometer für Infla-

tion und Geldentwertung gilt, wird für das gesamte Bundesgebiet wie auch in einzelnen Bundesländern berechnet.

Das Statistische Amt des Saarlandes hat zu Beginn des Jahres 1957 im Hinblick auf die zu erwartende Eingliederung in den deutschen Wirtschaftsraum und die damit verbundene Anpassung an die bundesdeutsche Statistik eine umfassende Einzelhandelspreiserhebung eingerichtet. Damit war es möglich, den bisher nur für die Stadt Saarbrücken errechneten Preisindex für die Lebenshaltung auf Landesebene zu erweitern. Aufgrund dieser Ausweitung der Statistik der Verbraucherpreise wurden nun Durchschnittspreise einer Auswahl von repräsentativen Waren und Dienstleistungen für das ganze Landesgebiet ermittelt.

Bei der repräsentativen Auswahl der Berichtsgemeinden berücksichtigte das Statistische Amt die Bevölkerungszahl und die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden und Kreise entsprechend. Im Saarland sind Saarbrücken, Neunkirchen, Völklingen, Homburg, Merzig, Saarwellingen, Wadern, Heusweiler und Tholey in diese Statistik einbezogen. Um einen aussagefähigen Preisindex für die Lebenshaltung berechnen zu können, werden in diesen Gemeinden die Preise für etwa 750 Indexpositionen monatlich ermittelt und anschließend vom Statistischen Landesamt zu Landesdurchschnittspreisen zusammengefaßt. Unter Verwendung des bundeseinheitlichen Wä-

gungsschemas erfolgt dann die Berechnung des **Preisindex der Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts** mit mittlerem Einkommen für das Saarland.



Im Zuge der Anpassung der saarländischen Statistik an die Bundesstatistik wurde nach Angleichung der Indexberechnungen für die Lebenshaltung auch mit der vierteljährlichen Erhebung der **Preise für die Bauleistungen** und der Berechnung eines "Baupreisindex" begonnen. Außerdem werden seit Juli 1961 die durchschnittlichen **Kaufwerte für Bauland** statistisch erfaßt. Diese beziehen sich auf die Kauffälle unbebauter Grundstücke, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden.

Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Woher die privaten Haushalte ihr Geld beziehen und für welche Zwecke sie es ausgeben, das sind zentrale Fragen im Hinblick auf die Wirtschaftsbeobachtung; denn Konsum- und

Sparverhalten beeinflussen nachhaltig das wirtschaftliche Geschehen.

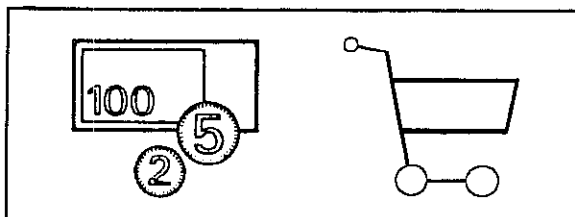
Im Jahr 1981 belief sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte im Saarland auf 16,5 Milliarden DM; 89 % davon flossen in den privaten Verbrauch!

Nur wenn man weiß, aus welchen Quellen die Haushalte ihr Einkommen beziehen, wie sie ihr Geld ausgeben, wieviel und in welcher Form sie sparen, was sie an Steuern und Versicherungsbeiträgen zu zahlen haben, kann man die voraussichtliche Wirkung von Maßnahmen der Konjunktur-, Preis- und Sozialpolitik abschätzen.

Für die Gesamtheit der privaten Haushalte liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Globaldaten. Einblicke in die Struktur des einzelnen Haushalts und seine Einnahmen und Ausgaben vermitteln die Wirtschaftsrechnungen. Dazu werden in der amtlichen Statistik bundesweit zwei verschiedene Erhebungen durchgeführt, die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe** und die **laufenden Wirtschaftsrechnungen**.

Bei der ersteren führen rund 1 000 saarländische Haushalte — im gesamten Bundesgebiet sind es rund 55 000 — ein Jahr lang freiwillig Buch über ihre Einnahmen und Ausgaben. Die Anschreibungen durch die Haushalte ermöglichen einen Einblick in die wirtschaftliche Lage

der Bevölkerung — vor allem über Einkommen, Verbrauch und Ersparnisbildung. Die Erhebung, die alle 5 Jahre durchgeführt wird, bildet dadurch eine wesentliche Grundlage für wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen.



Damit auch zwischen den Einkommens- und Verbrauchsstichproben aktuelle Angaben über Einnahmen und Ausgaben verfügbar sind, werden die laufenden Wirtschaftsrechnungen durchgeführt. Sie wenden sich im Saarland monatlich an knapp 30 Haushalte, die ebenfalls freiwillig Haushaltsbücher führen. Die Beobachtung beschränkt sich hierbei auf 3 wichtige Haushaltstypen.

Löhne- und Gehälter einschließlich Nebenkosten

Die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer ist sowohl für die gesamtwirtschaftliche Beobachtung als auch unter sozial- und konjunkturpolitischen Aspekten als eine der wichtigsten ökonomischen Größen von allgemeinem Interesse. Die Löhne und Gehälter der

unselbständig Erwerbstätigen sind einerseits als wichtiger Kostenfaktor für Wirtschaft und Staat, andererseits als entscheidender Verdienstoffaktor für die Masse aller Arbeitnehmer und damit für den privaten Verbrauch und die Spartätigkeit von gleich großer Bedeutung. Das Statistische Landesamt sieht es daher als eine seiner Aufgaben an, Datenmaterial zur Beurteilung der Entwicklung der Verdienstsituation zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Dazu werden verschiedene Stichprobenerhebungen durchgeführt:

- Die **laufende Verdiensterhebung** dient der kurzfristigen Beobachtung der Entwicklung von Effektivverdiensten und Arbeitszeiten für die in Industrie und Handel Beschäftigten. Arbeitszeiten und Verdienste werden jeweils für ganze Arbeitnehmergruppen in einer Summe erfaßt und hieraus Durchschnitte errechnet. Dies hat allerdings zur Folge, daß keine Aussagen über das Lohngefüge möglich sind.
- Daher wird diese laufende Verdiensterhebung durch eine in mehrjährigen Abständen durchgeführte **Lohnstrukturhebung** ergänzt. Hierbei handelt es sich um eine Individualerhebung, bei der die Angaben für jeden zu erfassenden Arbeitnehmer einzeln zu machen sind. Ziel dieser Befragung ist es, Datenmaterial über die Zusammenhänge zwischen der Höhe der Durchschnittsverdienste und den individuellen Merkmalen der Arbeitnehmer (Geschlecht,

Qualifikation, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Arbeitszeitregelung, Betriebsgröße usw.) sowie über die Streuung der Verdienste um den Mittelwert zu gewinnen.

- Da zu den Aufwendungen der Unternehmen und Betriebe nicht nur die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer gehören, sondern auch die Personalnebenkosten, die bis zu 40 % ausmachen können, wird zusätzlich eine **Arbeitskostenerhebung** durchgeführt. Das Interesse richtet sich hier auf Zahlenmaterial über Art und Umfang der gesamten Personalkosten, insbesondere der Personalnebenkosten. Es wird versucht, sämtliche Aufwendungen zu erfassen, die sowohl den einzelnen Arbeitnehmer als auch die Arbeitnehmerschaft insgesamt betreffen.

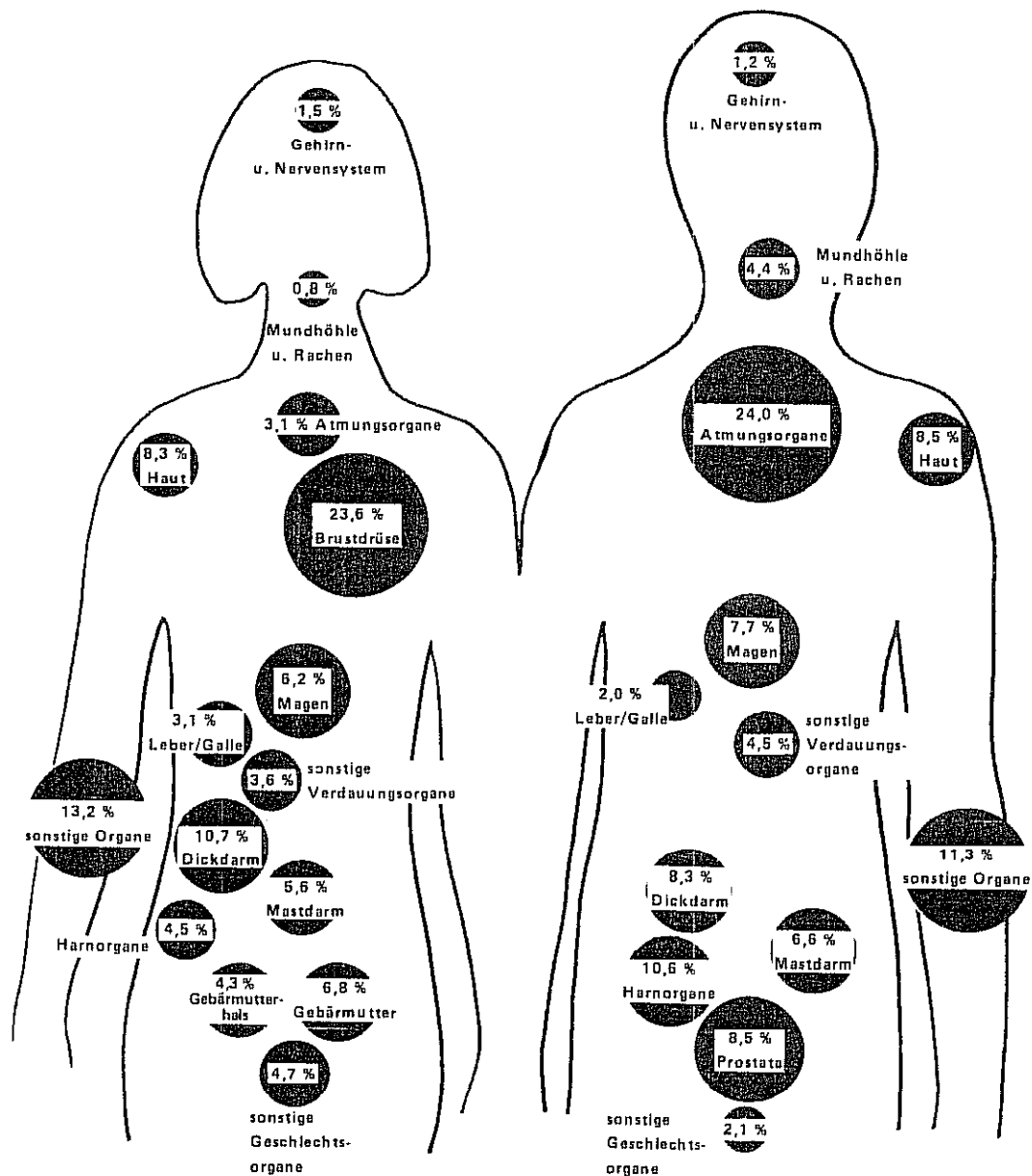
Krebsregister

Krebs ist neben den Herz- und Kreislauf-Erkrankungen die häufigste Todesursache. Bestimmte Krebsarten treten in manchen Gebieten der Welt sehr viel häufiger auf als in anderen. Warum? Welche Faktoren spielen bei den unterschiedlichen Verteilungsmustern der verschiedenen Krebsarten eine Rolle? Dies sind Probleme, denen die epidemiologische Krebsforschung mit Hilfe von **Krebsregistern** auf die Spur zu kommen versucht.

Die Einrichtung umfassender und leistungsfä-

**An bösartigen Neubildungen erkrankte Personen
Neuzugänge 1982**

— Organverteilung —



higer Krebsregister als nützliche, ja unentbehrliche Grundlage einer langfristig wirkungsvollen Krebsbekämpfung und -verhütung ist eine Forderung, die heute weltweit unbestritten ist.

Seit 1949, nachdem auf der 2. Weltgesundheitskonferenz in Rom auf die Dringlichkeit einer Krebskrankenstatistik hingewiesen worden war, bemühte sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO), ihre Mitgliedstaaten zur Errichtung solcher Register anzuregen. Diese Statistiken sollten in allen Ländern möglichst vergleichbar erstellt werden und Auskunft geben über

- die Arten der Erkrankung und deren Beziehung zu sozialen und umweltbedingten Faktoren,
- die Überlebens- und Heilungschancen, um damit verstärkt wirksame Maßnahmen ergreifen zu können,
- über die spezielle Ätiologie des Krebses.

Im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten einer einheitlichen Krebsstatistik für die Länder des Europarates war man übereingekommen, in allen beteiligten Ländern mindestens zwei regionale Krebsregister in die Arbeiten mit einzubeziehen. Neben dem bereits seit längerer Zeit bestehenden Register in Hamburg galt es, ein weiteres entsprechendes Gebietsregister einzurichten; es war naheliegend, neben ei-

nem Stadtstaat auch einen Flächenstaat zu den Erhebungen heranzuziehen. Aus mehreren Gründen schien das Saarland als abgeschlossene Region hierzu besonders geeignet, denn mit seiner Größe von gut 1 Million Einwohnern ist es überschaubar und eine Erfassung möglichst aller Krebserkrankungen mit angemessenem Aufwand durchaus realisierbar. Weiterhin weist das Saarland von der Struktur der Bevölkerung her alle Verteilungsmöglichkeiten auf, um repräsentativ für das übrige Bundesgebiet zu sein. So kam es in Zusammenarbeit mit den obersten Gesundheitsbehörden des Landes und des Bundes und der saarländischen Ärztekammer zur Errichtung des Saarländischen Krebsregisters, das in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 seine Arbeit aufnahm.

Was zunächst nur als Modell auf Zeit vorgesehen war, ist seit dem 1.1.1979 auf landesgesetzlicher Grundlage als dauerhafte Einrichtung beim Statistischen Landesamt verankert. In diesem Gesetz sind neben dem zu erhebenden Merkmalsprogramm spezielle, sehr restriktive Datenschutzvorschriften festgeschrieben, die für eine solche personenbezogene Erhebung äußerst wichtig sind.

Das Grundprinzip der Erfassung ist das Prinzip des Record-Linkage. Dies bedeutet, daß über die Erkrankung einer Person möglichst viele Daten erfaßt und zusammengeführt werden sollen, um ein genaues Bild des Krankheits- und Therapieverlaufes zu erhalten. Dazu ist es

erforderlich, alle verfügbaren Datenquellen auszuschöpfen.

Diese Quellen sind Krankenhäuser, Pathologische Institute, Radiologien und freipraktizierende Ärzte, woher die Meldungen auf freiwilliger Basis und ohne Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht ans Register eingehen.

Zur Zusammenführung der Informationen sowie zur Kontrolle auf Doppel-/Mehrfacherfassungen erfolgen die Meldungen namentlich; in die Auswertungen fließen jedoch nur die anonymen, statistisch und epidemiologisch relevanten Daten ein.

Zur Vervollständigung der Daten im Todesfall werden die Sterbefallzählkarten aus der amtlichen Todesursachenstatistik herangezogen und in regelmäßigen Abständen an der Kartei des Registers vorbeigeführt. Dadurch ist auch das Schließen eventueller Erfassungslücken möglich.

Aus allen eingehenden Informationen gilt es, die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen in der saarländischen Bevölkerung nach Alter und Geschlecht zu bestimmen.

Über diese reinen Häufigkeitszahlen hinaus werden viele spezielle Erkrankungs- und Sterberaten bestimmt, mit deren Hilfe interregionale, internationale und intertemporäre Vergleiche möglich sind.

Durch Analyse der Daten kann man zu- oder abnehmende Trends bei einzelnen Krebsarten, regionale Häufungen bestimmter Karzinome oder höhere Krebsrisiken spezieller Berufsgruppen aufdecken, was ohne die vollständige Datensammlung und den Bevölkerungsbezug eines Krebsregisters nicht möglich wäre.

§ 1 *“Zur Überwachung der Krebserkrankungen in der saarländischen Bevölkerung und für die Zwecke der epidemiologischen Krebsforschung wird ein Krebsregister als Landesstatistik geführt. Es ist die zentrale Registerstelle für bösartige Geschwulsterkrankungen im Lande”.*

§ 9 (1) *Ärzte und Zahnärzte ...handeln auch ohne Einwilligung des Betroffenen weder rechts- noch standeswidrig, wenn sie dem Krebsregister... die für die Erhebung nach § 4 dieses Gesetzes erforderlichen Tatsachen mitteilen....*

Verwaltung, Veröffentlichungen, Informationssystem und Bildschirmtext

Sinnvoll und nutzbringend arbeiten kann nur derjenige, der auch das für seine Arbeit geeignete Handwerkszeug in Händen hält. Die Aufgaben der zuvor beschriebenen fachstatistischen Abteilungen können deshalb natürlich nur bewältigt werden, wenn die personellen, organisatorischen und haushaltmäßigen Voraussetzungen geschaffen sind. Hierzu ist eine funktionierende Verwaltung unabdingbar. Dies trifft in besonderem Maße dann zu, wenn in Zeiten knapper Haushaltsmittel steigende Anforderungen mit den vorhandenen Kapazitäten in Einklang zu bringen und zu bewältigen sind. Die Entwicklung im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung hat einerseits aufgrund der gegebenen Möglichkeiten die Konsumentenwünsche bezüglich der Tabellenprogramme erheblich anwachsen lassen, andererseits aber auch die Mitarbeiter von langwierigen Rechenarbeiten entlastet. So konnte und mußte über Jahre hinweg trotz gestiegener Anforderungen der Personalstand nahezu unverändert gehalten werden.

Ein Beispiel für die Anpassung an neue Erfordernisse ist das Referat "Informationssystem, Planung, Wahlen", dem als jüngste Aufgabe auch das neue Medium Bildschirmtext (Btx) obliegt. Aus einer in früheren Jahren reinen

Koordinierungsstelle zwischen den Fachabteilungen und der externen Datenverarbeitung (ZDV-Saar) hat sich ein echter Dienstleistungssektor des Amtes entwickelt, dem auch die Pflege und der weitere Ausbau des saarländischen Planungs- und Informationssystems (SAPLIS) aufgegeben wurde. Als ein neues Medium innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit des Amtes wird das Bildschirmtext-Angebot (Btx) der saarländischen Landesregierung, das als erstes unter den Bundesländern gestartet werden konnte, in diesem Referat betreut und weiterentwickelt. Diese neue Art der Veröffentlichung ist eine Serviceeinrichtung, die dem Benutzer beim Umgang mit Behörden als Wegweiser dienen kann oder ihn mit Daten und kurzen, aktuellen Mitteilungen informiert.

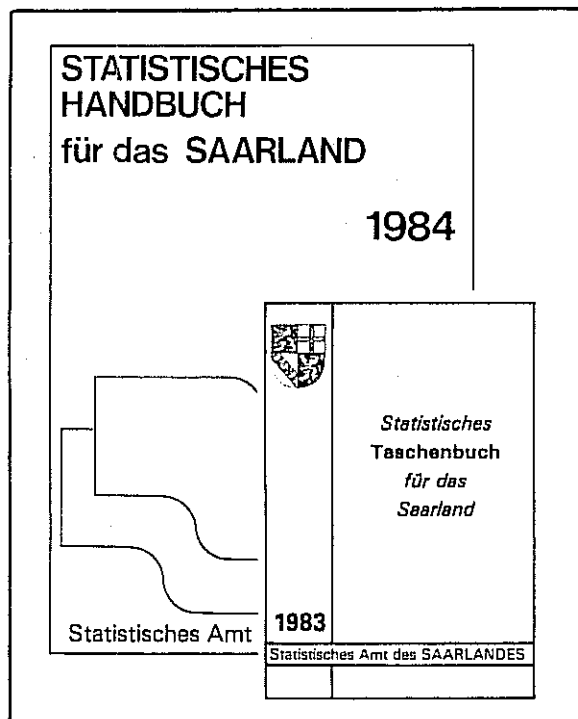
Bei allen Wahlen stellen das Statistische Amt und die Zentrale Datenverarbeitung (ZDV-Saar) dem Landeswahlleiter den technischen Apparat und das notwendige Personal zur Ermittlung der Ergebnisse in der Wahlnacht zur Verfügung.

Diese an die technische Entwicklung und die sich daraus ergebenden Aufgaben angepaßten Leistungen werden nur durch die notwen-

dige Ausstattung mit Personal und modernen Geräten ermöglicht.

Weniger personal- und geräteintensiv stellt sich die Fachbibliothek dar, deren Leistungen aber als Spezial- und Behördenbibliothek sowohl innerhalb des Hauses als auch nach aussen nicht minder zu veranschlagen sind. Das vorhandene Angebot liefert dem Besucher nicht nur Informationen aus der saarländischen Statistik, vielmehr reicht das Schrifttum in seiner Auswahl weit über die Grenzen der Bundesrepublik, ja sogar Europas hinaus.

Datenbanken, Informationssysteme und Bildschirmtext sind neuere zusätzliche Wege der Publikationen. Sie ergänzen, sie ersetzen aber nicht die klassischen Mittel der statistischen Öffentlichkeitsarbeit, dafür ist die Fülle der erhobenen Daten und der Konsumentenkreis zu groß. Die in den Fachabteilungen oft mit viel Mühe erstellten Ergebnisse würden erheblich an Wert verlieren, würden sie nicht auch einer breiten Öffentlichkeit und interessierten Benutzern zugänglich gemacht. Mehr als 200 Statistische Berichte in unterschiedlicher Erscheinungsfolge — von monatlich bis mehrjährig — werden deshalb in unserem Haus geschrieben, gedruckt und versandt. Hierzu kommen weitere Sonderveröffentlichungen in vielfältiger Form. Die Palette reicht von der kurzen Pressemitteilung bis zum umfangreichen Statistischen Handbuch, das einen mehrjährigen Querschnitt des statistischen



Programms enthält. Damit versucht das Statistische Landesamt mit seinen bescheidenen Mitteln, der Veröffentlichungspflicht nachzukommen und jedem Bürger die Möglichkeit der statistischen Information zu geben.

Öffentlichkeitsarbeit

Nicht nur der Auftraggeber einer Statistik kann über das erhobene Datenmaterial verfügen. Jeder Bürger, Unternehmer oder Wissenschaftler hat die Möglichkeit, sich im Rahmen der von der Geheimhaltungspflicht und vom Datenschutz gezogenen Grenzen über alle Ergebnisse statistischer Erhebungen zu informieren. Diesem Informationsbegehren kommen die Statistischen Ämter in einer vielfältigen Form entgegen.

Die wichtigsten und üblichsten Publikationen sind die **Statistischen Berichte**, die je nach Erhebungsmodus monatlich, viertel-, halbjährlich, jährlich oder im mehrjährigen Turnus erscheinen. Sie enthalten nach einem unter den Bundesländern abgestimmten Mindestveröffentlichungsprogramm die für die Benutzer interessantesten Ergebnisse, die aus den EDV-erstellten Arbeitstabellen zusammengestellt wurden. Diese Arbeit ist notwendig, da zum einen das Zahlenmaterial in seiner Fülle und Form nur in einigen Fällen für eine Veröffentlichung geeignet ist, zum anderen in den Arbeitstabellen Einzelangaben auftauchen können, die durch geeignete Zusammenfassungen oder Löschungen anonymisiert werden müssen. Die Statistischen Berichte sind, da sie ein begrenztes Gebiet behandeln, von tiefer sachlicher und je nach Erhebungsebene regionaler Gliederung. Sie bilden für denjenigen, der regelmäßig mit statistischen Zahlen arbei-

tet, die Hauptinformationsquelle. Ihnen ähnlich, jedoch weitaus umfangreicher im Kommentar und Zahlenteil, sind die **Statistischen Sonderhefte** und **Einzelschriften** angelegt, die in meist mehrjährigem Abstand publiziert werden und größere Erhebungen oder Zählungen zum Inhalt haben.

Als Vorweginformationen dienen die **Schnelldienste** für Presse und Rundfunk mit den wichtigsten Eckzahlen besonders interessanter Sachbereiche, wie sie vor allem Daten aus dem Wirtschaftsleben in ihrer Funktion als Konjunkturindikatoren darstellen, so z. B.:

Preisindex für die Lebenshaltung, Auftrags-eingänge in Industrie und Handwerk, Umsätze, Beschäftigte, Export, Verkehrswesen, Schüler und Studenten.

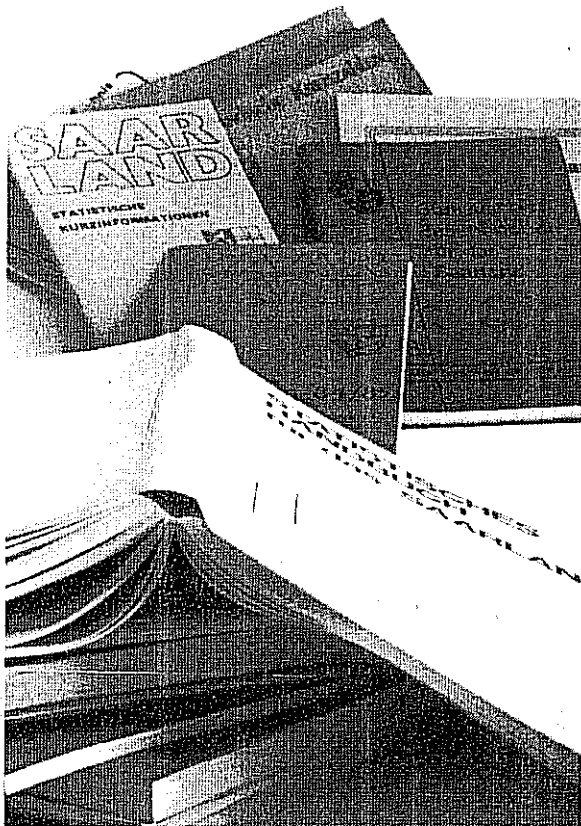
Langjährige Entwicklungen, Sonderprobleme oder die Darstellung und Diskussion von Erhebungsmethoden bilden den Inhalt der **Statistischen Nachrichten**, einem vierteljährlich erscheinenden Heft, das neben Kurzinformationen und den Textbeiträgen eine Übersicht über Wirtschaftszahlen des Saarlandes und des Bundesgebietes enthält. Mehr als Nachschlagewerke fungieren die umfangreichen **Jahr- und Taschenbücher**, die im Wechsel alle zwei Jahre aufgelegt werden. Sie tangieren das ganze Spektrum der amtlichen Stati-

stik und beinhalten auch Zahlen anderer Institutionen. Dem Benutzer werden hier Informationen in meist langjährigen Reihen aus allen Arbeitsgebieten geboten. Neben einem **Handbuch Steuern und Finanzen** kann die Öffentlichkeit noch über eine weitere Reihe von Publikationen verfügen. **Gemeindezahlen, Kreiszahlen, Faltblätter** erfreuen sich wegen ihrer kurzen und übersichtlichen Darstellung als Querschnittsveröffentlichungen einer regen Nachfrage. Des weiteren gibt das Amt verschiedene **Verzeichnisse** heraus, in

denen Institutionen, Ereignisse sowie Fakten aufgelistet sind, so z. B.:

Gemeinden, Schulen, Krankenhäuser, Termine der Märkte im Saarland, Datenbestände, Veröffentlichungen, Behörden, Periodika.

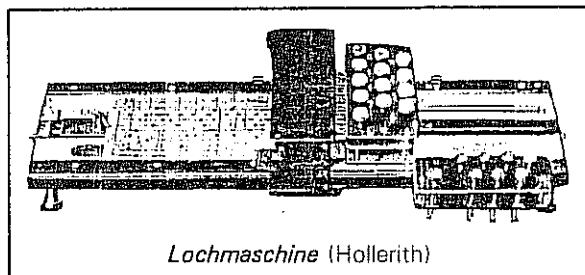
All diese Publikationen haben in Ministerien, Verbänden, Wirtschaft, Bibliotheken, Privatpersonen und anderen ihren festen Konsumentenkreis, der in unterschiedlicher Zusammensetzung wöchentlich beliefert wird. Daneben erfolgt Versand auf eine Vielzahl täglicher Einzelanfragen, die jedoch oft nicht mit Statistischen Berichten allein beantwortet werden können. Denn so umfangreich dieses Schrifttum auch ist, so werden dennoch nicht alle individuellen Wünsche der Empfänger oder sonstiger Interessenten an statistischen Ergebnissen abgedeckt. Hier bietet das Amt die Möglichkeit an, durch telefonische oder schriftliche Anfragen die gewünschten Auskünfte einzuholen. Nicht selten tangieren solche Anfragen mehrere Referate, in denen die benötigten Informationen — sofern vorhanden — aus den Arbeitstabellen zusammengestellt und geliefert werden. Eine wesentliche Erleichterung brachte in dieser Hinsicht die Einrichtung des Informationssystems, das insbesondere durch den schnellen Zugriff auf die einzelnen Datenbestände sehr rasch Ergebnisse verschiedenster Statistiken zusammenzutragen vermag.



Entwicklung der Datenverarbeitung

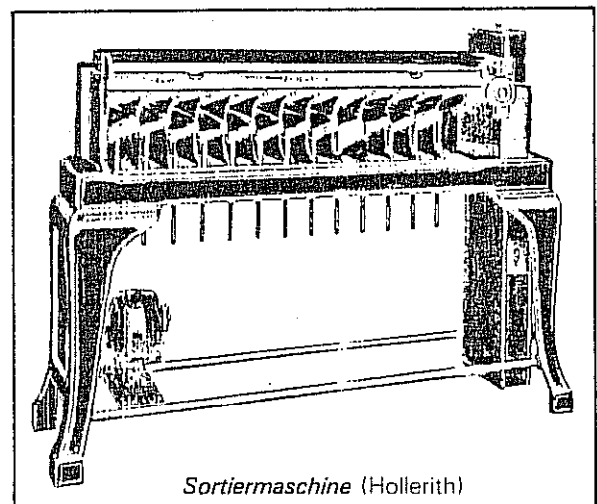
Die amtliche Statistik steht bei der Bewältigung ihrer Aufgabe, Massenerscheinungen zu beobachten und zu beurteilen, ständig vor dem Problem, große Datenmengen zu bearbeiten. So ist es nicht verwunderlich, daß maschinelle Zähl- und Aufbereitungstechniken gerade auf dem Gebiet der amtlichen Statistik entwickelt wurden. Einzigartiges Beispiel ist die erstmalige Verwendung von Lochkarten als Datenträger durch den Deutsch-Amerikaner Hermann Hollerith bei der Volkszählung von 1890 in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Bei der Übernahme des statistischen Dienstes von der Militärregierung in die saarländische Landesverwaltung wurde auch die sogenannte "Hollerith-Abteilung" mit übernommen. Die Datenerfassung erfolgte damals mit Magnetlochern. Auswertungen wurden mit elektromechanischen Tabelliermaschinen der Firma IBM erstellt. Nach dem Umzug im Jahre 1957 erfolgte die Datenerfassung nun mit sogenannten Motorlochern und -prüfern mit numerischer Tastatur.



Lochmaschine (Hollerith)

In dieser Phase der maschinellen Aufbereitung mit konventionellen (elektro-mechanischen) Maschinen wurden die Daten ausschließlich auf Lochkarten mit fester Einteilung erfaßt. Die qualitativen Merkmale wie Betriebsnummer, Gemeindekennziffer, Größenklasse, Wirtschaftszweig etc. wurden anschließend zur mechanischen Sortierung und zur Gruppenbildung beim nachfolgenden Tabellierlauf benutzt, während die quantitativen Merkmale wie Mengen und Werte zu Staffelsummen je nach vorgegebener Schaltung zusammengefaßt wurden. Mit Hilfe einerseits erfaßter und andererseits addierter Summen konnten Rechenkontrollen durchgeführt werden.



Sortiermaschine (Hollerith)

Die Plausibilisierung ging so vor sich, daß in den Originallochkarten berichtet wurde, was anschließend meist sehr aufwendige Sortierläufe erforderte, die mit sehr großen Risiken behaftet waren (Maschinenfehler, Bedienungsfeh-

ler). Die ständige Bewegung großer Kartenmengen stellten auch hohe physische Anforderungen an das Maschinenpersonal. Die Verhältnisse im Bereich der mechanischen Datenverarbeitung bezüglich körperlicher Anstrengung, Arbeitslärm, Arbeitsaufwand, Durchlaufzeiten und Umständlichkeit der Verfahren sind heutzutage im Zeitalter der Magnetbänder und -platten, riesiger Arbeitsspeicher, ultraschneller Anlagen und komfortabler Datenfernverarbeitung geradezu unvorstellbar.

Nachdem das Statistische Bundesamt seit 1957 erste Untersuchungen und Tests bezüglich der Verwendbarkeit elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in der deutschen amtlichen Statistik durchgeführt hatte, wurden zu Beginn der sechziger Jahre beim Bundesamt und bei den Statistischen Landesämtern Anlagen der Type IBM 1401 installiert.

Dieses Modell hatte eine Kernspeicher-Kapazität von 4000 Bytes (4 K) und war ausschließlich kartenorientiert. Außer der Zentraleinheit gehörte ein sogenannter Lesestanzer IBM 1402 mit einer Lesegeschwindigkeit von 48 000 Karten in der Stunde und einer Stanzerleistung von 15 000 Karten in der Stunde sowie ein Schnelldrucker, der 30 000 Zeilen in der Stunde drucken konnte, zur Ausstattung.

Das Statistische Amt des Saarlandes nahm Ende 1963 seine EDV-Anlage als letztes der Bundesländer in Betrieb.

Der markanteste Unterschied des neuen Da-

tenverarbeitungssystems gegenüber den konventionellen Maschinen bestand in der Tatsache, daß alle Ein- und Ausgabeoperationen, Rechen- und Speichervorgänge, Vergleiche und die daraus abgeleiteten logischen Entscheidungen, die zur Erreichung eines bestimmten Ergebnisses durchgeführt werden mußten, unter der Steuerung und Kontrolle eines gespeicherten Programmes abliefen. Die Programme, obwohl durch die (heute ebenfalls unvorstellbar geringe) Kernspeicherkapazität von 4 KByte beschränkt, waren wesentlich flexibler als die Schaltungen, die interne Verarbeitung im Kernspeicher unvergleichlich schneller.

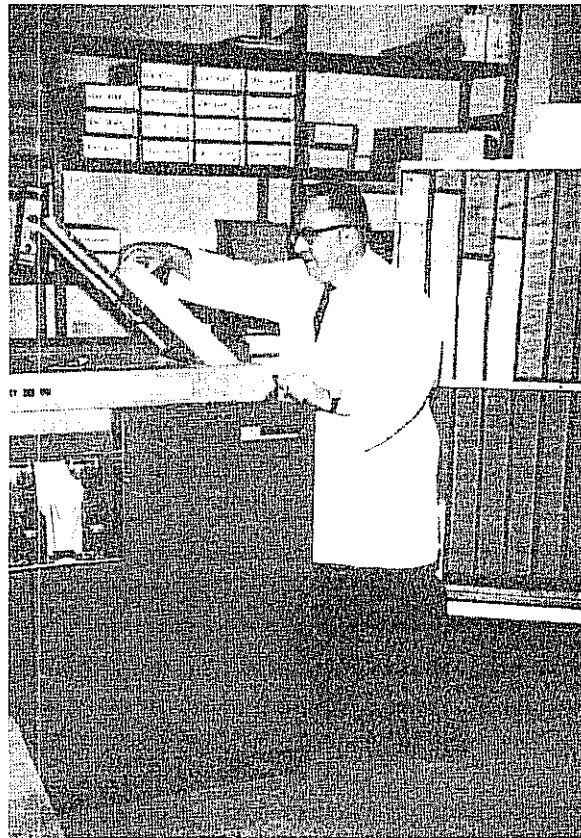
Die Programmierung der 1401-Anlage erfolgte in der symbolischen Programmiersprache SPS, wobei ein Umwandlungsprogramm die symbolischen Instruktionen und -adressen in den echten Maschinencode umsetzte.

Zunächst einmal wurden mehrere konventionelle Verfahren formal auf die neuen Techniken umgestellt, sowie Programme zur Anwendung gebracht, die im Rahmen der Verbundprogrammierung von den übrigen Teilnehmern bereits entwickelt und getestet worden waren. Der Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung hatte sich von vornherein auf die o. g. Mindestkonfiguration geeinigt, so daß ein Problem jeweils nur an einer Stelle bearbeitet und gelöst wurde, die Programme dann jedoch von allen Beteiligten verwendet werden konnten. Diese einzigartige Verbundprogrammierung hat sich bis auf den heutigen Tag be-

währt und gerade dem Saarland ganz wesentliche Vorteile gebracht.

Die aus der Verbundprogrammierung gelieferten Programme ließen sich problemlos auf der IBM 1401-Anlage einsetzen. Für eine Anzahl landesinterner Aufgaben wurden eigene Programme entwickelt. 1964 wurde für das Innenministerium ein Verfahren zur Berechnung des Kommunalen Finanzausgleichs freigegeben, das in vier Durchläufen alle Berechnungen mit Ausdruck aller Zwischenergebnisse, Listen und Bescheide an die kommunalen Körperschaften ausführte. Für die Wahlen konnte ein Verfahren erarbeitet werden, mit dem jederzeit Zwischenergebnisse für die bereits gemeldeten Gemeinden — einschließlich zweier Vergleichswahlen —, für Landkreise, Wahlkreise und das Saarland sowie Verhältniszahlen und die Sitzverteilung ermittelt und ausgedruckt wurden. Auch war es möglich, Aufnahmeformulare mit Vergleichsergebnissen vorzudrucken und die vorläufigen Ergebnisse nach Gemeinden druckreif in der Wahlnacht zu erstellen, was zu jener Zeit einmalig in der Bundesrepublik war.

Im Jahre 1966 brachten die Computer-Hersteller neue EDV-Anlagen — die sogenannte "dritte Generation" — auf den Markt. Nach vielen Überlegungen einigte sich der maschinelle Arbeitskreis auf eine IBM-Anlage 2030 mit mindestens 32 K Arbeitsspeicher, 4 Magnetband-Laufwerken, Lese- stanzer, Schnelldrucker, Konsoldrucker und



einer 1401-Verträglichkeit, damit für eine Übergangszeit die bisher benutzten Programme lauffähig blieben.

Einige Landesämter und das Bundesamt installierten das neue Modell bereits im Laufe des Jahres 1967 (Nordrhein-Westfalen sogar schon 1966), andere Anfang 1968. Nur im Saarland wurde aus wirtschaftspolitischen Gründen die Anmietung des neuen Rechners auf 1969 verschoben.

Von den übrigen Ländern und vom Bundes-

amt gingen in der Zwischenzeit eine große Anzahl von Magnetbändern mit Primärprogrammen ein, andererseits erwartete das Statistische Bundesamt auch vom Saarland die Übermittlung von Ergebnissen auf Magnetband für diejenigen Statistiken, die inzwischen bei allen übrigen Ländern auf die neuen Verfahren umgestellt waren. Im Januar 1968 traf man mit dem Hessischen Statistischen Landesamt eine Vereinbarung, die eine Benützung des Rechenzentrums in Wiesbaden mit wöchentlich etwa 15 Betriebsstunden ermöglichte. Als teilweise Abgeltung für dieses Entgegenkommen übernahm das Statistische Amt des Saarlandes eine Aufbereitung für Hessen, die mit der 1401-Verträglichkeit durchgeführt werden mußte.

Am 20. Januar 1969 konnte endlich die neue Datenverarbeitungsanlage SIEMENS 4004/-35D installiert werden. Die interne Arbeitsgeschwindigkeit bewegte sich nun im Mikrosekunden-, nicht mehr im Millisekunden-Bereich. Die Zentraleinheit hatte eine Arbeitsspeicher-Kapazität von 32 768 Bytes und war mit einem Blattschreiber ausgestattet, der Lochkartenleser leistete 40 000, der Stanzer 6 000 Lochkarten je Stunde. Mit einer Leistung von 45 000 Zeichen je Stunde war der Schnelldrucker relativ langsam, erzeugte aber als Walzendrucker ein gestochen scharfes Druckbild. Die drei Magnetband-Zwillingsgeräte waren mit einer Lesegeschwindigkeit von 30 000 Bytes/sec. bei einer Zeichendichte von 800 bpi mit die langsamsten ihrer Art, da-

für aber auch weniger störanfällig. Die monatliche Miete für diese Anlage kostete rund 40 000 DM. Insbesondere die Umwandlung der gelieferten Primärprogramme in ablauffähige Maschinenprogramme gestaltete sich sehr schwierig und zeitaufwendig. Nicht nur die Tatsache, daß sich inzwischen mehr als einhundert Programme angesammelt hatten, zu denen größtenteils auch schon mehrere Änderungen und Ergänzungen vorlagen, sondern auch gewisse Unverträglichkeiten in den Betriebssystemen von IBM und Siemens ließen einen großen Teil der Betriebszeit an diese Aufgabe gehen.

Eine ganz wesentliche Hilfestellung auf dem Gebiet der Programmierung leistete das Statistische Landesamt in Berlin, das — als einziges außer dem Saarland — auch über eine SIEMENS-Anlage verfügte, die bezüglich der Konfiguration glücklicherweise genau der saarländischen entsprach.

Die universellen Möglichkeiten der neuen Computer-Generation verlagerten nicht nur ständig neue Aufgabenbereiche in die maschinelle Aufbereitung, sie ließen auch die Verfahren durch ausgeklügelte Plausibilitätskontrollen und deren Folgen (dicke Fehlerlisten und meist mehrere Korrekturläufe) aufwendiger werden. Andererseits konnte der große Vorteil der wesentlich kürzeren Maschinenzeiten im Saarland nicht voll zur Geltung kommen, weil meist mit relativ kleinen Datenmengen gearbeitet werden mußte. Während Engpässe im

Bereich der Datenerfassung durch die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen überwunden werden konnten, fielen im Bereich der Produktion (Operating) zahlreiche Überstunden an.

In der zweiten Jahreshälfte 1970 wurde die Siemens-Anlage durch einen Magnet-Plattenspeicher mit einer Kapazität von 7,25 Mio Bytes ausgebaut und der Arbeitsspeicher auf 64 KB erweitert. Dadurch konnte anstelle des Band-Betriebs-Systems (BBS) das günstigere Platte-Betriebs-System (PBS) des Herstellers benutzt werden, die Programme konnten nun von der Platte in den Arbeitsspeicher geladen werden. Bis auf wenige Groß-Dateien waren nun auch alle Sortierläufe über den Plattenspeicher abzuwickeln.

Durch einen Erlaß des saarländischen Finanzministers vom 4. Dezember 1970 wurde ab 1. Januar 1971 die Zentrale Datenverarbeitungsstelle für das Saarland (ZDV) errichtet. Dieser Dienststelle oblag die "Programmierung sowie die organisatorische und technische Abwicklung der automatisierten Verfahrensabläufe für den Bereich der Landesverwaltung". Der Funktionsgliederungsplan sah unter dem Abschnitt "Überleitung" die Eingliederung der Datenverarbeitungsstellen der Landeshauptkasse und des Statistischen Landesamtes innerhalb eines Jahres in die ZDV vor.

Mit der PK-EDV beim Minister für Finanzen

und Forsten wurde im Januar 1971 vereinbart, daß die DVA des Statistischen Amtes in einer zweiten — ggf. auch in einer dritten — Arbeitsschicht für EDV-Arbeiten der OFD Saarbrücken benutzt wird.

Bei der ZDV wurden die maschinellen Verfahren der Statistik lange Zeit in einer eigenen Schicht mit dem "kleineren" Rechner abgearbeitet. Auch die Datenerfassung erfolgte in einer besonderen Gruppe, da sich die Vielfalt der Statistik-Arbeiten nicht in die dort üblichen Methoden integrieren ließ.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Landesamt und der ZDV Saar wurde 1980 eine Projektgruppe gebildet, die sich mit den Richtlinien für das Auftragswesen, der Abwicklung der maschinellen Aufbereitung und der Terminüberwachung beschäftigte. Neben einer gemeinsamen Amtsverfügung erarbeitete die Projektgruppe ein Konzept, aus dem das STALA-Verfahren hervorging. Dieses ermöglicht die Erstellung von Korrektur-Dateien über Datenfernverarbeitung und die Erteilung von entsprechenden Aufträgen an die Arbeitsvorbereitung.

Damit hat der Bildschirm (z. Zt. 2 Geräte) seinen Einzug auch in die Fachabteilungen des Statistischen Amtes gehalten. Gerade bei den kurzfristigen Statistiken wurden die Korrekturverfahren wesentlich beschleunigt, da man von der örtlichen Distanz und langen Kurier-

wegen unabhängig geworden ist.

Saarländisches Planungs- und Informationssystem (SAPLIS)

Als sich 1979 abzeichnete, daß es für einzelne Ressorts notwendig wird, intensiver auf die Vorteile und Dienste eines Informationssystems zurückzugreifen, wurde auf Initiative der Staatskanzlei, des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen, der PK-EDV und des Statistischen Amtes dem Ministerrat eine entsprechende Vorlage zur Beschlußfassung vorgelegt. Am 6. Oktober nahm das Kabinett dann zustimmend diese Vorlage zur Kenntnis. Einige Punkte sollen hier herausgegriffen werden:

Aufbau und Pflege der SAPLIS-Datenbank ist dem Statistischen Amt übertragen. Der Aufgabenbereich umfaßt die Dokumentation und Aktualisierung der vorhandenen Datenbestände, die laufende Ergänzung neuer Daten sowie die Auswertung der Daten nach den Bedürfnissen der Landesplanung und der übrigen Fachressorts. Des weiteren sah der Ministerratsbeschluß vor, die Datenbank stufenweise in enger Zusammenarbeit mit konkreten Projekten zu erweitern und Auswertungsverfahren bereitzustellen.

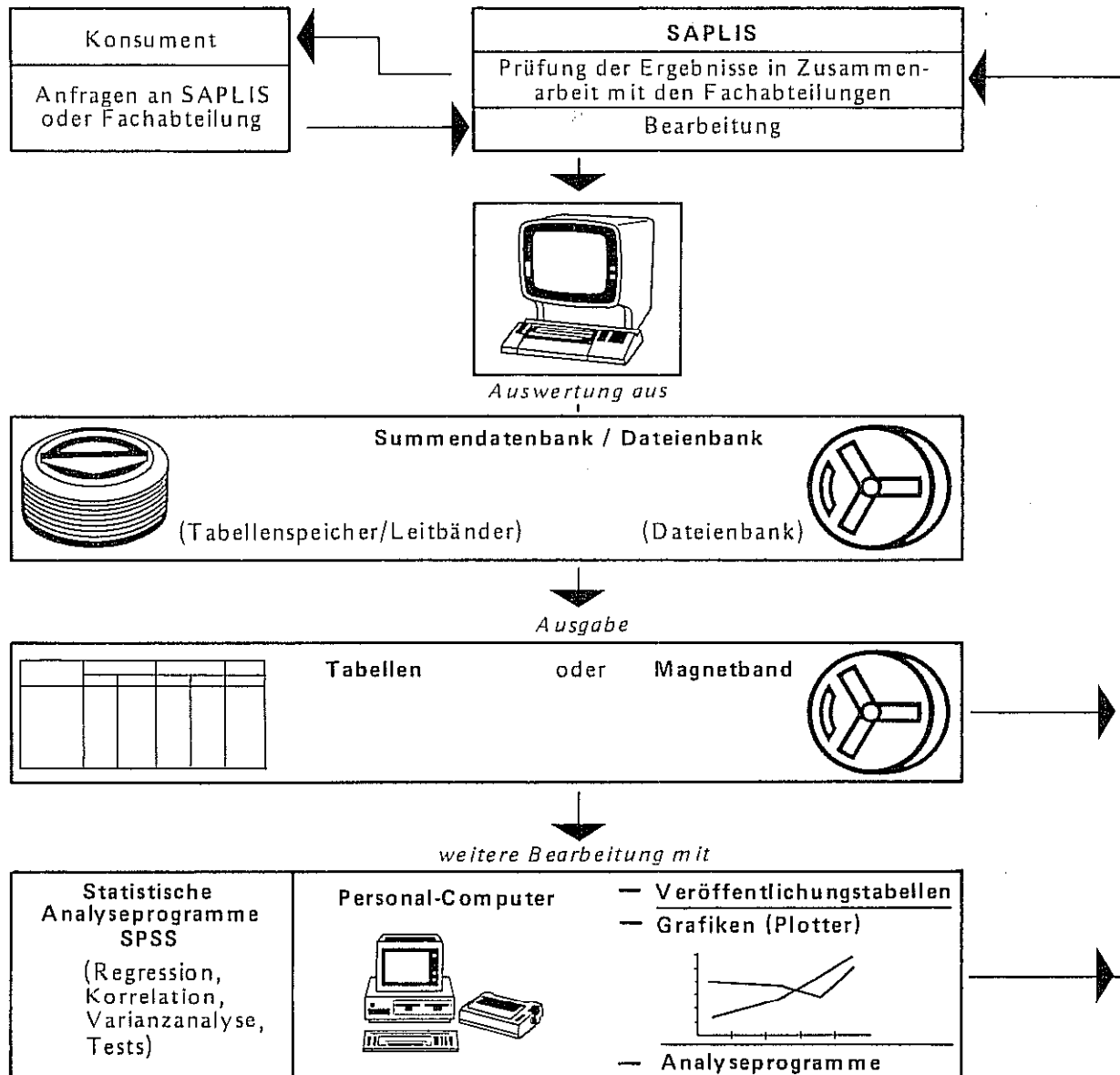
Das System, eingesetzt wird die Makrosprache DABANK sowohl für die Einspeicherung

als auch die Auswertung, steht seit Mitte 1981 den Fachstatistikern des Statistischen Amtes, allen Interessenten der öffentlichen Verwaltung, der Wirtschaft und sonstigen Benutzern der Statistik zur Verfügung und wird in ständig steigendem Maße genutzt. Als Datenbasis wurden in der Anfangsphase die Bereiche Bevölkerung, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe und Bautätigkeit gespeichert. Im Laufe der Zeit weitete sich das Anfragespektrum aus, neue Daten mußten, orientiert an konkreten Anfragen, eingespeichert werden. Arbeiten wie Erstellung des sogenannten Ministerblatts und des Straßenverzeichnisses runden die Arbeit des Saarländischen Planungs- und Informationssystems ab. Die Gerätekonfiguration setzt sich aus 3 EDV-Bildschirmen und einem Matrixdrucker zusammen, die über eine Mehrfachsteuerung mit dem Siemens-Rechner der ZDV-Saar verbunden sind.

Die Stärke der Datenbank wurde schnell erkannt. Es war nun möglich, aufgrund der Speicher- und Darstellungsform die Daten nach den verschiedensten Raumgliederungen und fachlichen Kombinationen auszuwerten, d. h. gezielt auf Datenwünsche einzugehen, die verschiedene Bereiche der Amtlichen Statistik betreffen und nicht in der gewünschten Form im Veröffentlichungsprogramm vorgegeben sind.

Das System wird ständig weiterentwickelt und an neue technische Gegebenheiten sowie an

Saarländisches Planungs- und Informationssystem — SAPLIS —



die Bedürfnisse der Konsumenten angepaßt. Das Informationssystem wäre nicht so effizient gewesen, wenn es sich nur auf eine Materialzusammenstellung beschränkt hätte und die Fähigkeit der EDV, komplizierte Berechnungen unter Anwendung moderner **mathematisch-statistischer Methoden** durchzuführen ungenutzt geblieben wäre. Um Berechnungen für Zwecke der Analyse, Prognose und Planung durchführen zu können, stellt SAPLIS verschiedene Analyse- und Auswertungsverfahren zur Verfügung. Als weitere Ergänzung wurden ein Personalcomputer, der mit dem Rechner der ZDV-Saar gekoppelt ist, und ein Plotter zur graphischen Darstellung angeschafft. Bisher wurden zur Darbietung der Ergebnisse aus Auswertungen des Informationssystems die klassische Darstellung der **Tabellenform** gewählt, wie sie auch in Publikationen vorherrscht. Durch die eingesetzte Plottersoftware wird die **graphische Darstellung** unterstützt. Des weiteren werden z. Z. über SAPLIS verschiedenste Veröffentlichungstabellen erstellt und ausgedruckt.

Diese Komponenten runden das Angebot von SAPLIS derart ab, daß es möglich ist, die Daten auf Abruf in problembezogener Darstellung anschaulich zu präsentieren, beliebig zu kombinieren und in ihrer zeitlichen Entwicklung darzustellen. Die Ergebnisse können sowohl auf Tabellierungspapier als auch auf Magnetband ausgegeben werden, u. a. für Untersuchungen über längere Zeiträume zur

Analyse von strukturellen Veränderungen und Beobachtungen von Konjunkturverläufen und Saisonverhalten.

Das Datenspektrum des Saarländischen Planungs- und Informationssystem umfaßt zur Zeit

34 000 Merkmale auf Gemeindeebene,

42 000 Merkmale auf Kreisebene und

46 000 Merkmale auf Landesebene,

die im Systematischen Datenbestandskatalog dokumentiert sind.

Regionalstatistik

In den letzten Jahren hat sich das Anforderungsprofil der Konsumenten aus den Bereichen Raumordnung, Landesplanung und Regionalpolitik an die Regionalstatistik gewandelt. Gefragt waren nicht mehr nur Informationen über einzelne Gemeinden, sondern Merkmale für Darstellungseinheiten von administrativer (Gemeinde, Kreise) und nichtadministrativer (Planungsräume, Verdichtungsräume) Art.

Ohne die eingeleiteten technischen Entwicklungen in der amtlichen Statistik, in diesem Zusammenhang muß auf das Saarländische Planungs- und Informationssystem (SAPLIS) hingewiesen werden, wäre eine Antwort auf die weitgefächerten Fragestellungen nicht

möglich gewesen. SAPLIS bietet die Möglichkeit, Merkmale nach den verschiedensten Kriterien zu kombinieren und zu klassifizieren und in jeder gewünschten räumlichen Darstellung zur Verfügung zu stellen. Dadurch wurde die Problemstellung auf eine andere Ebene verlagert. Fragestellungen:

*Wie sind die Daten sinnvoll auszuwerten?
Wie ist die Geheimhaltung von Einzelangaben zu respektieren?*

beschäftigen die Konsumenten und Statistiker.

Um den stetig steigenden Bedarf nach regionalstatistischen Daten zu befriedigen, hat das Statistische Amt in den letzten Jahren außerdem die Veröffentlichungsreihen "Saarländische Gemeindezahlen" und "Saarländische Kreiszahlen" konzipiert, deren Erscheinungsfolge in einem zweijährigen Rhythmus abwechselt.

Bildschirmtext (Btx) - Koordinierungsstelle

Nachdem 1977 zur Internationalen Funkausstellung in Berlin das System Bildschirmtext erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, begann die Deutsche Bundespost 1980 im Raum Düsseldorf/Neuss und in Berlin einen dreijährigen Btx-Feldversuch.

Am 20. Dezember 1983 beschloß die saarländische Landesregierung, nachdem sie am 19. Oktober 1983 dem Staatsvertrag über Bildschirmtext zugestimmt hatte, sich als Anbieter am Bildschirmtextsystem zu beteiligen. Die Koordination für diese Aufgabe wurde dem Statistischen Amt des Saarlandes übertragen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Erstellung einer Gesamtkonzeption. Der von ihr erstellte Projektbericht sieht folgendes vor: Zielgruppe des Angebots sollen die Wirtschaft, Behörden und die privaten Haushalte sein. Die am Btx-Angebot der Regierung des Saarlandes beteiligten Behörden (Chef der Staatskanzlei, Ministerien und Statistisches Amt) werden unter einem "Dach", nämlich der Regierung des Saarlandes eingeordnet. Jede Behörde ist für die redaktionellen Arbeiten des eigenen Angebots zuständig. Die Btx-Koordinierungsstelle im Statistischen Amt übernimmt nicht nur beratende Funktionen, sondern koordiniert die Angebote, konzipiert die Verknüpfungen der Btx-Seiten, editiert die einzuspeichernden Seiten für die beteiligten Behörden und erstellt den Suchbaum.

Am 8. Mai 1984 beschloß dann der Ministerrat, daß sich die Landesregierung am Bildschirmtext-System auf der Grundlage des Arbeitsgruppenberichts beteiligt.

Die Editierarbeiten in der Koordinierungsstelle werden in der Aufbauphase von 2 Mitarbeitern erledigt. Die Gerätekonfiguration umfaßt 2

Btx-Editierstationen, einen Kassettenrecorder, einen Drucker und einen Personalcomputer mit Btx-Software. Jeder Btx-Teilnehmer im gesamten Bundesgebiet kann Informationen der Regierung des Saarlandes abrufen, Mitteilungen an sie senden und Broschüren bestellen. Diese Dialogfähigkeit fördert die Bürger-nähe der Verwaltung und verbessert den Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Bürger.

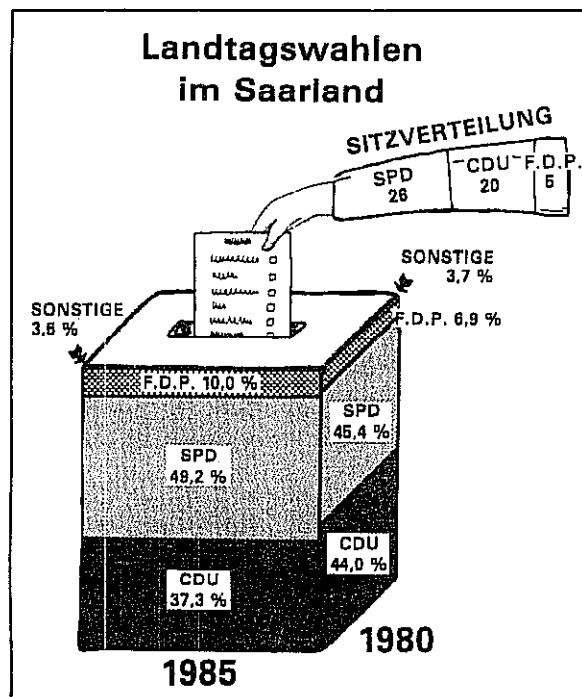
Das Btx-Angebot der Regierung des Saarlandes (* 20395#) enthält Informationen aus den verschiedensten Aufgabengebieten der beteiligten Behörden, u. a.:

Biographien der Kabinettsmitglieder
 Polizei und ihr Dienst
 Zivil- und Katastrophenschutz
 Kommunalen Bereich
 Beratung in Steuer- und Finanzfragen
 Behördenführer Justiz
 Schulinformationen
 Sport, Kunst, Kultur
 Gesundheitswesen, Familien, Jugend
 Mittelstandsförderung, Verbraucherberatung
 Bauwesen, Natur- und Umweltschutz
 Abfallbeseitigung
 Statistische Informationen

Wahlen

Das Statistische Amt des Saarlandes stellt dem Landeswahlleiter zur Feststellung des

vorläufigen Endergebnisses seine Organisation zur Verfügung. Bereits über Jahrzehnte hinaus werden von den Mitarbeitern des Statistischen Amtes in den hier eingerichteten Auf-



nahmebüros die Meldungen der Kreiswahlleiter in der Wahlnacht entgegengenommen und für den Landeswahlleiter aufbereitet. Die maschinelle Bearbeitung erfolgt im Rechner der ZDV-Saar, mit dem das Statistische Amt über eine Standleitung verbunden ist. Sofort nach der Aufbereitung und Freigabe durch den Landeswahlleiter werden die Ergebnisse an Presse, Rundfunk und Fernsehen weitergegeben. In der Wahlnacht wird dann nach Bekanntgabe des vorläufigen Endergebnisses vom Stati-

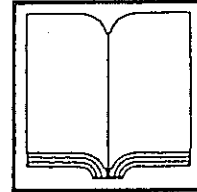
stischen Amt eine Veröffentlichung mit regional und fachlich gegliederten Zahlen herausgegeben.

Neben diesen Daten der "Vollerhebung" interessieren aber noch Fragen, die in die Analyse das Geschlecht und das Alter einbeziehen. Derartige Fragestellungen basieren auf den Auswertungen der Wählerverzeichnisse und besonders markierter Stimmzettel, die im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik ausgewertet werden. In 57 Stichprobenbezirken wird die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht ermittelt und für das gesamte Land unter Wahrung des Wahlgeheimnisses hochgerechnet. Derartige Analysen erfreuen sich immer mehr des Interesses der Wahlanalytiker und Parteien. Gesetzesgrundlagen sind die entsprechenden Paragraphen der Wahlordnungen und Wahlgesetze. Seiner Veröffentlichungspflicht folgend publiziert das Statistische Amt die Ergebnisse dieser Repräsentativen Wahlstatistik und die endgültigen Wahlergebnisse wenige Wochen nach der Wahl.

Bibliothek

Nach der Gründung des Statistischen Amtes des Saarlandes wurde zur Unterstützung der statistischen Arbeiten eine Amtsbücherei aufgebaut. Verschiedene Aktennotizen, in denen von einer "vorbildlich aufgezogenen Büche-

rei" oder "reichhaltigen und gut zusammengestellten Fachbücherei" die Rede war, lassen darauf schließen, daß dem Amt schon in den Anfangsjahren eine qualitativ und quantitativ gute Bücherei zur Verfügung stand.



*ARCHIVIEREN
DOKUMENTIEREN
INFORMIEREN*

Nachdem die Bücherei die kriegsbedingte Räumung und Evakuierung nach Kaiserslautern im September 1939 und die Rückführung im August 1940 unbeschadet überstanden hatte, wurde der Aufbau der Amtsbücherei in den Jahren 1942/43 abgeschlossen. Es waren damals ca. 1 750 Werke (ohne die periodischen Schriften) vorhanden. Die Katalogisierung erfolgte nach den Preußischen Instruktionen; geführt wurden neben dem alphabetischen Verfasserkatalog ein Standortkatalog und ein Schlagwortverzeichnis. Trotz der totalen Zerstörung des Dienstgebäudes durch einen Luftangriff am 19.7.1944 konnte die gesamte Bücherei aus den Trümmern geborgen werden. Die Bestände der Bibliothek wurden

danach verpackt und in das Kloster St. Gangolf bei Besseringen im Kreis Merzig verbracht. Nach der Verlegung des Amtes nach Speyer und dessen Auflösung im März 1945 wurde im Juli/August 1945 in Neustadt/-Haardt ein Statistisches Amt bei der Regierung für Mittelrhein-Saar eröffnet. Dorthin wurde die Bibliothek von St. Gangolf aus transportiert und gelangte im Zuge der Neuordnung der Behörden in die Obhut des Statistischen Amtes Rheinland-Pfalz nach Bad Ems.

Durch diese Umstände bedingt stand dem Amt in den ersten Nachkriegsjahren keinerlei Literatur zur Verfügung.

Erst nach langen Verhandlungen, bei denen die Eigentumsrechte umstritten waren, wurde ein Großteil der noch vorhandenen Bücher 1949 wieder an das Saarland zurückgegeben.

In den folgenden Jahren entwickelte sich die Bibliothek kontinuierlich zu einer leistungsfähigen Spezial- und Behördenbibliothek. Als eine der ersten in der Bundesrepublik hat die Bibliothek bereits 1965 einen wesentlichen Teil ihrer Arbeiten, nämlich die Herstellung aller Kataloge und Verzeichnisse mit gleichzeitiger Speicherung aller Daten, auf EDV übertragen. Da die Bibliothekarstelle über längere Zeit verwaist war, mußte diese fortschrittliche Arbeitsweise 1977 wieder aufgegeben werden.

Die Bibliothek des Statistischen Amtes ver-

fügt z. Z. über 52 000 Bände mit den Hauptsammelgebieten Statistiken und statistische Fachliteratur, Literatur der Sachbereiche, die sich vorwiegend der Statistiken bedienen, und allgemeines Schrifttum über das Saarland und die benachbarten Gebiete. Mehr als 1 000 Zeitschriften, zeitschriftenartige Reihen und andere Periodika werden laufend gehalten. Im Schriftentausch werden die gesamten Veröffentlichungen des Bundesamtes und der anderen statistischen Landesämter erworben und stehen den Benutzern zur Verfügung.

Die Bestände sind nach einer eigenen Systematik sachlich aufgestellt und werden durch einen alphabetischen Monographien- bzw. Periodikakatalog, einen Schlagwortkatalog und einen Standortkatalog erschlossen. Die Katalogisierung erfolgt in Anlehnung an die RAK-WB (Regeln für die alphabetische Katalogisierung, Regeln für wissenschaftliche Bibliotheken), bzw. RSWK (Regeln für den Schlagwortkatalog). Zusätzlich werden die Periodika in die Zeitschriftendatenbank des Deutschen Bibliotheksinstitutes eingebracht.

Die Bibliothek dient vor allem der Literatur- und Informationsversorgung des Amtes. Darüberhinaus ist sie öffentlich zugänglich und wird von Außenstehenden stark in Anspruch genommen. 1984 wurden rund 2 500 Benutzer gezählt, die fast 3 000 Bände entliehen bzw. weit über 5 000 Bände im Leseraum der Bibliothek benutzt haben.

Die Bibliothek ist seit 1979 dem Deutschen
Leihverkehr angeschlossen (Sigel Sa 3).
Zur aktuellen Information werden monatlich

ein Verzeichnis der Zeitschriftenaufsätze und
vierteljährlich ein Verzeichnis ausgewählter
Neuerwerbungen erstellt.



Mehr als 52 000 Schriften

Über 400 laufende Zeitschriften und Zeitungen

Statistiken des In- und Auslandes,
der deutschen Bundesländer,
des Deutschen Reiches,
der ehemaligen deutschen Länder



Statistisches Amt des SAARLANDES
Referat für Öffentlichkeitsarbeit

ANHANG

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

I. Zusammenfassende Schriften

Statistisches Handbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit „Statistisches Taschenbuch für das Saarland“.

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

Statistisches Taschenbuch für das Saarland

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit „Statistisches Handbuch für das Saarland“.

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des „Handbuchs“ durch Publizierung der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere „Handbuch“. In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen

II. Fachstatistische Schriften

Handbuch Steuern und Finanzen

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

Statistische Berichte

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

BILDUNG 84/85 – Kurzinformationen

III. Reihen

Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes

In dieser Reihe, die bis heute etwa 70 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

Saarland in Zahlen (Sonderheft)

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

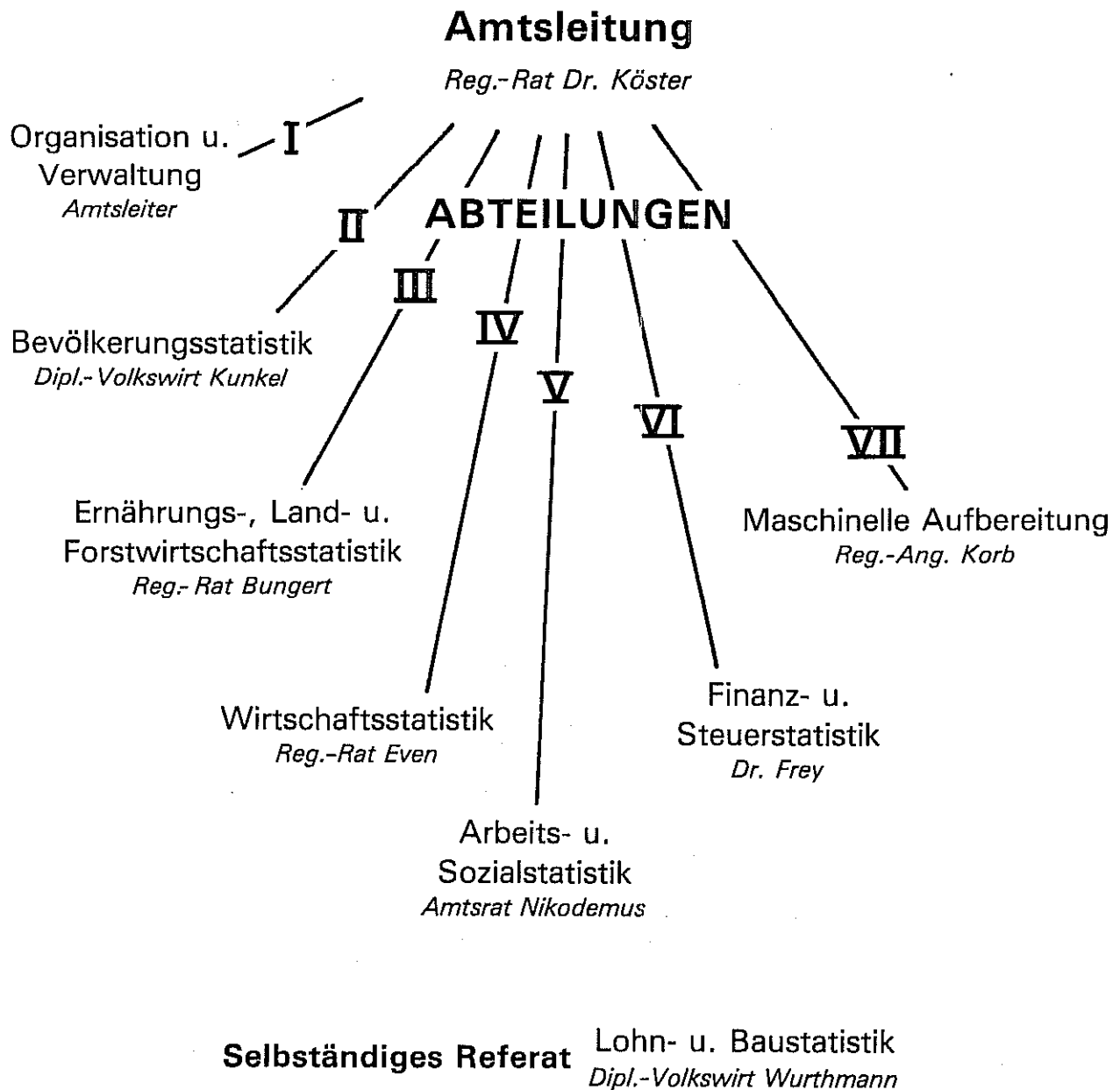
Gemeinde- und Kreisstatistiken

In dieser im 2 Jahresrhythmus abwechselnd erscheinenden Reihe werden Informationen aus den verschiedensten Bereichen der Amtlichen Statistik auf Gemeinde- bzw. Kreisebene veröffentlicht.

IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland, Systematischer Datenbestandskatalog usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.
Amtliches Behördenverzeichnis

ORGANISATIONSPLAN August 1956



Statistisches Amt des Saarlandes

Organisationsplan

Stand: 1.5.1995

